Die Deutsch-Französische Auseinandersetzung und die Luxemburger Frage

dargestellt vor allem an der Luxemburger Angelegenheit des Jahres 1867

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen Philosophischen Fakultät

der Universität zu Marburg

vorgelegt von

KURT AUGUST SCHIERENBERG

aus Freudenstadt in Württemberg

MARBURG 1933

Druck der Hofbuchdruckerei JOSEPH BEFFORT in Luxemburg.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554407_0012

Die Deutsch-Französische Auseinandersetzung und die Luxemburger Frage

dargestellt vor allem an der Luxemburger Angelegenheit des Jahres 1867

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen Philosophischen Fakultät

der Universität zu Marburg

vorgelegt von

KURT AUGUST SCHIERENBERG

aus Freudenstadt in Württemberg

MARBURG 1933

Druck der Hofbuchdruckerei JOSEPH BEFFORT in Luxemburg.

Als Dissertation angenommen am 16. VII. 1930
Berichterstatter: Herr Prof. Dr. Wilh. Mommsen,
Tag der mündlichen Prüfung: 16. VII. 1930.

Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Die Dissertation erscheint auch in den
„Publications de l'Institut Grand-Ducal, Section historique“ 1933.
Band LXV.

Inhaltsübersicht.

INHALTSÜBERSICHT 5
VERZEICHNIS DER VORNEHMLICH BENUTZTEN LITERATUR 7
Einleitung 9
Hauptteil
Die Luxemburger Angelegenheit des Jahres 1867 . . . . .
I. Kapitel
Napoleon III. und die französische Politik bis zum Ende des Jahres 1866 10
II. Kapitel
Ueberblick über die Gesamtlage Frankreichs, Ende 1866 . . 17
III. Kapitel
Die luxemburgisch-preussischen Verhandlungen des Jahres 1866 20
IV. Kapitel
Die deutsch-französische Auseinandersetzung Dezember 1866 bis Ende März 1867 23
a) Die Luxemburger Frage im Zusammenhang mit dem Bündnisprojekt 23
b) Die Luxemburger Frage von der Bündnisfrage gelöst . . 32
Die Luxemburger Angelegenheit als militärisches Problem
Frankreich beschreitet den Weg über den Haag 35
Der 18. März 1867 und der französische Scheinerfolg im Haag 49
V. Kapitel
Der April 1867 54
VI. Kapitel
Die internationale Lösung der Luxemburger Angelegenheit . 71
Schluss
Luxemburg und das Wirtschaftsabkommen von 1872 . . . 79
Exkurs
Die Lage in Luxemburg während der Cessionsverhandlungen im Jahre 1867 85

Verzeichnis
der
vornehmlich verwendeten Literatur.

(Auszug — weitere Titel in den Fussnoten.)

1) *Bismarck:* Die Gesammelten Werke. Bd. VI, h. v. Thimme, Berlin.

2) *A. Calmes:* Der Zollanschluss des Grossherzogtums Luxemburg an Deutschland 1842—1919. Luxemburg 1919.

3) *J. P. Hamstra:* De Luxemburgsche Kwestie. Dissertation. Groningen 1927.

4) *H. Loutsch:* Für die Heimat.
Das Grossherzogtum Luxemburg, seine geschichtliche Vergangenheit, seine völkerrechtliche Lage, seine vertragswirtschaftliche Stellung. Luxemburg 1919.

5) *Le Grand-Duché de Luxembourg* dans ses relations internationales, éd. par P. Ruppert. Luxembourg 1892.
Enthält den Wortlaut der Verträge von 1815, 1839, 1867 und 1872.

6) *A. Matschoss:* Die Kriegsgefahr von 1867. Bunzlau 1908.

7) *Prosper Müllendorff:* Das Grossherzogtum Luxemburg unter der Regierung Wilhelm I. 1815—1840. Luxemburg 1921.

8) *Herm. Oncken:* Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. Band I. u. II. Berlin 1926.

9) *Origines Diplomatiques* de la guerre de 1870. vol. XIII—XVI. Paris 1924.

10) *R. Putnam:* Luxemburg and her neighbours from the eve of the French Revolution to 1914... New-York u. London 1918.
Grosses Literaturverzeichnis!

11) *J. M. von Radowitz:* Aus den bisher unveröffentlichten Tagebüchern der Jahre 1866 und 67 und aus dem Rückblick auf das Jahr 1866 (unveröfftl. an den Prinzen Friedr. Carl gerichteter Aufsatz).
Im Gegensatz zu den «Aufzeichnungen und Erinnerungen», die nur ganz wenig Material über diese Zeit bringen, geben die Tagebücher etc. eine Reihe wertvoller Aufschlüsse und Ergänzungen zu den Berichten v. d. Goltz'.

12) *M. G. Rothan:* L'Affaire du Luxembourg. Paris 1882.

13) *Joh. Schoetter:* Geschichte des Luxemburger Landes. Luxemburg 1882.

14) *E. Servais:* Autobiographie. Luxemburg 1895.

15) *E. Servais:* Le Grand-Duché de Luxembourg et le traité de Londres du 11 mai 1867. Paris 1879.

16) *P. Wentzcke:* Zur Naturgeschichte der Luxemburger Frage. Zeitschrift «Westmark». Köln 1922.

17) *Zeitungen:* «Luxemburger Wort für Wahrheit und Recht» — «Das Land» — «Union» — «Luxemburger Zeitung».

Einleitung.

Wenn gerade die Ereignisse der Jahre 1866-72 als Thema einer Arbeit über Luxemburg gewählt wurden, so geschieht das aus natürlichen Gründen. Jede Darstellung der luxemburgischen Frage wird hier ihre besondere Aufgabe finden, denn diese Jahre bilden einen Angelpunkt; hier beginnt die eigentliche Geschichte des modernen Luxemburg. Besonderen Anlass, ja eigentlich erst die Möglichkeit zur Ausführung einer wissenschaftlichen Arbeit gaben die in den letzten Jahren veröffentlichten Akten [1]). Diese erlaubten über die früheren Bearbeitungen hinauszugehen und eine feste Grundlage für eine durchgehend belegmässig fundierte Darstellung zu erlangen. Wenn sich auch die Unklarheiten noch nicht völlig verloren haben, so geben die genannten Quellen eine so weitgehende Klärung der Frage, dass diese aufhört ausschliesslich ein Gegenstand der rein diplomatischen Geschichte zu sein.

Die politischen Bewegungen an der deutschen Westgrenze ergeben das Bild eines steten Wechsels der Grenzen. Luxemburg steht bis in die neueste Zeit mitten in dieser Bewegung von West nach Ost und von Ost nach West. Durch die Entwickelung der Jahre 1867-72 aber schied es für fünf wichtige Jahrzehnte aus dem Kampf dieser Kräfte aus; diese Zeit schuf das Antlitz des heutigen Kleinstaates. Seine völkerrechtliche, staatsrechtliche und wirtschaftliche Verfassung (bis 1919) ist in den Ereignissen dieser Jahre 1867-72 begründet.

In den politischen Kämpfen dieser Jahre werden alle die widerstrebenden Mächte sichtbar, aus denen der Komplex der «Luxemburger Frage» besteht. Denn so war es und wird es wohl bei der geographischen Lage des Landes immer bleiben: die einzelnen Entwicklungsepochen der Luxemburger Geschichte werden immer durch das wechselnde Gewicht der Grossmächte ausgelöst. Wie die Wiederherstellung des Staates 1815, so tritt auch seine Verkleinerung 1839, seine Neutralisation 1867, die wirtschaftliche Kursänderung 1872 und 1919 erst infolge der Auseinandersetzung der Grossmächte ein.

Der deutsche Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, den inneren Zusammenhang der luxemburgischen Geschichte und der deutsch-französischen Politik an einem entscheidenden Ereignis klar zu machen. Möge diese Arbeit Anstoss zu weiterer Auseinandersetzung über gemeinsame Fragen werden!

[1]) Oncken «Rheinpolitik», — «Bismarcks Gesammelte Werke» Bd. VI, herausgegeben von Thimme, — «Les Origines diplomatiques».

HAUPTTEIL.

I. KAPITEL.

Napoleon III. und die französische Politik bis zum Ende des Jahres 1866.

Eine allgemeine Grundlegung für die wissenschaftliche Behandlung der «Luxemburgischen Frage» wird sich allein durch eine Darlegung der napoleonischen Kompensationspolitik gewinnen lassen. In diesem Zusammenhang eignet der Luxemburger Frage eine grössere Bedeutung: sie bildet nämlich den Abschluss der grossen aussenpolitischen Unternehmungen des französischen Kaisers und zugleich den Beginn seines endgültigen Zusammenbruches in der deutschen Frage, der im Jahre 1870 eintrat.

Die Kompensationspolitik, deren festen Punkt Luxemburg immer bildete, hob an mit der Aufrollung der deutschen Frage zu Anfang der 1860er Jahre.

Für Napoleon begann diese Epoche, während der Frankreich erneut seine ganze Aufmerksamkeit auf die deutschen Verhältnisse richtete, mit einer grossen Belastung durch politische Schwierigkeiten. Das eigentliche Werk seines Lebens, die italienische Einigung, war noch unvollendet und drängte auf eine Lösung, die den nationalen Ansprüchen der Italiener ebenso wie den römischen Interessen des Kaisers gerecht werden konnte. Dadurch wurde Napoleon zu einer zwiespältigen Politik getrieben, deren Nachteile sich in Verbindung mit der deutschen Frage (Verhältnis Preussen - Oesterreich - Italien) in starkem Masse geltend machen sollte. Der sich bereits zum Unglück neigende Ausgang des mexikanischen Unternehmens belastete den Kaiser ebenfalls stark. Auch die innerpolitische Basis der napoleonischen Herrschaft war nicht mehr so fest gegründet wie in dem ersten Jahrzehnt des Kaiserreichs. Die ganze Situation drängte darauf hin, in der Aussenpolitik bedeutende Erfolge zu erringen, um die Schwierigkeiten der schwebenden innen- und aussenpolitischen Fragen zu überwinden.

Aber weder die polnische Frage (1863), noch der Krieg der beiden deutschen Grossmächte mit Dänemark (1864) gaben dem Kaiser eine Möglichkeit, sich in die deutsche Entwicklung einzumischen. Bismarck wehrte ebenso energisch den Versuch ab, die preussisch-russische Freundschaft zu stören wie den andern

Versuch, die Rivalität zwischen den deutschen Hauptstaaten allzufrüh zu einem kriegerischen Austrag zu entwickeln. Der preussische Ministerpräsident gab sich keinen Augenblick einer Täuschung darüber hin, dass eine Begünstigung der preussischen Hegemonialpolitik durch Frankreich nur durch die Erneuerung der französischen Rheinpolitik erkauft werden könne!

Bereits 1864 hoben sich die Ausgangsstellungen der preussischen und französischen Politik trotz einer scheinbaren Begünstigung Preussens durch Napoleon III. in ihrer prinzipiellen Verschiedenheit voneinander ab: Napoleon kämpfte um die Wiederbefestigung der Machtstellung seiner Dynastie, die er allein durch Gewinnung von deutschen Territorien auf dem linken Rheinufer zu erlangen meinte — Bismarck kämpfte um eine ungestörte nationale Politik Preussens, die er nur o h n e Abschlags- oder Entschädigungszahlungen an Frankreich auf die Dauer gesichert glaubte.

Napoleon hätte 1864/65 gerne gesehen, wenn sich Preussen sofort zu einer Annexion der Herzogtümer Schleswig-Holstein entschlossen hätte, wie er überhaupt hoffte, dass der drängende Ehrgeiz Preussens am ehesten die 1815 gesetzte Ordnung zerstören und ihm so einen Vorwand zur Einmischung geben würde. So meldete der preussische Gesandte von Goltz am 9. II. 1864 [1]), dass der französische Aussenminister Drouyn im Gespräch mit ihm die Idee erwogen habe, aus der preussischen Rheinprovinz einen unabhängigen Staat nach dem Muster Belgiens zu machen. Die französische Politik legte Preussen die Erwerbung Schleswig-Holsteins und eine weitere Ausdehnung dringend nahe, wobei sich Frankreich mit einer Rektifikation der Grenze nach Massgabe des Friedensschlusses von 1814 begnügen würde [2]). Goltz schrieb: «Der Minister schien mir dabei über die Differenz zwischen 1814 und 1815 nicht ganz mit sich im klaren zu sein. Er sprach von Landau (Bundesfestung! [3]), von einem hässlichen Winkel, den die preussisch-französische Grenze mache.... endlich von der Inkorporation des niederländischen Teils von Limburg in dieses Königreich (strategische Maaslinie! [3]) und Abtretung eines Teils von Luxemburg [4]) (Bundesfestung! [3]) an Frankreich.» Damit wurde Luxemburg zum ersten Male in dem Verlauf der französisch-preussischen Besprechungen genannt [5]).

---

[1]) Oncken, Rheinpolitik Napoleons III. Acten Bd. I, S. 29; Goltz an Wilh. I.

[2]) Oncken, Rheinpolitik Napoleons III. Bd. I, S. 31.

[3]) Hinweise des Verfassers.

[4]) Mit diesem «Teil» ist sicherlich das Grossherzogtum gemeint im Gegensatz zu dem belgischen Luxemburg.

[5]) «Verhandlungen» im diplomatischen Sinn sind überhaupt niemals zwischen Preussen und Frankreich über diesen Punkt geführt worden, was Bismarck die Möglichkeit gab, eine niederländische Intervention im März 1867 abzulehnen.

Die Gasteiner Konvention vom August 1865 jedoch, die eine Ueberwindung des drohenden preussisch-österreichischen Konfliktes wegen Schleswig-Holstein herbeiführte, nahm Frankreich vorerst die Aussicht auf Einmischung und Kompensationen.

Bismarck versuchte dann die Aufmerksamkeit des französischen Kaisers von den deutschen Gebieten abzulenken und «den Degen des Kaisers nach Norden zu richten» [6]). Napoleon liess sich jedoch während der Besprechungen in Biarritz und in St. Cloud nicht auf die belgischen Gebiete ablenken; aber auch Bismarck gab dem französischen Kaiser nicht irgendwelche Versicherungen. Gerade darin ist die Pointe der von Radowitz als pointelos charakterisierten Besprechung zu sehen: Bismarck vermochte den Kaiser festzuhalten allein durch die Hoffnung auf Gebietserweiterungen am Rhein! —

Dieser Hoffnung versuchte Napoleon III. allerdings durch weitausgreifende Verhandlungen mit den Regierungen aller deutschen Staaten eine festere Grundlage zu geben. Wir können uns hier auf die allgemeinsten Tatsachen beschränken: Preussen zeigte sich auch unter den wachsenden Schwierigkeiten mit Oesterreich nicht geneigt, feste Verbindlichkeiten mit Frankreich einzugehen. Aber Napoleon lag es fern, darum eine gegen Preussen gerichtete Politik einzuschlagen — war es doch vielmehr sein Ziel, die Pläne Bismarcks zu fördern in der Hoffnung, ja in der Ueberzeugung, dass sie an dem Widerstand Oesterreichs scheitern würden. Dem Donaustaat gab sich der Kaiser nicht weniger freundschaftlich — denn auch hier musste er die Kriegsbereitschaft fördern, weil nur eine feste Kriegsbereitschaft auf beiden Seiten den Ausbruch des Kampfes herbeiführen konnte, dessen lange Dauer oder dessen siegreiche Beendigung durch Oesterreich ihm die Möglichkeit einer Einmischung gegeben hätte. Schon durch die Verbindung mit den beiden gegnerischen Staaten wurde seine Politik doppelsinnig und undurchsichtig. Durch die Verhandlungen mit den deutschen Mittelstaaten, in denen die französische Politik das «eigentliche und wahre Deutschland» [7]) erblickte — vor allem aber durch die Stellung zu Italien wurde die napoleonische Politik geradezu labyrinthartig verwirrt. Allein der Sieg Oesterreichs, das heisst die Rückgewinnung von Schlesien, hätte Napoleon am Rhein freie Hand geben können; nur ein Sieg Oesterreichs hätte eine wirksame Vermittelung Napoleons in Italien ermöglicht — hätte tatsächlich Venetien, zu dessen Abtretung sich Oesterreich in jedem Fall bereit erklärte, zu einem Geschenk des französischen Kaisers an Italien werden lassen.

---

[6]) Hamstra: «De Luxemburgsche Kwestie». Groningen, Dissert. 1927, S. 13.

[7]) Oncken I. S. 137: Drouyn zu dem württembergischen Gesandten v. Wächter.

Im Hinblick auf die sich anbahnende luxemburgische Frage seien hier einige Einzelheiten der französisch-preussischen Besprechungen gegeben: Im März 1866 erwog der Kaiser in einer Unterredung mit dem preussischen Gesandten alle Möglichkeiten der Erwerbung von Kompensationsgebieten. Man kann hierbei zwei verschiedene französische Programme unterscheiden: das «petit Rhin»-Programm, das die Forderung nach Saarbrücken und Landau und damit die Beseitigung des «hässlichen Winkels» einschloss — und das «grand Rhin»-Programm, das auf die Gewinnung des ganzen linken Rheinufers oder wenigstens der Moselgebiete und der Pfalz bis Mainz herauf abzielte. In dem genannten Gespräch mit Goltz [8]) ging Napoleon rasch von Belgien zu dem pfälzischen Objekt (Rheinbayern) über, wiegte er sich doch in dem Gedanken, dass dort noch immer in weiten Kreisen Neigungen zu Frankreich herrschten. Mit mehr Recht konnte er behaupten, dass in Luxemburg «französische Sympathien» vorhanden seien. Bismarck schrieb in diesem Zusammenhang seinem Botschafter [9]): «In betreff der Sympathien in Rheinbayern wird der Kaiser ohne Zweifel falsch berichtet sein. In Luxemburg ist die Stimmung, namentlich unter den Reichen, vielleicht mehr nach Paris gewandt. Wenn wir aber damit beginnen, Bundesgebiet mit deutschen Bewohnern abzutreten, so schneiden wir damit die nationale Entwicklung des Planes ab».

Wie gesagt, es lagen keinerlei feste Vereinbarungen zwischen Frankreich und Preussen vor, als der Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten ausbrach.

Da die Verwirklichung der napoleonischen Pläne auf einem Siege Oesterreichs — oder zum mindesten auf einer längeren Dauer eines unentschiedenen Krieges — beruhte, bedeutete der schnelle und völlige Sieg Preussens bei Königgrätz einen furchtbaren Schlag für die französische Politik! Die Uebergabe Venetiens — die in Folge des italienischen Vorgehens ohne die gewünschte Wirkung blieb — konnte die französische Niederlage nur verstärken. Nur die Mobilmachung hätte den zögernden Massnahmen des Kaisers einen gewissen Nachdruck verleihen können. Aber Napoleon beschloss eine friedliche Vermittlung. Diese Unterlassung entschied über das zukünftige Schicksal des Kaisers und seiner Dynastie!

Die folgende Zeit offenbart die Schwäche und Unsicherheit der napoleonischen Politik durch eine Folge entgegengesetzter Schritte. Nach dem ergebnislosen Verlauf seiner Friedensaktion schien der Kaiser sehr verlegen.[10]) Er meinte Goltz gegenüber, «es sei am Ende besser, auf alle Vorteile zu verzichten»; er wünschte nur noch mit Ehren aus einer enormen Verlegenheit

[8]) Oncken, I, S. 96; Goltz an Bismarck, 6. III. 1866.

[9]) Oncken, I, S. 93: Bismarck an Goltz, 6. III. 1866.

[10]) Sybel: «Begründung des Deutschen Reiches», Bd. V, S. 236.

herauszukommen [11]). Er verlangte allein, dass die süddeutschen Staaten eine vom Norden unabhängige Existenz führen sollten.

In dem Augenblick, in dem Preussen den Präliminarfrieden mit Oesterreich abschloss (26. Juli 1866) traf Benedetti mit einem Telegramm des Kaisers im preussischen Hauptquartier in Böhmen ein. Im Gegensatz zu der oben erwähnten Absicht, auf alle Vorteile zu verzichten, begann Napoleon jetzt doch die Ziele einer Kompensationspolitik deutlicher zu formulieren. In Bezug auf die rheinischen Territorien hielt Frankreich seine früheren Wünsche aufrecht, die auf eine Rektifikation der Grenzen von 1815 und auf eine Gewinnung Luxemburgs hinausgingen. Bismarck nahm das Gespräch an und sicherte eine wohlwollende Erwägung zu. Ein momentaner Erfolg blieb der französischen Intervention jedoch versagt.

Die herrschende Unsicherheit der französischen Politik wurde durch das körperliche Leiden des Kaisers noch verstärkt. Wohl nur so ist es zu verstehen, dass es dem Aussenminister gelang, dem Kaiser, kurz nach seinem Verzicht auf deutsche Gebietsteile, dennoch die Einwilligung zu einem überraschend umfangreichen Kompensationsvorschlag an Preussen abzuringen. Der Entwurf von Vichy vom 29. Juli sah eine Wiederherstellung der Grenzen des Ersten Pariser Friedens vor, samt einer Abtretung der hessischen und bayrischen Gebiete links des Rheines, wofür Preussen innerhalb Deutschlands den betroffenen deutschen Staaten Entschädigungen verschaffen sollte. Im Weiteren sah der Vorschlag die ausdrückliche Aufhebung der Bundeszugehörigkeit Luxemburgs vor und die Zurückziehung der preussischen Garnison von dort [12]).

Der preussische Ministerpräsident wies die Forderungen auf das heftigste zurück, ja Radowitz gegenüber machte er aus seinem Entschluss, vom Leder zu ziehen... und zu versuchen, mit Oesterreich eine Verständigung herbeizuführen, keinen Hehl! [13]) Nur in Hinsicht auf Luxemburg liess er für Frankreich eine Möglichkeit offen. Er schrieb an Goltz: «Wenn... der Kaiser... auf Luxemburg einen besonderen Wert legt, so sind wir zunächst kaum in der Lage, dies Grossherzogtum in unseren Norddeutschen Bund aufzunehmen. Die Festung hat, nach dem Urteile sachverständiger Militärs, f ü r u n s nicht den d e f e n s i v e n Wert, der ihr früher beigelegt ist, und wir sind in der Möglichkeit, unser dortiges Besatzungsverhältnis als erloschen durch die Auflösung des Bundes zu behandeln» [14]).

---

[11]) Radowitz: «Tagebuch», 11. Juli 1866.

[12]) Oncken II, S. 12: Drouyn an Benedetti, 29. Juli 1866;
S. 21: Benedetti an Bismarck, 5. August.

[13]) Radowitz: Tagebuch. 9. August 1866. (Es handelt sich um mündliche Mitteilungen Bismarcks an Radowitz, der sich auf der Rückkehr vom Kriegsschauplatz in Berlin aufhielt.)

[14]) Oncken II, S. 35: Bismarck an Goltz, 8. August 1866.

Der Kaiser hatte sich indessen wieder körperlich erholt und zu eigenen Entschlüssen aufgerafft. Er hiess die Forderungen seines Ministers nicht gut und gab sie in dieser Form auf; in Bezug auf Mainz — erklärte er — sei ein Missverständnis vorgekommen. Drouyn zog daraus die Konsequenz und nahm seinen Rücktritt. Damit war ein starkes Hindernis für eine Verständigung zwischen Preussen und Frankreich gefallen. Aber noch war Benedetti eifrig tätig; er hatte aus der Tatsache, dass sein Gespräch in Nikolsburg «angenommen» worden war, irrtümlich eine Zustimmung Bismarcks abgeleitet. Die politische Vergangenheit des französischen Botschafters verführte ihn dazu, falsche Begriffe auf die deutschen diplomatischer Umgangsformen zu übertragen. Daraus entwickelte sich frühzeitig eine prinzipielle Verschiedenheit zwischen ihm und Bismarck, worin eine gewisse Erklärung für die kommenden Missverständnisse in der Luxemburger Frage zu finden ist. Nachdem die gesamten Friedensschlüsse keinerlei Erfolg der französischen Intervention hatten sichtbar werden lassen, versuchte es die französische Diplomatie Ende August mit einem andersgearteten Vorschlag.

Mit diesem neuen Plan treten wir in das entscheidende Stadium der Kompensationsverhandlungen ein: Napoleon versuchte nämlich die Landforderungen mit einem Schutz- und Trutzbündnis mit Preussen zu verbinden. Der Entwurf des Vertrages, durch welchen diese Fragen endgültig geregelt werden sollten, muss hier einer genaueren Betrachtung unterzogen werden, weil er die Grundlagen der weiteren Verhandlungen ausmacht.[15])

Artikel I enthielt das Versprechen des Königs von Preussen, Frankreich die Erwerbung von Luxemburg zu erleichtern; er sollte zu diesem Zwecke in Unterhandlungen mit dem König der Niederlande treten, um diesen zur Uebergabe der luxemburgischen Souveränitätsrechte an den Kaiser zu bestimmen (Art. II.). Als Entgelt für die Duldung einer Vereinigung der Südstaaten mit dem Norddeutschen Bund sollte Preussen in dem Falle, dass der Kaiser durch die «Umstände» gezwungen wäre, in Belgien einzumarschieren oder es zu erobern (!), diesem die Unterstützung seiner Armeen angedeihen lassen, ...auch gegen jede Macht, die in diesem Falle an Frankreich den Krieg erklären würde (Art. IV). Als gegnerische Macht kam in diesem Fall nur England in Frage. Das hatte wiederum zur Folge, dass sich der preussische Kronprinz durchaus gegen das Projekt aussprach.[16]) Im Artikel V wurde ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis der beiden Mächte vorgesehen, um die Ausführung der Bestimmungen zu garantieren. Benedetti gelang es nicht, mit

---

[15]) s. Oncken II, S. 94 ff.

[16]) Kronprinz Friedrich war mit der englischen Prinzessin Victoria verheiratet.

diesen Vorschlägen einen Ueberraschungserfolg in Berlin zu erringen; so begab er sich, nachdem er am 29. August einen definitiven Entwurf überbracht hatte, nach Karlsbad zur Kur. In Frankreich wurde in dieser Zeit Lavalette Aussenminister — was im Sinne der preussenfreundlichen Politik liege, «die der Kaiser einzuschlagen gesonnen sei»[17]), wie Lavalette selbst seine Berufung interpretierte. Bei der zögernden Haltung des preussischen Königs und auch Bismarcks gegenüber dem vorliegenden Entwurf, gedieh das Bündnisprojekt nicht weiter. Durch die Mitte September eintretende Krankheit des preussischen Ministerpräsidenten wurde die Angelegenheit dann vorerst vertagt. Napoleon war gezwungen, durch die langatmigen Erklärungen des sogenannten «Lavaletteschen Zirkulars» (dessen Autor aber vor allem der Kaiser selbst war), die mangelnden Ergebnisse zu ersetzen und die Hoffnungen der französischen Nation auf die Zukunft zu richten[18]).

Das Zirkular war geeignet, die Beunruhigungen in Frankreich zu beschwichtigen; aber eine solche Beruhigung konnte nur von Dauer sein, wenn diesen Worten Taten folgten. Nachdem sich der Kaiser in den kritischen Tagen zu einer friedlichen Lösung seines Verhältnisses zu dem siegreichen Preussen entschlossen hatte, konnte ein Erfolg nur auf der Basis des Vertragsentwurfes vom 29. August erfolgen. Nur die gemäss Art. I vorgesehene Zession von Luxemburg konnte der französischen Nation vor Augen führen, dass die Veränderungen in Deutschland nicht ohne Einverständnis und nicht ohne Nutzen für Frankreich vonstatten gegangen seien.

Damit hatte sich die Luxemburger Frage am Ende des Jahres 1866 bereits zu der entscheidenden Wichtigkeit entwickelt, die ihr im Rahmen der napoleonischen Politik eignet. Allerdings tritt diese Bedeutung in der Verbindung mit den Bündnisvorschlägen — die ja eine noch viel weitere Ausdehnung der französischen Macht nach Norden zum Ziel hatten — vorerst nicht völlig klar hervor. Eine Betrachtung der allgemeinen Lage Frankreichs zu Ende des Jahres 1866 wird aber die Ablehnung, die die preussische Regierung dem französischen Vorschlag entgegenstellte, verständlich machen und erklären, warum dann kurz nach Beginn des neuen Jahres die eben angedeutete Wichtigkeit der Luxemburger Frage als entscheidende Angelegenheit der französischen Aussenpolitik unverhüllt zu Tage treten konnte.

---

[17]) Radowitz, Tagebuch, 30. August 1866.

[18]) Wortlaut des Zirkulars in «Les Origines diplomatiques de la guerre de 1870». XII. S. 301. Paris 1921.

II. KAPITEL

Ueberblick über die Gesamtlage Frankreichs Ende 1866.

Die aussenpolitische Lage des Kaisers hatte sich — nicht nur in den deutschen Angelegenheiten — im Laufe des Jahres ganz bedeutend verschlechtert. Das hiess, um mit Radowitz zu sprechen[19]), dass die Regierung Napoleons III. mit schwindendem Ruhm ihre «raison d'être» verlor. Die mexikanische Angelegenheit ging ihrer Liquidation entgegen. Das Abenteuer endete mit einer schweren Niederlage gegenüber der nordamerikanischen Republik. In der römischen Frage war der Kaiser ebenfalls mit einer schweren Hypothek belastet. Die Interessen des Kaisers waren auf das engste mit denen des Papstes (Pius IX.) verknüpft, dessen weltliche Herrschaft erschüttert schien.

Es sei hier vorweggenommen, dass die römische Frage eine Zeit lang — und zwar um die Jahreswende herum — mit den Verhandlungen über das Bündnis und die Luxemburger Frage parallel lief. Frankreich versuchte mit Preussens Unterstützung dem Papst eine Territorial-Garantie zu geben; Bismarck war ebenfalls gesonnen, zwischen Florenz und Rom vermittelnd einzugreifen. Aber das drängende Tempo und die unklare Politik, die Frankreich in dieser Hinsicht trieb, bestärkte Bismarck in der Furcht, dass es Frankreich darum zu tun sei, bei dieser Gelegenheit Preussen mit Italien zu entzweien[20]). So wurde die Sache durch das französische Vorgehen «aufs äusserste verfahren»[21]), denn Preussen war keineswegs gesonnen, «die italienische Allianz als eine der mächtigsten Grundlagen unserer Politik»[22]) der französischen Politik zu opfern. Die Lebhaftigkeit, mit der sich Benedetti der römischen Frage annahm, musste die Verstimmung des preussischen Ministerpräsidenten gegen ihn noch steigern — und so kann man sagen, dass die Differenzen in der römischen Frage zur Entfremdung der beiden Mächte ein Weiteres beigetragen haben. Der tiefere Grund dafür war die Rivalität der beiden Mächte im Hinblick auf Italien. Napoleon war es nicht gelungen, sich die Kräfte des von ihm geförderten italienischen Nationalismus dienstbar zu machen — während Bismarck Italien zum «mächtigsten Grundpfeiler» seiner deutschen Politik gemacht hatte.

---

[19]) Aus dem an den Prinzen Friedrich Karl gerichteten Rückblick: «Zur Situation beim Jahresschluss 1866» (dem «Tagebuch» angeschlossen).

[20]) Bismarck: Gesammelte Werke (Thimme) VI, S. 175 ff., N° 623 Vorbem. und 624: an Goltz, 6. XII. 1866.

[21]) Bismarck: Gesammelte Werke (Thimme) VI, S. 201, N° 635, an Goltz, 19. XII. 1866.

[22]) Bismarck: Gesammelte Werke (Thimme) VI, S. 219, N° 647, an Usedom in Florenz, 7. I. 1867.

Auch in der schwebenden orientalischen Frage, die durch den Aufstand auf Kreta und durch Unruhen auf dem Balkan die Möglichkeit einer Machtverschiebung auf Kosten der Türkei und zum Vorteil Frankreichs in Aussicht stellte, verspielte Frankreich durch ungeschickte Politik die Sympathien Bismarcks und stiess England vor den Kopf. Diese drei Fragen Mexiko, Rom, Balkan — bestimmten also die Lage Napoleons gegenüber Preussen aufs stärkste. Nicht minder wichtig aber war die innenpolitische Situation, wie sie sich am Jahresende den Augen eines prüfenden preussischen Politikers darbot.

Im französischen Heer trat nach dem wunderbar schnellen Sieg Preussens an Stelle unklarer Auffassungen über eine immer schlagbereite Armee die dämmernde Erkenntnis, «die augenblickliche Wehrverfassung sei nicht mehr zeitgemäss und einer Aenderung dringend bedürftig».[23]) Das Gefühl eigener Unzulänglichkeit wirkte demoralisierend in den Reihen der Soldaten Frankreichs. «Die französische Armee hat in den preussischen Erfolgen, wie dieses in ihrem ganzen Charakter liegt, weit mehr Grund zur Eifersucht, wie zur objektiven Anerkennung gefunden»[24]).

An keiner anderen Stelle machte sich der Mangel eines führenden Staatswillens so bemerkbar wie hier. Der französische Staat, der über ein Jahrzehnt lang fast eindeutig durch Napoleon repräsentiert worden war, entwickelte nun an keiner anderen Stelle eine Persönlichkeit, die führend an die Stelle des erkrankten und schwachen Kaisers getreten wäre. Die Diktatur begann sich furchtbar zu rächen. Ganz ähnlich wie Radowitz in seinem Rückblick, urteilte auch der österreichische Militärattaché Graf Welsersheimb in seinen Berichten an das K. K. Armee-Oberkommando in Wien: «So wie die Regierung in allem und jedem die Rolle der Vorsehung für das Land übernahm, wird sie nun auch für alles verantwortlich gemacht, und die Logik der Tatsachen wendet sich gegen selbe, nun der Nimbus der Unfehlbarkeit und des Glückes von ihr gewichen, dieser wesentliche Rechtstitel ihrer Existenz in der öffentlichen Meinung, bei dessen Erlöschen man sich ganz unbefangen mit dem Gedanken eines Wechsels befasst».[25])

Es fehlte in Frankreich ebenso die politische wie die militärische Bereitschaft, einen Krieg zu führen. So vermochte der Militärattaché v. Loë in den kritischen Tagen des August 1866 die Gewähr dafür zu übernehmen, «dass Frankreich für die nächste Zukunft, insbesondere bis zum nächsten Frühjahr, keine kriegerische Ak-

---

[23]) v. Loë: Erinnerungen aus meinem Berufsleben, Stuttgart-Leipzig, 1906, S. 129.

[24]) Radowitz, Rückblick (Tagebuch).

[25]) Oncken II, S. 291: April 1867.

tion unternehmen werde»[26]). Diesen Berichten Loës — der auf ausdrücklichen Wunsch des Königs in der Krisenzeit in Paris verblieb — ist wohl eine grosse Bedeutung zuzuerkennen. Gerade in Hinsicht auf das gewisse Spannungsverhältnis zwischen Goltz und Bismarck sind die Berichte Loës als Ergänzung und Berichtigung der Goltz'schen Schreiben in Berlin sehr beachtet worden. Ihre Bestätigung haben diese Sachberichte in den Darstellungen Welsersheimbs, die wohl auch auf die Ablehnung eines Bündnisses Wien-Paris im April 1867 nicht ohne Einfluss gewesen sein mögen.

Bei der mangelhaften Wehrverfassung, war eine rasche, einheitliche und energische Mobilmachung unmöglich. Besserung der Infanteriebewaffnung und der gänzlich verfehlten taktischen Ausbildung waren die Hauptpunkte eines Programms, mit dem der Kaiser feierlich im «Moniteur» die Bildung einer Kommission anzeigte (XI. 66). Die innerpolitischen Schwierigkeiten waren aber zu gross, um ein Ergebnis zustande kommen zu lassen. Die Minister betonten, die öffentliche Meinung rechne mit einer Aera des Friedens, worauf ja auch die Weltausstellung hinweise.

Das Jahr ging zu Ende, ohne dass entscheidende Entschlüsse gefasst worden waren!

Auch als der Kriegsminister Randon durch den Marschall Niel ersetzt wurde, konnten die innerpolitischen Hindernisse nicht überwunden werden. Die Reformversuche scheiterten an der Unlust der alten Generäle, an der Verständnislosigkeit der Minister und letztlich an der Energielosigkeit des Kaisers. Als daher im Laufe des Frühjahrs 1867 sich dennoch die Notwendigkeit einer militärischen Bereitschaft ergab, da vermochte Loë wiederum die «Gewähr dafür zu übernehmen, dass die französische Armee trotz ihrer fieberhaften Vorbereitungen nicht imstande sei, gegen Preussen Krieg zu führen»[27]).

Es sei hier nur in aller Kürze angedeutet, dass auch die um die Jahreswende beginnende Aera des «Empire libéral», d. h. die Verleihung von erweiterten Rechten an Volk, Parlament und Presse, den erwarteten Erfolg nicht brachte. In Eile konnte das Volk nicht dazu erzogen werden, die Verantwortung mitzutragen; der einzige Erfolg war eine Steigerung der Kritik in Presse und Parlament.

Durch drei Fragen also waren die politischen Elemente, die für das Kaisertum von ausserordentlicher Wichtigkeit waren, in eine dem Herrscher verderbliche Erregung versetzt worden: die finanzielle Welt durch das mexikanische Abenteuer, die klerikale Partei durch die römische, die Armee durch die deutsche Angelegenheit. Wenn man dazu die Korruption in Betracht zieht, «die Unzuverlässigkeit derer, welche sich eifrige Diener

[26]) Loë: a. a. O., S. 124.
[27]) Loë: a. a. O., S. 133.

des Kaisers nennen, dabei aber schon jetzt mehr im Interesse mutmasslicher Nachfolger handeln»[28]), wenn man ferner in Betracht zieht «den Mangel an Kapazitäten und Charakteren unter denen, welche voraussichtlich in der Stunde der Gefahr dem Kaiser treu bleiben werden, ...so wird man auch ohne Hang zum Pessimismus... doch der Erkenntnis sich nicht verschliessen können, dass das zweite Kaiserreich seiner Auflösung entgegengeht, wenn es nicht bald durch einen bedeutenden Erfolg nach aussen hin der Machtstellung und dem ganzen Leben des Landes einen neuen Aufschwung zu geben vermag[29])».

Vom Standpunkt einer damaligen preussischen Regierung betrachtet, muss man feststellen, dass der Kaiser also unter bedenklichen Umständen dem siegreichen Nachbarstaat die Allianz anbot.

Von Seiten des Kaisers war ein solches Verlangen, die nationalen Bestrebungen der beiden Länder im weitesten Umfange zu befriedigen, ohne sie miteinander in Konflikt zu bringen, durchaus verständlich, gerade im Hinblick auf die in Frankreich herrschenden militärischen Zustände. In dem Abschluss solchen Vertrages, der ihm zugleich militärische Unterstützung und den gewünschten Landzuwachs durch Luxemburg gebracht hätte, sah der Kaiser die Möglichkeit, seine erschütterte Grossmachtposition neu zu fundieren, ohne dass ihm das Opfer eines neuen Krieges auferlegt würde; er hoffte sich und seiner Dynastie mehr Stabilität zu verleihen, als selbst ein glücklicher Feldzug ihm einbringen konnte. «Es ist dies die letzte Chance, die ihm übrig bleibt, seine Stellung zu retten, ohne sich in einen Krieg gegen Preussen zu stürzen. Die Ablehnung der napoleonischen Allianzvorschläge muss daher, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse die Konstellation der Politik total verändern, notwendigerweise zum Kriege führen. Es wird sich nur um die Zeitfrage handeln»...[30]).

Das war also die Sachlage vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Bündnispakt Anfang Dezember 1866.

III. KAPITEL.

Die luxemburgisch-preussischen Verhandlungen des Jahres 1866.

Im Hinblick auf die Zustände in Luxemburg selbst scheint es angebracht, den Gang der zwischen Preussen und Luxemburg gepflogenen Verhandlungen bis Ende 1866 an dieser Stelle zusammenfassend zu schildern.

[28]) Radowitz: «Rückblick».
[29]) Radowitz: «Rückblick».
[30]) Radowitz: «Rückblick».

Zu diesem Zwecke müssen wir bis bis zu dem Moment der Auflösung des Deutschen Bundestages durch Preussen zurückgehen.

Der preussische Verfassungsentwurf, der bei der Auflösung abgegeben wurde, sah keine Regelung der Luxemburger Staatszugehörigkeit vor. Bei dem ausbrechenden Streite gab die Luxemburgische Regierung eine ausdrückliche Neutralitätserklärung ab, sah sich vorerst aber nicht bewogen, ihren Vertreter von den Sitzungen des Rumpfbundestages abzuberufen, wenn auch dieser Vertreter nicht mehr an den Abstimmungen teilnahm.

Hier griff nun die Kritik Preussens ein. Am 21. Juni drückte der preussische Gesandte im Haag dem Staatsminister für Luxemburg den Wunsch aus, dass sich Luxemburg offiziell vom Deutschen Bundestag zurückziehe.

Preussen machte auf die schwerwiegenden Folgen aufmerksam, welche für Luxemburg durch ein weitere Beteiligung an den Beratungen einträte, da es dann unter die mit Preussen kriegführenden Staaten eingerechnet werden müsste. Wenn Bismarck später sogar die Folgerung daraus zog, «dass juristisch genommen wir uns im Kriege mit Luxemburg befänden»[31]), so tat er dieses nur, um desto deutlicher festzustellen, «dass wir kein Interesse hätten, diesen Krieg zu führen». Das Interesse Preussens ging also seit Anfang an darauf hinaus, die Frage in der Schwebe zu halten. Von Luxemburger Seite aus wurde zu gleicher Zeit die Frage der Bundestagsbeschickung (bezw. der Befolgung der preussischen Aufforderung) mit der so wichtigen Angelegenheit des Besatzungsrechtes verknüpft. Der König-Grossherzog beauftragte die Luxemburger Regierung an Preussen folgende Frage zu richten:

«Quelle serait la position du Grand-Duché pour le cas où il se conformerait à la demande de la Prusse? La neutralité serait-elle acceptée par cette dernière? Comment concilierait-elle la rupture du lien fédéral avec la présence d'une garnison prussienne à Luxembourg?»[32])

Die Note vom 23. VI., in der Tornaco, der Staatsminister von Luxemburg, die Zweifelhaftigkeit der preussischen Besatzungsrechte darlegte, wurde am 1. VII. durch Preussen in einem Sinne beantwortet, der den reinen Bundescharakter der Besatzung bestritt[33]). Die sofort eintreffende Antwort der Luxemburger Regierung führte diese Behauptung auf die juristische Wirklichkeit zurück. Das gesonderte Besatzungsrecht

---

[31]) siehe S. 50 vorliegender Arbeit.

[32]) Servais: Le Grand-Duché de Luxembourg et le traité du 11 mai 1867. Paris 1879, S. 32.

[33]) Matschoss: Die Kriegsgefahr von 1867, Bunzlau 1908, S. 77.

Preussens wurde von der grossherzoglichen Regierung formell bestritten. Eine neue Note am 12. Juli beharrte auf diesem Standpunkt; sie schliesst [34]): Le gouvernement du Roi Grand-Duc estime que, dans les circonstances actuelles, un débat ultérieur sur la question soulevée peut être ajourné; mais il croit de son devoir de faire dès à présent toutes réserves et protestations qui découlent des observations qui précèdent». Am selben Tage machte der Luxemburger Vertreter die Anerkennung der Luxemburger Neutralität zur Bedingung für die Zurückziehung des Vertreters in Frankfurt a. M.[35]). Diese Dinge wurden dann im Folgenden durch den kriegerischen Verlauf ihrer Wichtigkeit entkleidet; denn der Bundestag floh aus Frankfurt; Bismarck weilte in Böhmen. — Alles dieses gab einen guten Vorwand, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten, ehe die Luxemburger Anfrage beantwortet wurde. Die preussische Note vom 5. VIII.[36]) enthielt endlich die von Luxemburg gewünschte Anerkennung der Neutralität.

Man braucht diese Erklärung nicht, wie es Servais tat, als eine definitive aufzufassen — kann ihr aber trotzdem eine grössere Bedeutung zuerkennen, denn sie tat kund, dass Preussen auch nach der glücklichen Wendung des Krieges nicht gesonnen war, die luxemburgischen Verhältnisse zu ändern. Erst am 12. X. wurde die Angelegenheit durch eine neue Note von Luxemburgs Seite wieder in Bewegung zu bringen versucht und zwar durch eine neue Anregung: Die Luxemburger Regierung hielt die Aufrechterhaltung der preussischen Besatzung für unrechtmässig und nur im Falle des Abschlusses eines neuen Vertrages möglich, der im Rahmen internationaler Verbindungen wirtschaftlicher Art auch ein militärisches Bündnis statuieren würde. Doch blieb dieses Angebot — das wohl hauptsächlich taktisch zu werten war — vorerst ohne Antwort von Seiten Preussens [37]). Der Zustand der Neutralität, den die preussische Erklärung vom 5. VIII. begründet hatte, wandelte sich mehr und mehr zu einer Gewohnheit; Servais spricht von einer politischen Situation, welche in vielen Hinsichten dem Zustand der Neutralität ähnelte, wie ihn der Vertrag vom 11. V. 1867 endgültig völkerrechtlich fassen sollte.

---

[34]) Servais, a. a. O. S. 33.

[35]) Servais, a. a. O. S. 34.

[36]) Schulthess: Geschichtskalender 1866, S. 451.

[37]) Diese Note wurde erst Ende März 1867 beantwortet, wohl ebenfalls aus mehr taktischen Erwägungen; die Antwort war ganz dilatorischen Charakters und wird wegen ihrer geringen Bedeutung innerhalb der März-Ereignisse nicht erwähnt werden.

IV. KAPITEL.

Die französisch-preussische Auseinandersetzung. Dezember 1866 bis Ende März 1867.

a) *Die Luxemburger Frage im Zusammenhang mit dem Bündnisprojekt.*

Nach der langen Unterbrechung, welche die direkten Unterhandlungen zwischen Frankreich und Preussen durch die Krankheit Bismarcks erlitten hatten, rüstete sich Benedetti im November zu erneuten Versuchen, in der Luxemburger Angelegenheit zu einem Resultat zu kommen. Gegen Goltz äusserte er sich, wie dieser an Bismarck schrieb, wie folgt: «Er werde sich dort (in Berlin d. V.) zunächst in der Angelegenheit des geheimen Vertrages jedes Drängens enthalten. Nach Eurer Exzellenz Rückkehr und insbesondere gegen den 1. Dezember hin werde er aber bestrebt sein müssen, auf eine schleunige Entscheidung hinzuwirken... die allgemeine Lage und die delikate Natur der schwebenden Verhandlungen machten es notwendig, die letzteren (d. h. die Beziehungen zu Preussen, d. V.) baldigst in der einen oder anderen Weise zum Abschluss zu bringen».[38])

Bis zum Ende des Jahres, so sagte Benedetti, müsse man zu einer völligen Klarheit gekommen sein, welche eine zukünftige Politik des Kaisers erleichtere, insbesondere die Haltung für die bevorstehende Session des gesetzgebenden Körpers, d. h. vor allem den Inhalt der Thronrede bestimme. Damit tritt in die Unterhandlungen ein neues Motiv von Wichtigkeit: Frankreich leitete aus der baldigen — Mitte Februar erfolgenden — Eröffnung des corps législatif die Berechtigung ab, eine definitive Regelung der Luxemburger Frage und der Beziehungen mit Preussen überhaupt zu verlangen, um so eine Erleichterung der innenpolitischen Lage zu erzwingen[39]).

Radowitz stellte fest, dass Ende November die Stimmung ähnlich wie nach den unglücklichen Kompensationsforderungen im August gewesen wäre. Unter solchen Vorzeichen begannen am 3. XII. die direkten Unterredungen zwischen Benedetti und Bismarck. Man muss erstaunt sein, dass Benedetti sich die Freiheit nahm, in diesen Tagen den noch immer erkrankten Ministerpräsidenten zu belästigen. Trotz des Arbeitsverbots der Aerzte — das von Bismarck nur wegen der schwebenden Verfassungsfragen umgangen wurde — gewährte ihm der franzö-

---

[38]) Oncken II, S. 120; Goltz an Bismarck, 15. XI. 1866.

[39]) Vgl. Billet von Benedetti an Bismarck vom 4. II. 67 (Oncken II, S. 196, Anm. 2) und Bismarck an Goltz, 15. II. (ebendt. S. 202), worin dieser es «an und für sich eine wunderliche Genugtuung» nennt, «dass wir um der augenblicklichen Wirkung auf eine gesetzgebende Versammlung willen eine Festung an Frankreich geben sollen».

sische Botschafter keinerlei Schonzeit. Sein Drängen führte allerdings nur dahin, dass sich zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten und dem französischen Botschafter eine langandauernde Spannung entwickelte, die zu den charakteristischsten Symptomen der Luxemburger Angelegenheit gehört. Benedetti gefiel sich darin, seine Aeusserungen zur schwebenden römischen Frage vor v. Thile [40]) zurückzuhalten und zu behaupten, er könne sich nur Bismarck selbst anvertrauen [41]). So gipfelte die Beschwerde Bismarcks in der Feststellung, dass wenn Benedetti nicht sein Benehmen ändere, er in die Lage kommen werde, den persönlichen Verkehr mit ihm abzubrechen.

Die Unterredung, die Benedetti mit Bismarck am 3. XII. hatte [42]), verlief ganz ohne Resultat. Die Vermengung der römischen [43]) mit der Luxemburger und der Bündnisfrage führte nur dazu, beide Probleme noch mehr zu verwickeln. Auch in Paris erschien die Sache durchaus nicht hoffnungsvoll [44]). Dennoch aber befahl Napoleon, Geduld zu üben und Bismarcks weitere Aeusserungen abzuwarten. Dieser drückte sich Goltz gegenüber aus:[45]) «Ich glaube kaum, dass selbst der wirkliche Besitz von Luxemburg, auch wenn er (der Kaiser d. V.) denselben ohne weitere Opfer von seiner Seite erlangte, ihm einen Ersatz für die Mißstimmung und die Feindschaft bilden würde, welche dadurch gegen Frankreich sicher in ganz Deutschland entstände und wahrscheinlich sich nicht auf Deutschland beschränkte».

Bismarck gab also die Parole aus, die Verhältnisse reifen zu lassen; Goltz brachte in Paris zum Ausdruck, «dass die französische Regierung bisher ihrerseits nichts getan habe, um diese Reife zu befördern»[46]).

Damit ist einer der wichtigsten Punkte der preussisch-französischen Verhandlungen genannt. Der Zustand der ‚Reife' sollte nämlich durch Aeusserungen der luxemburgischen Volksmeinung herbeigeführt werden. Bismarck hatte Kundgebungen gegen die Weiterdauer der preussischen Besatzung angeregt, um damit dem holländischen König — als Landesvater von Luxemburg — ein Mittel an die Hand zu geben, um bei Preussen die Zurückziehung der Besatzung zu beantragen. Das war der von Bismarck vorgeschlagene Weg, um das grösste Hindernis — die preussische Besatzung — ohne Kompromittierung Preussens zu beseitigen. Dieser Vorschlag musste schon länger zurück-

---

[40]) Unterstaatssekretär v. Thile war Stellvertreter Bismarcks.

[41]) s. Bismarcks Gesamm. Werke (Thimme) VI, S. 197, No 630; Bismarck an Goltz 16. XII. 66.

[42]) s. Orgines XIII, S. 200. No 3849.

[43]) Ueber die römische Frage siehe S. 18 vorliegender Arbeit.

[44]) Radowitz' Tagebuch, 6. XII. 66.

[45]) Oncken II, S. 130. Bismarck an Goltz, 6. XII. 1866.

[46]) Oncken II, S. 133. Goltz an Bismarck, 10. XII.

liegen. Wenn sich auch in den Akten [47]) Belege erst unter dem 19. XII. 1866 finden, so weist doch der Satz Bismarcks vom 15. II. 1867, «dass die französische Regierung die von mir seit dreiviertel Jahren ihr angedeuteten Mittel, Seiner Majestät dem Könige die Entschliessung der öffentlichen Meinung gegenüber zu erleichtern, nicht angewandt hat»[48]) auf eine längere Dauer dieses Vorschlages hin.

Frankreich aber war vorerst nicht bereit, diesen Weg einzuschlagen, sondern befürwortete immer noch eine direkte Zurückziehung der Besatzung als Voraussetzung zu einer dann leicht erfolgenden Zession des kleinen Landes durch den König von Holland. Also auch hier versuchte die napoleonische Politik den Weg des scheinbar geringsten Widerstandes zu gehen ohne einzusehen, dass sich aus natürlichen Umständen gerade hier die allergrössten Schwierigkeiten erheben würden.

Goltz hatte am 27. XII. die Ansichten Bismarcks Herrn Moustier (dem neuen französischen Aussenminister) vorgetragen, der aber von solchen Manifestationen nichts wissen wollte. Er fürchtete, dass die preussischen Offiziere diese Aeusserungen des Volkswillens «à coups de bâton» unterdrücken würden [49]).

Diese Antwort musste Bismarck verstimmen, der von Goltz verlangte, dass dieser «solchen Missverständnissen, welche es schwer ist nicht für absichtliche zu halten, mit Entschiedenheit» entgegentrete [50]).

Denn «Eure Exzellenz haben selbst bemerkt, dass es sich nicht um Bewegungen im Sinne des Anschlusses an Frankreich, sondern zunächst nur um den Wunsch handelt, die Festung in eine offene Stadt verwandelt zu sehen, um die Aufgebung

---

[47]) Oncken II, S. 143 u. 144. Bismarck an Goltz, 19. XII. 1866.

«Ich habe es Ihnen wie dem französischen Botschafter gegenüber wiederholt, und namentlich noch am Tage nach meiner Rückkehr aus Putbus, hervorgehoben, dass wir nicht die ostensible Initiative ergreifen können, um eine Abtretung deutschen Landes an Frankreich herbeizuführen, namentlich nicht, wenn die Wünsche der Bewohner darüber völlig unbekannt sind.»

«Wenn irgendwelche Manifestationen von luxemburgischer oder holländischer Seite ausgingen — wenn von Luxemburg zunächst das Verlangen ausgesprochen wird, eine unbefestigte Stadt zu werden, so würden wir in den Fall kommen, zu erwägen, ob einem solchen bestimmten Wunsch gegenüber die strategische Wichtigkeit des Platzes für uns gross genug sei, um unter allen Umständen und im Gegensatz gegen die Wünsche der Bevölkerung oder der Regierung unser Recht aufrechtzuerhalten. Vielleicht würde die Antwort der militärischen Autoritäten auf diese Frage verneinend ausfallen; und wir würden alsdann leichter imstande sein, unseren Verzicht auszusprechen, obwohl wir immer auf vielfachen Widerspruch oder Verdächtigungen gefasst sein müssten.»

[48]) Oncken II, S. 202.

[49]) Bismarck: Gesammelte Werke (Thimme) VI, S. 222, No 649, Vorbem.

[50]) Bismarck: Gesammelte Werke (Thimme) VI, No 649, S. 223. Bismarck an Goltz, 8. I. 67.

eines Besatzungsrechtes anzubahnen, welches für uns einen problematischen Wert hat»[51]).

So sehen wir hier um die Jahreswende die beiden Standpunkte sich deutlich gegeneinander abheben: auf der einen Seite die französische Politik, deren Vertreter durch unpassendes und unkluges Drängen alle Resultate der schwebenden Verhandlungen zu kompromittieren fortfuhr[52]), einer Politik, die mit der Aufsuchung anderer Bündnisse drohte oder sich sogar in versteckten Kriegsdrohungen gefiel[53]); z. B. «es sei unnütz, uns über die Römische Frage zu verständigen, wenn wir doch in einigen Monaten im Kriege miteinander sein würden»[54]). Auf der andern Seite die Politik Bismarcks, der geneigt war, die Wünsche Frankreichs zu berücksichtigen — solange sich das mit der moralischen Stellung Preussens als Führer des Norddeutschen Bundes vertragen würde. Bismarck schrieb: «...wir sind über die nahe liegenden Bedenken hinweggegangen, um die weitere Entwicklung nicht zu hindern und uns die Möglichkeit zu bewahren, zu rechter Zeit unsere Beziehungen zu der Sache in einer den Wünschen des Kaisers förderlichen Weise hervortreten zu lassen»[55]). Die grosse Gefahr, die der Leiter der deutschen Politik aber dabei immer wieder vor Augen sah, war die der Kompromittierung[56]). Er empfand, dass die Form der französischen Anforderungen und Wünsche einen Charakter hätte, «welcher zu den sachlichen Schwierigkeiten auch noch persönliche hinzuzufügen geeignet ist»[57]). Bei der momentan durch Frankreich eingehaltenen Linie und bei dem drängenden Tempo besonders des Herrn Benedetti hätte Bismarck gerne die heikle Angelegenheit vertagt. Er bedauerte in einem Schreiben an Goltz[58]), dass es Goltz nicht gelungen sei, den Minister Moustier zu überzeugen, dass dieser «dem Kaiser eine längere Vertagung der Erörterung der Luxemburger Angelegenheit vorschlagen werde». Eine solche Vertagung schien Bismarck im Hinblick auf die momentane Sachlage notwendig. Denn es konnte ihm nicht erwünscht sein, in der Luxemburger Angelegenheit gedrängt zu werden, in der der Widerstand seines Königs — wenn überhaupt — dann nur langsam zu überwinden war. «Ist es nicht eine unbillige Zumutung, wenn Frankreich jetzt mehr von uns verlangt, als es uns selbst seinerzeit gewährt hat: nämlich eine freundschaftliche Neutralität? wenn es ver-

---

[51]) Oncken II, S. 166. Bismarck an Goltz, 8. I. 1867.

[52]) Radowitz, Tagebuch, 16. XII. 1866.

[53]) Oncken II, S. 139. Goltz an Bismarck, 18. XII. 1866.

[54]) Bismarck, Gesammelte Werke VI (Thimme), No 643, S. 213. Bismarck an Goltz, 26. XII.

[55]) Oncken II, S. 144. Bismarck an Goltz, 19. XII. 1866.

[56]) Zur Frage der Kompromittierung s. Oncken II, S. 146, Anm. 2.

[57]) Oncken II, S. 146. Bismarck an Goltz, 19. XII.

[58]) Bismarck, Gesammelte Werke VI (Thimme), No 643, S. 212/3, 26. XII.

langt, dass wir alle Schritte tun sollen, um ihm ohne seine eigene Mitwirkung den Besitz Luxemburgs zu verschaffen?»[60]). Der König aber, in seiner strengen Auffassung [61]) vielleicht noch über seinen Minister hinausgehend, liess Goltz ausdrücklich nahelegen, sich bei der französischen Forderung die Frage vorzulegen, «wie Frankreich es aufnehmen würde, wenn wir einen genau analogen Anspruch an dasselbe machten und mit Aufsuchung anderer Bündnisse drohten, falls man uns nicht den Willen täte» [62]).

Kurz: Bismarck und der preussischen Politik war es darum zu tun, Frankreich zu überzeugen, dass es selbst und in erster Linie Hand ans Werk legen und nicht die kompromittierenden Schritte Preussen zuschieben [63]) dürfe.

Die Zurückweisung französischer Ansprüche ist aber nicht als eine Zurückweisung eines engeren Zusammengehens, eventuell gar eines Bündnisses, zu verstehen. Sagte doch Bismarck in denselben Tagen, als er eine so scharfe Kritik an der Art des französischen Vorgehens übte, über die Allianz, dass er sie von Anfang seiner Geschäftsführung an als den «natürlichen Ausdruck der dauernden Uebereinstimmung der Interessen beider Länder angesehen und behandelt» habe.[64]) «Meine Auffassung von dem Wert der Allianz zwischen Preussen und Frankreich ruht auf tieferen Gründen und dauernderen politischen Anschauungen, als dass sie so leicht durch vorübergehende Phasen und einzelne Schwierigkeiten erschüttert oder verändert werden könnte». Aber auch was den von Frankreich in Luxemburg einzuschlagenden Weg anbetraf, machte Bismarck nicht nur allgemeine Andeutungen, sondern gab vielmehr Vorschläge:

«Ich habe darauf hingedeutet — schrieb Bismarck über ein Gespräch mit Benedetti —, dass in Luxemburg unter der industriellen Bevölkerung und mit Paris in Beziehungen stehenden Bankiers ohne Zweifel eine Abneigung gegen den Charakter der Stadt als Festung vorhanden sei und dass sich dort, namentlich unter der reicheren Klasse, Elemente fänden, welche entschieden nach Frankreich hin gravitierten. Es komme darauf an, dass diese Sympathien und das Verlangen der Stadt, in eine offene verwandelt zu sein, in Manifestationen einen erkennbaren Ausdruck fänden; er (Benedetti, d. V.) werde aber begreifen, dass dies von uns nicht provoziert werden könne. Dies sei Frankreichs Sache; das weitere werde sich dann finden»[65].)

---

[60]) Oncken II, S. 146. Bismarck an Goltz, 19. XII.

[61]) Siehe Oncken II, S. 135. Randbemerkung 4.

[62]) Oncken II, S. 147. Bismarck an Goltz, 19. XII.

[63]) Oncken II, S. 146. Bismarck an Goltz. 19. XII. 1866.

[64]) Oncken II, S. 148. Bismarck an Goltz, 20. XII. 1866; ebenso der darauf folgende Satz.

[65]) Oncken II, S. 151. Bismarck an Goltz, 21. XII. 1866.

Frankreich konnte sich also nicht darüber beklagen, durch Bismarck im Unklaren gehalten worden zu sein. Aber die politische Leitung des Kaiserreiches besass nicht die genügende Sicherheit des Handelns, um die sich bietenden Möglichkeiten wahrzunehmen. Paris hatte nicht erkannt, dass die preussische Politik gegenüber Frankreich nur auf der Basis der Gleichberechtigung aufgebaut sein konnte. «Möge man doch in Paris nicht vergessen — so schrieb Bismarck an Goltz —, dass eine Allianz, wie wir sie verstehen, nur zwischen zwei gleichberechtigten und als solche sich achtenden und schonenden Staaten bestehen kann, dass an ein Erkaufen der Allianz von unserer Seite nicht gedacht wird...»[66]). Das war gewiss schwierig für Frankreich, denn dieses hatte bisher eine Politik gegenüber Deutschland getrieben, aus deren Tradition es eine «Berechtigung» ableitete, sich immer wieder in die deutschen Verhältnisse einzumischen, oder wenigstens — wie in diesem Falle — eine Belohnung dafür zu verlangen, wenn es sich einer Einmischung enthielt. Bismarck aber machte einen Bruch mit dieser traditionnellen Politik zur Voraussetzung eines bündnismässig festgelegten Verhältnisses.

Bei dieser Verschiedenheit der beiderseitigen Wege ist es bezeichnend, dass Radowitz das Tagebuch für das Schicksalsjahr 1866 mit der Feststellung schliesst, dass die französische Allianz in das System des neuen Deutschland nicht hineinpasse.

Das Jahr 1866 war also zu Ende gegangen, ohne dass für Frankreich auch nur ein positives Resultat erzielt worden war. Ein Monat neuer Verhandlungen war verstrichen und hatte an dem traurigen Bild, das wir entwarfen, auch nichts ändern können.

«Cette année 1866 a été vraiment douloureuse pour nous», so schrieb der französische General Ducrot am Schlusse des Jahres [67]).

Zu Anfang des Jahres 1867 laufen die beiden Pläne — nämlich der Plan eines Bündnisses und der Zession Luxemburgs an Frankreich — noch einige Wochen nebeneinander. Wir wollen diesem wechselseitigen Verhältnis noch weiter unsere Aufmerksamkeit widmen, weil nichts unversucht bleiben soll, um die prinzipielle Verschiedenheit der bismarckischen und der napoleonischen Politik zu kennzeichnen, aus deren Gegensatz sich die Ereignisse der nächsten Monate entwickeln sollten.

Bei dem grossen Wert, den Bismarck einem Zusammengehen zwischen Frankreich und Preussen beilegte, war er ausgesprochenermassen bereit, sich den Wünschen des Kaisers nicht entgegenzusetzen. Aber seine Kenntnisse der französischen

---

[66]) Oncken II, S. 150. 20. XII. 1866.

[67]) Matschoss: Kriegsgefahr von 1867. Bunzlau 1909. S. 81.

Geschichte und seine Ueberzeugung, dass der Kaiser nicht mehr völlig Herr der französischen Politik sei, machten ihn sehr skeptisch. Er konnte an die vorbeugende Wirkung einer Opferung Luxemburgs nicht glauben. Denn gerade die von Napoleon betonte nur momentane Bedeutung Luxemburgs für Frankreich, hinderte Bismarck, dies Land zu opfern; denn dieses Opfer hätte für Preussen zu einer dauernden Disqualifikation führen können. Im Hinblick auf die Gefahren, die dem werdenden Deutschland von Frankreich im Augenblick drohten, erscheint die Politik Bismarcks (im Gegensatz zu den Wünschen seines Botschafters von Goltz) [68]), nicht einmal so sehr «real»; diese Politik aber richtete sich nach der Entwickelung, die Preussen als Führer des neuen Deutschland nehmen sollte.

Nachdem die militärische Vormachtstellung in Deutschland errungen war, hiess es nun, die moralische Stellung Preussens unverlierbar zu befestigen. Gemessen an dieser Politik auf weite Sicht, lebte Napoleon politisch von der Hand in den Mund.

Zu den von Bismarck festgestellten Schwierigkeiten politischer und persönlicher Art muss man auch das Vorgehen rechnen, mit dem man in Paris versuchte, frühere Vorschläge Bismarcks als definitive Zusagen hinzustellen und sie als solche dem Botschafter von Goltz glaubhaft zu machen. Auch in der Frage der Entschädigung, die dem König von Holland zu gewähren sei, zeigte man dadurch, dass man von einer Landentschädigung an das Königreich Holland und zwar durch Ostfriesland [69]) sprach, grosse Kenntnislosigkeit über die wahren Verhältnisse. Dadurch gab man Bismarck immer wieder Anlass zu berechtigter Kritik. Mit Heftigkeit wies er zurück, je andere Unterredungen als nur solche erwägenden Charakters mit Benedetti geführt zu haben. «Ich habe Zusagen niemals gemacht...», schrieb er an Goltz am 13. I. 1867 [70]) und fügte hinzu, indem er direkt auf die Abtretung Luxemburgs und die Entschädigung für den König von Holland zu sprechen kam: «...ich habe... immer festgehalten.... wie peinlich es für Preussen sein müsste, im Widerspruche mit seiner nationalen Politik, ohne irgendeine Manifestation der Wünsche der Einwohner, ein deutsches Territorium, wie Luxemburg historisch und rechtlich ist, möglicherweise unter Protest der Bevölkerung an Frankreich zu überantworten und die Wirkung dadurch zu verschärfen, dass wir diesen Nachteil durch anderweite zwangsweise Annektierung deutscher Territorien an die Niederlande erkaufen» [71]).

---

[68]) Ueber den Gegensatz der Politik Bismarcks und von Goltz' finden sich nähere Aufschlüsse in dem Tagebuch von Radowitz. Goltz unterstützte die belgischen Pläne Napoleons in besonderer Weise. (Siehe Randbemerkung 4 König Wilhelms. Oncken II, S. 135 und Oncken II, S. 156 u. S. 157. Fussnote 2.)

[69]) Oncken II, S. 180. Bismarck an Goltz, 13. I. 1867.

[70]) Oncken II, S. 182. Bismarck an Goltz, 13. I. 1867.

[71]) Oncken II, S. 181. Bismarck an Goltz, 13. I. 1867.

Aber noch immer schloss Bismarck die Zession Luxemburgs nicht aus den möglichen politischen Kombinationen aus. Sein Ziel war, «die Frage offen und das Terrain für weitere Unterhandlungen frei zu erhalten»[72]). Und dies geschah dadurch, dass er die Limburger sowohl wie die Luxemburger Frage gegenüber dem Andrängen der holländischen Regierung unerledigt liess und die Regelung des Verhältnisses der beiden Provinzen zu Deutschland dem norddeutschen Reichstag vorbehielt, durch dessen Beratungen dann auch diese Fragen in das entscheidende Stadium treten sollten. So konnte Bismarck — als Benedetti am 10. Januar im Auftrage Moustiers kam, um die Angelegenheit definitiv zu regeln — auf die Frage des französischen Botschafters, ob er die Luxemburger Frage noch als schwebend betrachte, positiv antworten. Allerdings nicht, ohne die schon früher[73]) gegebenen Anweisungen über hervorzurufende Demonstrationen in Luxemburg zu wiederholen.

Aber auch jetzt war Frankreich noch nicht geneigt, den von Bismarck als einzig möglich bezeichneten Weg zu gehen.

Auch das Bündnisprojekt wollte der Leiter der deutschen Politik vorerst weder zu einem positiven noch zu einem negativen Ende bringen; vielmehr war er dafür, die Entscheidung hinzuhalten. Er bezeichnete die Angelegenheit als eine «Frage der Zeit und des allmählich wachsenden Vertrauens»[74]).

Napoleon hingegen äusserte in dieser Zeit, dass er — sollte die Luxemburger Frage eine günstige Entwicklung nehmen —, auf das Bündnis ganz verzichten könne[75]).

Wir sehen also eine immer weitergehende Trennung der beiden vorliegenden Projekte. Es war die Rücksicht auf England, die Bismarck vor allem bewog, sich dem Bündnisplan vom August 1866 zu verschliessen. Anfang Januar hatte der französische Staatsminister Rouher gegen Goltz bemerkt, von dem Augenblick an wo die Luxemburger Angelegenheit gelöst sei (was für die Stellung der kaiserlichen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung von der allergrössten Wichtigkeit wäre).[76]) «könne auch die Lösung der belgischen Frage nicht mehr bezweifelt werden. Letztere liege auch im preussischen und deutschen Interesse, da sie Frankreich vom Rhein desinteressieren würde». Diese Wiederanmeldung der Ansprüche auf Belgien wandte die besondere Aufmerksamkeit auf England, auf den traditionellen Verteidiger der belgischen Unabhängigkeit. Am 2. I. hatte auch der englische Staatssekretär des Aeusseren, Stanley, dem preussischen Botschafter von Bernstorff scherzhafte Andeutungen über ein französisch-preussisches Bündnis gemacht, das der Absorbie-

[72]) Oncken II, S. 181. Bismarck an Goltz, 13. I. 1867.
[73]) Siehe S. 26 vorliegender Arbeit.
[74]) Oncken II, S. 170. Unterredung Benedettis mit Bismarck, 10. I. 1867.
[75]) Radowitz, Tagebuch, 10. I. 1867.
[76]) Oncken II, S. 160. Goltz an Bismarck, 3. I. 1867.

rung Süddeutschlands beziehungsweise der Annexion Belgiens dienen sollte.[77]) Nun setzte Bismarck seinen Botschafter in Stand, die Existenz eines solchen Abkommens, ja sogar irgend einer Neigung Preussens zum Abschluss einer solchen Konvention mit Frankreich zu widerlegen. Etwas Aehnliches hatte Bismarck auch am 10. I. Benedetti erklärt: das vorgeschlagene Bündnis trage besser nur defensiven Charakter — und zwar in Hinsicht auf das «andere Europa». Besonders klar geht die Bedeutung, die Bismarck Belgien zuerkannte, aus folgendem Passus hervor: «Die Bedeutung Belgiens für uns beruht nämlich nach meiner Ueberzeugung — so schreibt Bismarck — hauptsächlich eben auf der Bedeutung, die es für England hat. An und für sich können wir der Existenz dieses Königreiches nicht mehr dieselbe Wichtigkeit beilegen, wie es wohl in früheren Zeiten geschehen, und wie es in England noch geschieht. Belgien ist uns dabei nicht immer ein bequemer Nachbar...

Wären wir sicher, dass wir an England eine feste Stütze für unsere nationale und europäische Politik finden würden, ... so könnte auch unsere Haltung Frankreich gegenüber eine festere werden, und wir könnten mit grösserer Zuversicht Kombinationen und Zumutungen entgegentreten, welche uns ohne das Vertrauen auf England zur äussersten Vorsicht mahnen müssen [78]) ».

Die Trennung der beiden Projekte wurde noch deutlicher durch die Aeusserungen Moustiers gegen Goltz: für eine Allianz offensiver Art liege augenblicklich «kein Bedürfnis vor, da der Kaiser Belgien jedenfalls nicht jetzt, wenn überhaupt je nehmen wolle».[79]) Begründet wurde dieser Verzicht mit dem Gegensatz, in dem sich das innere régime Frankreichs und Belgiens befinde, wobei in der belgischen Bevölkerung kein Wunsch nach Angliederung an Frankreich aufkommen könne.

In diesem Zusammenhange gewannen die liberalen Neuerungen des Kaisers als aussenpolitisches Werbemittel einen besonderen Wert!

Bismarck begrüsste diese Entwickelung. Wir können nichts dagegen haben — schrieb er Goltz —, wenn die Unterhandlungen im Sande verlaufen, «da w i r für den Augenblick kein Bedürfnis haben, das Bündnis Frankreichs um eines bestimmten Zieles willen zu suchen»[80]). Daraufhin empfahl er seinem Botschafter, der für eine Bereinigung des preussisch-französischen Verhältnisses durch eine offene Erklärung des Verzichtes auf das Bündnis eingetreten war, in den nachhaltigsten Worten die Politik der Schwebe weiter zu führen. Dasselbe galt von Luxemburg, umsomehr als sich Frankreich endlich anschickte, den von Bismarck angedeuteten Weg über den Haag zu

---

[77]) Bismarck, Gesammlte Werke VI (Thimme), N° 652, Vorbem. S. 230.

[78]) Bismarck, Gesammelte Werke VI (Thimme), N° 652, S. 231 u. 232 Bismarck an Bernstorff, 14. I. 67.

[79]) Oncken II, S. 188. Goltz an Bismarck, 21. I. 1867.

[80]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 667 an Goltz, 26. I. 67 S. 244 und N° 660 an Goltz, 18. I. 1867. S. 238. Ueber die Schritte Frankreichs weiteres im Abschnitt: Frankreich beschreitet den Weg über den Haag.

beschreiten [80]), und man ihm jetzt also keineswegs entgegentreten könne. Benedettis Stellung zu dem Bündnis erscheint zwar schwankend [81]), der allgemeine Eindruck bleibt aber doch, dass es weder Frankreich noch Preussen mehr Ernst mit dem Abschluss eines Bündnisses war.

Die Frage der Zession Luxemburgs beherrschte also seit dem Februar unverhüllt durch andere Motive, das Feld der Politik.

b) Die Luxemburger Frage von der Bündnisfrage gelöst. Die Luxemburger Angelegenheit als militärisches Problem.

Zu Beginn der Arbeit wurde der fortdauernden militärischen Bedeutung Luxemburgs bereits Erwähnung getan.

Im Zusammenhang mit der Krise von 1867 muss die Wandlung dieser Bedeutung durch die Anlage der Eisenbahnen besonders betont werden.

Ténot in seinem Buch «La Frontière» sagt über diesen Bedeutungswandel: «Il ne faut pas oublier... que la construction du réseau de chemins de fer du Luxembourg belge et du grand-duché de Luxembourg a complètement transformé les conditions de la guerre dans la région ardennaise. Le pays qui au siècle dernier passait à juste titre pour impraticable aux armées pourrait devenir aujourd'hui le théâtre de grands mouvements stratégiques» [82]).

In früheren Zeiten, als Luxemburg noch eine «uneinnehmbare» Festung war, die mittels ihrer natürlichen Lage und den ausgedehnten Werken einer Belagerung lange widerstehen konnte (z. B. 8 Monate unter Bender 1794), da war sein Wert vor allem ein fortifikatorischer. Unter der Einwirkung der modernen Präzisionswaffen jedoch war diese Eigenschaft herabgemindert zu Gunsten der strategischen; anders ausgedrückt: der «Ortswert» hatte sich zu Gunsten des «Lagenwertes» geändert. Dieser neue Wert war gekennzeichnet durch das Eisenbahnnetz, zu dessen Knotenpunkt Luxemburg in steigendem Masse wurde. Durch das neue Verbindungsmittel wurde Luxemburg mit den anderen Waffenplätzen und Mobilmachungsräumen in einen engen Kontakt gesetzt, der zuvor nicht bestanden hatte. Vier Linien waren es, welche im Jahre 1867 Luxemburg berührten: [83])

---

[81]) Oncken II, S. 203. Bismarck an Goltz, 15. II. 67; und: Bismarck, Gesammelte Werke VI, No 669, S. 246.

[82]) Eugène Ténot: «La Frontière». Paris, Roam, 1893. S. 281.

[83]) s. Coster: «Geschichte der Festung Luxemburg», S. 91. Luxemburg 1869. Dies Buch, von einem preussischen Offizier kurz nach Aufgabe der Festung geschrieben, vermittelt einen deutlichen Eindruck von der Wichtigkeit des Platzes

Ferner s.: Gélinet: Le Grand-Duché de Luxembourg vis-à-vis de la France et de l'Allemagne. S. 16. Paris 1887.

1) Strassburg-Nancy-Metz-Luxemburg.
2) Brüssel-Namur-Arlon-Luxemburg.
3) Lüttich-Spa-Luxemburg.
4) Mainz-Saarbrücken-Saarlouis-Trier-Luxemburg.

Die deutschen Heere, welche entweder dem natürlichen Weg folgend (aber unter Bruch der Neutralität, der theoretisch in der Literatur schon damals erörtert wurde!) durch Belgien oder vom Mittel- und Oberrhein aus marschierten, fanden alle in Luxemburg einen wichtigen Unterstützungspunkt entweder als Angelpunkt der Mitte oder als Schutz der rechten Flanke. Besonders die enge Verbindung mit der damals französischen Moselfestung Metz hätte eine französische Festung Luxemburg zu einer schweren, doppelten Bedrohung werden lassen. Coster sagt in Bezug auf Metz: «Dieser Waffenplatz erster Klasse hat aber eine weit geringere Bedeutung, wenn Luxemburg in den Händen von uns ist und Metz im Schach halten kann». Die Möglichkeit eines Durchstosses von Kaiserslautern-Saarbrücken gegen Metz (und weiterhin zwischen Diedenhofen und Metz in die Woevre-Ebene auf die Argonnen zu) war unmöglich, wenn ein feindliches Luxemburg die französische Festungsbarrière noch weiter nach Norden ausdehnte. Aber auch in Berücksichtigung eines defensiven Krieges war diese Festung von ausschlaggebendem Wert; gab es doch bis Koblenz-Ehrenbreitstein keinen Waffenplatz mehr, der den offensiven Armeen Frankreichs Widerstand hätte bieten können.

Da Deutschland vor der Gewinnung Elsass-Lothringens sich nicht im Besitz günstiger Aufmarschlinien befand, über welche Frankreich in weit grösserem Masse verfügte, hätte eine «Ueberlassung» Luxemburgs an Frankreich diesen Mangel noch weitaus verstärkt.

Die hier angedeuteten und weiter unten noch zu klärenden militärischen Fragen stellte Bismarck durchaus in Rechnung. Anfang Januar bereitete er die Einholung der Gutachten der massgebenden Militärs vor. Er selbst erkannte der Festung Luxemburg keinen allzugrossen Wert zu, wie aus dem Schreiben an Goltz vom 14. Januar hervorgeht [84]), in dem er mitteilte, dass er Gutachten über den «Unwerth der Festung» vorbereite und Roon, Moltke und den Gouverneur von Luxemburg für die Aufgabe der Festung schon gewonnen zu haben glaubte. — Wie wir sehen werden, täuschte sich Bismarck in diesem Punkt. — Als Grund seiner Bewertung gab Bismarck gegenüber Roon [85]) die bedeutenden Ausgaben an, zu welchen sich Preussen nach der Uebernahme der Festung entschliessen müsste.

---

[84]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, No 655, S. 235.

[85]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, No 656, S. 235. Bismarck an Roon, 16. I. 1867. Roon war zur Zeit erkrankt, wodurch sich die Beantwortung von seiner Seite bis Anfang Februar hinzog.

Entgegen den Erwartungen gab Moltke sein Gutachten im Sinne einer Beibehaltung der Festung ab [86]).

Radowitz, dem es durch von Goltz vorgelesen wurde, meldet darüber: «Goltz las Gutachten vor. Dasselbe ist kurz und schlagend; es beweist, dass Luxemburg vom rein militärischen Standpunkt niemals aus unserer Hand gegeben werden könne, ohne unsere eventuelle Operationslinie gegen Frankreich sehr zu kompromittieren und ohne namentlich Frankreich durch den Besitz von Luxemburg eine wesentliche Stütze in der Offensive gegen Preussen zu geben. Die Schleifung hält Moltke wegen der natürlichen Beschaffenheit für beinahe unmöglich [87]). Saarlouis hinge mit Luxemburg so eng zusammen, dass die Aufgabe des einen Platzes den andern unhaltbar mache. Moltke ist der Ansicht, dass jede Offensive Frankreichs mindestens 20—30.000 Mann notwendig machen würde, diesen Platz zu cernieren, und dadurch die feindlichen Bewegungen wesentlich gehindert würden. Nach Loës Bemerkungen, der über dieses Thema durch frühere Generalstabsreisen mit Moltke und über das von Letzterem dirigierte Kriegsspiel besonders orientiert ist, würden wir, nach der Aufgabe von Luxemburg, das linke Rheinufer im Falle des Krieges preisgeben und die Verteidigung auf dem rechten Ufer anfangen müssen (!). Goltz sagte nach der Lektüre dieses Gutachtens, das für ihn schlagend sei, er begriffe nicht, wie man überhaupt an eine Aufgabe Luxemburgs hätte je denken können». Schon früher [88]) — in einer «Denkschrift vom November 1861 über die preussischen Festungen» — hatte sich Moltke in ähnlichem Sinne ausgesprochen. «Die nothwendige Einschliessung oder doch Beobachtung von Luxemburg und Saarlouis schwächt den Angriff um 20.000 oder 15.000 Mann» — was ihm bedeutungsvoll erschien, da er für einen erfolgreichen Angriff der Franzosen auf preussische Heereskörper an den Ufern der Mosel bei Trier eine entschieden überlegene französische Truppenstärke veranschlagte, die durch die Belagerung von Luxemburg schwerlich zustande kommen konnte.

Bei dieser Art der Auffassung mag es erstaunlich erscheinen, dass Moltke später — nach der Aufgabe der Festung durch Preussen — sich zu keinem Ersatzbau entschloss. Er hat wohl einmal an Saarlouis gedacht [89]), hielt aber den genügenden Ausbau dieser Festung in der notwendigen Zeit nicht für möglich. Anstelle der neuen Festung trat er für Verbesserung der

---

[86]) Da die im Geheimen Staatsarchiv ruhenden Originalschriftstücke dem Verfasser nicht direkt zugänglich waren, werden die bei Radowitz (Tagb. 27. Jan. 1867) gefundenen Notizen über das Moltkesche Gutachten in vollem Umfang angeführt.

[87]) Diese Ansicht entsprach auch den Tatsachen; nur muss man in Betracht ziehen, dass die natürlichen Festungswerke taktisch dauernd an Wert verloren.

[88]) Moltke: Militär. Korrespondenz I, 3. Teil, S. 39.

[89]) Moltke: Militär. Korrespondenz I, 3. Teil, S. 40.

Eisenbahnlinien ein. Doch auch in späterer Zeit ist man nicht zur Anlage einer Ersatzfestung für Luxemburg geschritten — man fasste dafür Conz bei Trier ins Auge[90]), hat aber dann wieder davon Abstand genommen; man wurde auch nach 1870 durch die Gewinnung von Metz dieser Notwendigkeit überhoben. Eine gleiche ablehnende Haltung gegenüber der Aufgabe der Festung nahm auch General von Bernhardi ein.[91])

Roon unterstützte ebenfalls die Ansicht Moltkes. In dem Tagebuch von Radowitz findet sich unter dem 4. II. über das Roon'sche Gutachten folgende Stelle: «.... Gutachten von Roon in der Luxemburger Sache[92]) — ganz in demselben Sinne wie Moltke! Die von Moltke angeregte Idee, Luxemburg durch Anlegung detachierter Forts zu einem grossen Waffenplatz zu machen, teilt Roon nicht.. Eher in Trier. Namentlich hebt er die Wichtigkeit des Platzes von Luxemburg für die Behandlung des ganzen westlichen Eisenbahnnetzes hervor. Eine Schleifung der Festung hält er für kaum ausführbar.»

Die Verschiedenheit der Ansichten Bismarcks und der Militärs erklärt sich wohl am besten aus der verschiedenen Stellung von Bismarck und Moltke zur Frage eines Krieges mit Frankreich: Moltke trat für den Krieg ganz entschieden ein[93]); Roon dagegen war — was aus seiner hier wiedergegebenen Aeusserung nicht direkt zu ersehen ist — mit Bismarck einig in der Ueberlegung, dass zur Zeit ein Krieg mit Frankreich nicht angebracht sei.

So war die Urteilsabgabe der Militärs nur insofern einhellig, indem beide die Abtretung der Festung Luxemburg als unmöglich bezeichneten.

Vielleicht erklärt sich der plötzlich, wider Bismarcks eigenes Erwarten eingetretene Widerspruch der Militärs auch aus der Tatsache, dass die Anfrage Bismarcks — z. B. die an Roon vom 16. I. — die Frage «Schleifung oder nicht Schleifung» nur aufwarf, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen.

Frankreich beschreitet den Weg über den Haag.

Nach der Befragung der militärischen Autoritäten stellte Goltz fest, dass damit die Frage der Abtretung — die er gerne gefördert gesehen hätte — «sehr kompromittiert sein dürfte».[94]) In der Tat engte die militärische Bewertung der Festung die Möglichkeiten für Frankreich weiterhin bedeutend ein. Als Goltz

---

[90]) L. Gélinet, a. a. O., S. 16.

[91]) Bernhardi: Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, Leipz. 1897, Bd. VII, S. 280 u. S. 351.

[92]) s. a. Bismarck: Gesammelte Werke VI (Thimme), S. 264, Anm. 2.

[93]) Bernhardi, a. a. O., S. 358 u. S. 369.

[94]) Siehe über die von Goltz abweichende Meinung: Bismarck, Ges. Werke VI, S. 244, N° 667. Bismarck an Goltz, 26. I. 1867.

die Frage der Schleifung Napoleon gegenüber zur Sprache brachte, lehnte dieser persönlich ab, überliess aber die Führung der Angelegenheit dem Minister Moustier. Dieser meinte, sein Land könne ja schliesslich in die Schleifung einwilligen («man kann ja auch geschleifte Festungen wieder aufbauen») — aber der üble Eindruck auf die öffentliche Meinung sei doch sehr in Betracht zu ziehen, wodurch der Wert der Abtretung moralisch herabgesetzt würde.

Nun konnte ja nicht die Rede davon sein, dass Frankreich, falls man ihm das Land überlassen würde, aber die Festung schleifte, in den Stand gesetzt würde, eben diese Festung gleich wieder aufzubauen. Die Idee der Schleifung enthielt vielmehr schon den eigentlichen Keim einer internationalen Garantie eines entmilitarisierten Luxemburg. Denn einmal war es für Preussen unmöglich, die Festung einer fremden Militärmacht wie Frankreich zu überliefern, zweitens aber war es auch mit der Ehre Frankreichs unvereinbar, das Verbot hier eine Festung zu errichten, auf einer französischen Stadt ruhen zu lassen; — völlig ausgeschlossen aber gar, eine internationale Kontrolle oder Garantie für ein französisches Staatsterritorium zuzulassen. — Somit schloss die militärische Begutachtung eigentlich die letzte Möglichkeit aus, für Frankreich von der Stelle zu kommen; es sei denn, dass es ihm gelänge, Luxemburg aus der Sphäre der preussisch-französischen Verhandlungen herauszubringen und durch Verhandlungen mit dem Haag zu einem glücklichen Ende der Angelegenheit zu kommen. Das konnte nur geschehen auf dem von Bismarck angegebenen Weg. Nur so konnte die gänzliche Verschiedenheit in der Auffassung der leitenden Staatsmänner überwunden werden, von denen die preussischen die Luxemburger Frage nur als eine Einleitung zu einem näheren Verhältnis verstanden [95], die französischen aber einen «Prüfstein für die Gesinnungen der Königlichen Regierung» [96]) in ihr erblickten. Als nun aber Goltz seinem Chef vorschlug, die Fruchtlosigkeit weiterer französischer Bemühungen in Paris ganz offen darzulegen, da gab Bismarck seine schon früher erwähnten Anweisungen zur Weiterführung der dilatorischen Politik. Mitte Februar liess er sich in diesem Sinne gegen Goltz aus: «Unter solchen Umständen ist jedes Hinziehen der Verhandlung für uns ein Gewinn, indem wir dadurch Zeit zur Konsolidierung unserer Verhältnisse in Norddeutschland und mit Süddeutschland erlangen».[97]).

Da aber Benedetti wiederum auf eine bestimmte Zusage gedrängt hatte [98]), die wegen der Eröffnung der Session des

[95]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, No 669, S. 246. Bismarck an Goltz, 27. I. 1867.

[96]) Oncken II, S. 194/5. Goltz an Bismarck, 4. II. 1867.

[97]) Oncken II, S. 201. Bismarck an Goltz, 15. II. 1867.

[98]) Oncken II, S. 196, Anm. 2.

Corps législatif von Bedeutung sein konnte, ermächtigte Bismarck Goltz in Paris zu erklären, bis zu dem gewünschten Termin könne Frankreich nicht auf Erfüllung seiner Wünsche rechnen, zugleich aber auch anzudeuten, dass Frankreich von dem seit dreiviertel Jahren angedeuteten Wege, «dem König die Entschliessung der öffentlichen Meinung gegenüber zu erleichtern», keinen Gebrauch gemacht habe [99]).

Nachdem Benedetti bereits Mitte Januar erklärt hatte, die französische Regierung würde — wenn auch mit Widerstreben — den gewünschten Weg gehen [100]), sah sich Moustier nach diesen neuen deutlichen Hinweisen Bismarcks wirklich genötigt, entsprechende Schritte im Haag zu tun.

Das Schwergewicht verschiebt sich nun für einige Zeit von Berlin nach dem Haag. Diese Tatsache macht notwendig, die Luxemburger Frage einmal von holländischer Seite aus zu betrachten. Die Grundlage dafür geben die uns schon bekannten völkerrechtlichen Verhältnisse, durch die Luxemburg und Limburg — beide in engstem Kontakt mit dem Königreich der Niederlande — zu integrierenden Bestandteilen des Deutschen Bundes gemacht worden waren.

Wegen der territorialen Verhältnisse und der völkischen Verbundenheit stellte sich die limburgische Frage für die holländische Politik als die wichtigere dar und wir sehen von Beginn der innerdeutschen Verwickelungen an das Bestreben der Niederlande, diese Provinz aus den deutschen Bundesländern unbeschädigt herauszulösen. Dies gelang aber nicht und über dreiviertel Jahre hin befand sich Holland in der unangenehmen Lage, unter ungeklärten Verhältnissen Teilhaber der Liquidationsmasse des Deutschen Bundes zu sein. Schon am 19. V. 1866 stellte der Vertreter für Luxemburg-Limburg, Herr v. Scherff, im deutschen Bundestag den Antrag, Limburg aus dem Bund zu entlassen. Der baldige Ausbruch des deutschen Krieges machte aber die Erledigung dieses Antrages unmöglich. Am 17. Oktober 1866 stellte dann die niederländische Regierung wiederum einen Antrag, indem sie ein Abkommen über die Unabhängigkeit Limburgs vorschlug unter der Versicherung, dass die Niederlande sich dann nicht in die Liquidationsangelegenheiten des Bundes einmischen würden. Am 2. XI. wurde ein entsprechender genauerer Vertragsentwurf nach Berlin gesandt, der aber — erst Ende Januar 1867 überreicht — unerledigt blieb bis zum 26. II. 1867. Bismarck erklärte ausserstande zu sein, diesen Vertrag anzunehmen, da diese Frage und ihre Erledigung Angelegenheit des Parlamentes des neuen Bundes sei [101]). In diesem Sinne hatte sich Bismarck schon Mitte Januar gegen

---

[99]) s. S. 26 vorliegender Arbeit.

[100]) Bismarck, Ges. Werke VI, N° 660, S. 238. Bismarck an Goltz, 18. I. 1867.

[101]) Hamstra: De Luxemburgsche Kwestie. Diss. Groningen 1927, S. 29.

Goltz ausgesprochen,[102]) «zunächst... Luxemburg für den Norddeutschen Bund zu fordern, um dadurch die Frage offen und das Terrain für weitere Unterhandlungen frei zu erhalten». Der eigentliche Sinn der holländischen Aktion war, das gänzliche Ausscheiden Limburgs aus Deutschland unter Zurückstellung der Luxemburger Frage zu erreichen[103]). Ja, Hollands Desinteressement an der Luxemburger Frage — zu Gunsten der Limburger Angelegenheit — ging soweit, dass man sagen kann: Holland war geneigt Luxemburg aufzugeben, wenn es nur die dauernde Verbindung mit seiner südlichsten Provinz, mit Limburg, erreichen konnte. In diesem Sinne äusserte sich auch später der verantwortliche niederländische Minister van Zuylen in der holländischen Kammer am 26. VI. 1867[104]) J'ai toujours considéré la dissolution des liens dynastiques entre les Pays-Bas et le Luxembourg comme offrant de grands avantages pour notre pays, et je suis persuadé qu'elle aurait été accueillie avec satisfaction par l'opinion publique». Die Stimmung in Holland war in dieser Zeit gegen Preussen gerichtet und man glaubte sich gegenüber diesem plötzlich so mächtig gewordenen Nachbar am besten bei Frankreich geborgen. Wenn hier auch auf die Vorgeschichte der französisch-holländischen Verhandlungen nicht näher eingegangen werden soll[105]), so kann doch auf eine kurze Schilderung der Verhältnisse, die nachher für die Entwickelung der Dinge um den 1. April so wichtig wurden, nicht verzichtet werden. Es genügt festzustellen, dass frankophile Neigungen am holländischen Hofe Napoleons Absicht auf Luxemburg erleichterten. Diese Sympathien wurden in weiten Volksschichten unterstützt durch eine grosse Angst vor Preussen. Diese Abneigung hatte ihren Ursprung in der starken und plötzlichen Ausdehnung Preussens infolge des letzten Krieges, wobei man fürchtete, dass Preussens Annexionsgelüste nicht vor den Grenzen des holländischen Staates Halt machen würden. So unwahrscheinlich auch derartige Absichten waren, — den Holländern wurde Grund zu solchen Befürchtungen gegeben durch törichte Zeitungsartikel, (Kreuz-Zeitung vom 14. II. 1867), deren Wirkung einzig darin bestand, die holländische öffentliche Meinung gegen Preussen einzunehmen[106]).

Diese Befürchtungen teilten sich den holländischen Regierungskreisen mit. Besonders der Minister van Zuylen wurde von ihnen ergriffen und wusste sich keinen besseren Rat, als

---

[102]) Oncken II, S. 181. Bismarck an Goltz, 13. I. 1867.

[103]) Ueber das Verhältnis der beiden Fragen s. d. Ueberblick in Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 719, Vorbem. S. 313.

[104]) E. Servais: Le Grand-Duché de Luxembourg et le traité de Londres du 11 mai 1867. Paris 1879. S. 58/9.

[105]) Näheres darüber findet sich bei Matschoss: Die Kriegsgefahr von 1867. Bunzlau 1908. S. 70-75.

[106]) Siehe über diese Vorfälle auch «Preussische Jahrbücher» 19. Band 1867, S. 696.

sich an die Mächte zu wenden, von denen er hoffen durfte, dass sie einem bedrohten Holland Schutz gewähren würden. Am 20. II. richtete er seinen «Hülfeschrei» [107]) an die englische und die französische Regierung. Zuylen teilte mit, dass die preussische Regierung zum Zwecke der Hebung des deutschen Handels eine enge Verbindung mit den Niederlanden anstrebe — «établir à Rotterdam les douaniers du Zollverein».

Die militärischen Absichten des siegreichen Nachbarn gingen für van Zuylen überzeugend aus der Tatsache hervor, dass sich Preussen in den Besitz der topographischen Karten des niederländischen Ueberschwemmungssystems gesetzt habe. Die Kritik eines Holländers sagt in Hinsicht auf dieses phantastische Machwerk genug: «Men bedenke hierbij, dat de Minister een benauwden droom heeft» [108]). Während man in England die Sache zögernd behandelte [109]), empfand man in Frankreich eine lebhafte Förderung der gehegten Pläne. Die Frage gab Frankreich Anlass, dem Haag eine Territorial-Garantie anzubieten und dafür die Zession Luxemburgs zu verlangen. Die Vorbereitung dieser Aktion war das Ziel einer Reise des französischen Gesandten im Haag, Baudin, nach Paris, von wo er Ende Februar mit einem fertigen Entwurf zurückkehrte.

Es ist also offensichtlich, dass Frankreich auf der Ebene direkter Verhandlungen zwischen Paris und dem Haag innerhalb eines Monates einen wichtigen Schritt voran gekommen war.

Ehe wir aber die Auswirkung dieser Politik im Rahmen des deutsch-französischen Verhältnisses betrachten, wollen wir die Verfolgung des anderen, von Bismarck empfohlenen Weges — nämlich in Luxemburg Kundgebungen zu erregen — untersuchen. Die Aktionen im Haag und in Luxemburg standen in einem engen Wechselverhältnis. Denn die Zustimmung der Einwohner zu erlangen, musste ja für Frankreich, das sich immer wieder auf das Nationalitätenprinzip berief, eine Vorbedingung für die Erwerbung Luxemburgs sein. Diese Einwilligung des Luxemburger Volkes zu erhalten war der Zweck der französischen Bearbeitungsorgane — der «organes occultes», wie Rothan sagt — die seit einigen Monaten in Luxemburg eine grosse Geschäftigkeit entwickelten [110]). Die französische Regierung folgte bei diesem Unternehmen — es muss das wiederholt werden — den Weisungen Bismarcks; sie wich aber von diesen ab, sobald es sich darum handelte, diese vorbereitende Arbeit in Uebereinstimmung mit den gegebenen Möglichkeiten zu setzen. Frankreich war nicht gesonnen, sich dem Verlust der Festung auszusetzen und versuchte, Preussen durch ein «fait

[107]) Origines XIV, S. 336 ff. 4234.
[108]) Hamstra, a. a. O., S. 30.
[109]) Origines XV, S. 16 u. 34. 4299 u. 4322.
[110]) Rothan: «L'Affaire de Luxembourg». Paris 1882. S. 166/7.

accompli» zu überraschen. Frankreich konnte nicht behaupten, ohne Wissen der Bismarckschen Absichten die Frage angeschnitten zu haben. Bismarck schrieb an Goltz am 25. II. 1867: «Aus den ...Aeusserungen Herrn Benedettis habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Kaiserliche Regierung jetzt ein Pronunziamiento in Luxemburg zu provozieren suche. Ich habe dann Veranlassung genommen, ihn noch wiederholt daran zu erinnern, wie wichtig es sei, dass dies Pronunziamiento den Charakter der Freiwilligkeit trage, und ich habe hinzugefügt, dass die französische Regierung auch suchen müsste, Seine Majestät den König der Niederlande dafür zu gewinnen, dass er den Wunsch nach unserer Aufgabe der Garnison in Luxemburg ausspräche»[111]).

Frankreich hatte bei seinem Vorgehen in Luxemburg mit natürlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht, dass die Gefühle im Grossherzogtum Frankreich feindlich gewesen wären; nein, im Gegenteil[112]). Aber wenn die französischen Operationen einmal von der Voraussetzung ausgehen mussten, dass die Bevölkerung nicht deutsch sei, so doch zugleich auch von der Voraussetzung, dass eben diese Bevölkerung französisch sei und mit Frankreich vereinigt zu werden wünschte. Moustier sagte zu Metternich: «Nous regardons le Luxembourg comme une terre française. Vauban a dessiné les plans de la forteresse, on y parle le français...»[113]).

Die französische Sprache als Umgangssprache einiger weniger Angehöriger der oberen Schichten konnte jedenfalls nicht ausreichen, um daraus völkische Besitztitel abzuleiten!

Eine Vereinigung mit Frankreich wünschte die Bevölkerung nur, wenn sie vor die Wahl einer Annexion durch Preussen oder Frankreich gestellt worden wäre. Bestand jedoch eine derartige Alternative überhaupt? Nein, sie bestand nicht! Frankreich jedoch stellte diese Fiktion eines ‹Entweder — Oder› auf, denn es lag nicht im Interesse der französischen Politik, eine freie Meinungsäusserung des Luxemburger Volkes in Form einer Abstimmung zu erlangen, sondern es lag allein in ihrem Interesse, vorerst die Tatsache der Annexion zu schaffen und sich nachträglich durch ein ‹Plebiszit› eine Zustimmung geben zu lassen. Eine Zustimmung, die zu erhalten ihr bei der unausgebildeten Luxemburger ‹öffentlichen Meinung› sicher möglich gewesen wäre — besonders, da Napoleon eine erprobte Fähigkeit besass, Plebiszite zu seinen Gunsten zu organisieren!

Da die völkischen Verhältnisse sich mit den strategisch-militärischen Wünschen Frankreichs in Wirklichkeit nicht in Uebereinstimmung setzen liessen, war Frankreich eben zu der Behauptung gezwungen, die Luxemburger seien Franzosen.

---

[111]) Oncken II, S. 217.

[112]) s. Exkurs.

[113]) Oncken II, S. 253. Metternich an Beust, 18. III. 67.

Zur Erreichung diesbezüglicher Volksbewegungen dienten französische Sendlinge, die im Lande Propaganda für den Anschluss an Frankreich machen sollten. Es liegt offen auf der Hand, dass diese Art von Tätigkeit nicht im Sinne Bismarcks war, der nur eine Propaganda für die Entfestigung der Stadt vorgeschlagen hatte, damit dann die Zession zwischen Frankreich und den Niederlanden vereinbart werden könne. So aber musste der Eindruck erweckt werden, als ob die Zession schon eine beschlossene Sache sei; vor allem, seitdem M. Jacquinot als französischer Funktionär in Luxemburg tätig war (ab 26. II.). Er war Präfekt von Verdun und kam — «um Verwandte zu besuchen». Moustier bekräftigte auf eine Anfrage der Luxemburger Regierung, «que M. X..... ne remplissait aucune mission dans le Grand-Duché; que des rapports et des intérêts de famille l'avaient engagé à séjourner quelque temps dans cette province; qu'il était naturel qu'il eût profité de son séjour dans le pays pour se renseigner sur les dispositions et l'esprit des populations...»[114]) — Nach den Aussagen des französischen Herrn selbst war es anders; er plauderte aus, er sei von dem französischen Ministerium des Innern beauftragt, sich ins Grossherzogtum zu begeben, um dort die Stimmung gegenüber Frankreich festzustellen für den Fall, dass das Grossherzogtum sich an einen anderen Staat anschliessen wolle[115]).

Den König-Grossherzog ärgerte das[116]) und er machte diesen Vorfall zum Gegenstand eines Protestes, in dem er betonte, dass er den festen Wunsch hege, seine Stellung im Grossherzogtum aufrecht zu erhalten.

Die holländische Furcht vor Preussen mag hier ihren Einfluss einmal gegen Frankreich geltend gemacht haben! Das Mittel, dieses Hindernis zu überwinden, war für Frankreich allein, im König-Grossherzog noch grössere Befürchtungen zu erwecken, falls er die französischen Wünsche nicht fördere. Dem holländischen König wurde das oben genannte starre «Entweder-Oder» entgegengehalten: «Preussen oder Frankreich.»

Um den König für die kommenden Gefahren von Preussen aus zu schützen, bot ihm Frankreich — wie schon erwähnt — als Gegengabe für Luxemburg ein Defensivbündnis an mit Garantie des freien Besitzes von Limburg; ein Bündnis, durch welches die Niederlande gegen jede moralische und materielle Pression von Seiten Preussens geschützt wären[117]). Das war eine politische Kombination, die dem Kaiser ganz ausserordentlich gefiel; er erblickte darin bereits eine «contre-partie de la

---

[114]) Servais, a. a. O., S. 70; und Origines XV, S. 61-62. 4351.

[115]) Servais, a. a. O., S. 64.

[116]) Origines XV, S. 59. 4348.

[117]) Origines XV, S. 13 ff. Baudin an Moustier, 4. III. 1867. Der redigierte Text findet sich in Origines XV, S. 226.

Confédération du Nord»[118]). Solche Belohnung wurde dem König in Aussicht gestellt; dazu noch eine Geldentschädigung, von welcher der Klatsch behauptet, dass sie bei den kostspieligen Launen einer dem Könige nahestehenden Dame besonders erwünscht gewesen sei. Jedenfalls nutzte Frankreich die Lage, wie sie sich aus den Befürchtungen der niederländischen Politiker ergab, zu seinen Gunsten aus, um in der Luxemburger Angelegenheit zu einem positiven Resultat zu kommen. Bei einer Unterredung des französischen Botschafters im Haag, Baudin, mit van Zuylen versäumte der Erstere nicht darauf hinzuweisen, «que le Luxembourg ne pouvait manquer d'être une cause d'embarras entre les Pays-Bas et la Prusse; ....que le Roi ferait peut-être sagement de transférer directement ses droits de souveraineté à l'Empereur, qui se chargerait alors de régler avec la Prusse la question de possession et d'occupation en laissant la Hollande quitte de toute difficulté grand-ducale . Baudin konnte seinem Bericht nach Paris hinzufügen: Monsieur de Zuylen est entré avec empressement dans cette idée...»[119]). In Paris selbst tat Moustier ein Weiteres, um den holländischen Vertreter auf die Gefahren aufmerksam zu machen, denen Holland bei einem zwischen Preussen und Frankreich ausbrechenden Kriege ausgesetzt sein würde, indem es sicherlich Luxemburg und Limburg verlieren würde. Moustier versuchte auf Holland die Verantwortung abzuwälzen für einen Krieg, der sich allein durch die Abtretung Luxemburgs werde vermeiden lassen; die Zession sei um so leichter, als «La Prusse, sondée à Berlin, ne s'opposerait pas à la cession... parce que, après cette cession faite, elle pourrait honorablement évacuer la forteresse...»[120]). Man versuchte also, um mit Baudin zu sprechen, im Haag das Eisen zu schmieden, so lange es heiss war. Napoleon erklärte sich bereit, auf einer von Baudin bestimmten Basis das Bündnis mit den Niederlanden abzuschliessen, fügte aber hinzu: «la cession du Luxembourg doit en être la condition préalable».[121]) Die Unsicherheit der französischen Politik trotz oder gerade wegen der vermeintlichen preussischen Zustimmung offenbarte sich allerdings in dem Verlangen, die zwischen Haag und Paris bestehenden Abmachungen als «secret absolu» zu behandeln.[122]) Wenn auch die Art des französischen Vorgehens im Haag sich nicht völlig klären lässt, ja selbst, wenn die Dinge so lagen, wie sie in dem unten mitzuteilenden «plan de bataille» dargeboten wurden — eines bleibt doch klar: die Anweisungen Bismarcks wurden nicht genau befolgt. Das «transférer directe-

[118]) Rothan, a. a. O., S. 168.

[119]) Origines XV, S. 15. Baudin an Moustier, 4. III. 1867.

[120]) Siehe die aktenmässige Wiedergabe des Gespräches Moustier-Lightenveld (holländ. Gesandter in Paris) bei Servais, a. a. O., S. 72.

[121]) Origines XV, S. 45. Moustier an Baudin, 9. III. 1867.

[122]) Origines XV, S. 16.

ment» stand in völligem Widerspruch zu dem etappenweisen Vorgehen, wie Bismarck es empfohlen hatte.

Wenn auch die Umgebung des holländischen Königs den Plänen Frankreichs geneigt erschien, so waren damit doch noch nicht die wirklichen Hindernisse im Haag überwunden. Diese lagen beim König selbst. Aber auch auf dem schwierigen Terrain direkter Unterhandlungen mit dem wortkargen und launischen Herrscher sollte der französischen Politik im Laufe des Monats März noch ein Erfolg vergönnt sein. Wie es aber dazu kam, dass Frankreich zum ersten Male sich der Erfüllung seines Wunsches näherte, ist nur zu verstehen, wenn man einen Blick auf die wechselnden Verhältnisse in der Sphäre der Berliner Verhandlungen wirft. Bei dem Mangel an Belegstücken ist allerdings nichts weiter zu erreichen als ein «allgemeiner Eindruck»[123]).

Je mehr das Werk Bismarcks fortschritt, um so mehr steigerte sich eine gewisse — durch seinen wechselnden Gesundheitszustand vielleicht noch geförderte Reizbarkeit gegenüber der Gesamthaltung der französischen Politik und gegenüber der besonderen Taktik des französischen Botschafters[124]). Ueber das allgemeine Verhältnis zu Frankreich, dem er — gerade nach dem Zurücktreten eines bestimmt fixierten Bündnisplanes — auch weiterhin eine feste Basis zu geben wünschte, liess er sich wie folgt aus: «Wenn man in Paris nicht von der Ueberzeugung durchdrungen ist, dass das Zusammengehen von Preussen und Frankreich im wahren und dauernden Interesse Frankreichs und speziell der Dynastie des Kaisers liegt, und wenn der letztere und seine Staatsmänner sich nicht in der Lage glauben, das Durchdringen dieser Ueberzeugung auch in der Nation abzuwarten und zu fördern und ihre Politik inzwischen unbeirrt durch vorübergehende Strömungen der öffentlichen Meinung fortzuführen: so ist die französische Politik überhaupt keine solche, auf welche wir unsere eigenen Kombinationen für unsere Stellung in Europa bauen könnten»... «Es ist aber gerade Mangel an Vertrauen auf die Stetigkeit der Politik Frankreichs, welcher unsere Beziehungen zu der Kaiserlichen Regierung erschwert und uns nötigt, uns die Möglichkeit auch anderer europäischer Kombinationen offen zu halten».[125])

Ueber eine eventuelle Abtretung bemerkte Bismarck — nachdem er wiederum deutlich den Verdacht geäussert hatte, dass Frankreich Preussen nur kompromittieren wolle —: Ein Verzicht auf Luxemburg «wäre für uns nur möglich im Zusammenhang mit unserer ganzen Stellung zu Frankreich: es könnte nicht die Vorbedingung, sondern nur

---

[123]) Hamstra, a. a. O., S. 35.

[124]) Oncken II, S. 196. Bismarck an Goltz, 7. II. 1867.

[125]) Oncken II, S. 202. Bismarck an Goltz, 15. II. 1867.

die Folge einer aufrichtigen politischen Verbindung zwischen beiden Ländern sein».[126])

Die Unterhandlungen zwischen Bismarck und Benedetti waren also nicht Ausdruck eines gemeinsamen Strebens nach klarer Lösung, sondern durch die Temperamente der beiden Staatsmänner, durch die traditionelle Politik Frankreichs und die innere Lage Preussens mit entgegengesetzten Energien geladen. Sie waren der Entstehung von Missverständnissen und Spannungen überaus günstig.[127]) Auch die Widerlegungen von französischer Seite[128]), die den Verdacht Bismarcks, dass Frankreich mit Luxemburg eine Schlüsselstellung für den Rhein gewinnen wolle, von der Hand wiesen[129]), konnten keine Entspannung bringen. Wenn auch offensive Absichten Frankreichs seit der Entscheidung der napoleonischen Politik im vergangenen Jahre nicht mehr vorlagen, so widersprach die Grundhaltung Frankreichs in der luxemburgischen Frage eben gänzlich den Ansichten des preussischen Ministerpräsidenten. Die französische Ansicht wird deutlich aus den Worten, die Moustier an Bismarck richten liess, um ihn zu beruhigen: «...nous n'avons jamais considéré la cession du Luxembourg que comme un moyen efficace qui s'offrait à la Prusse, et qu'il serait habile... de saisir pour donner à l'opinion publique en France un légitime et utile apaisement...»[130]).

Bismarck hat später[131]) diese Art von Ableugnung feindlicher Absichten (durch Vorlesen des Briefes von Moustier durch Benedetti) und diese Art der Vorbereitung einer intimen Annäherung als «recht naiv» gekennzeichnet; denn «unser Vertrauen wird in der Tat etwas stark in Anspruch genommen, so lange wir diese Annäherung... so wenig praktisch werden sehen». —

Am 22. II. fand nun eine wichtige Unterredung zwischen Bismarck und Benedetti statt, über die leider keinerlei direkte Aufzeichnungen existieren, was bei der folgenschweren Bedeutung dieser Unterredung doppelt zu beklagen ist. So ist man darauf angewiesen, aus verschiedenen Quellen den Inhalt des Gespräches wieder herzustellen. Der Bericht Benedettis ist heute nicht mehr erhalten[132]); Rothan dagegen hat noch Einblick in das Schriftstück nehmen können[133]). Seine Darstellung deckt sich in den wörtlich wiedergegebenen Stellen mit dem Résumé

---

[126]) Oncken II, S. 203. Bismarck an Goltz, 15. II. 1867. Vom Verfasser gesperrt.

[127]) Siehe Vorbem. zu N° 691 der Gesamm. Werke VI, S. 274.

[128]) Origines XIV, S. 315. Moustier an Benedetti, 18. II. 1867.

[129]) Man vergl. die Bemerkungen Moustiers über den defensiven Wert Luxemburgs für Frankreich: Origines XIV, S. 382. Moustier an Baudin, 28. II. 1867.

[130]) Origines XIV, S. 318.

[131]) Oncken II, S. 238. Bismarck an Goltz, 10. III. 1867.

[132]) s. Origines XV, S. 6, Fussnote.

[133]) Rothan a. a. O., S. 171 ff.

von Moustier; man möchte bei der Genauigkeit seiner Darstellung fast meinen, dass ein mündlicher Bericht Benedettis die Kenntnis Rothans ergänzt habe. Da er aber über die Herkunft seiner Kenntnisse uns keinen Aufschluss gibt — ein Mangel, der das ganze Buch von Rothan in seinem Wert herabmindert — schliesse ich mich hier den Berichten Moustiers und Benedettis an. Das Resultat der Unterredung erschien zum ersten Male ein überaus günstiges für Frankreich zu sein. Um nun Bismarck auf diese günstigen Aeusserungen festzulegen, wandte der französische Botschafter ein schon früher gebrauchtes Mittel an: er bat Moustier den nach Paris gesandten Bericht in Form eines «Résumé» zu fassen, und ihn so nach Berlin in seine Hände zurückgehen zu lassen, wo er ihn dann Bismarck vorlegen wolle. «Par quelque chose d'écrit» versuchte er also den in seinen Aeusserungen schwer fassbaren Bismarck «festzunageln». Diese Art von Vorgehen konnte nicht geeignet sein, die Spannung zwischen Benedetti und Bismarck zu verringern, denn schon bei anderer Gelegenheit hatte der preussische Ministerpräsident sich gegen solches Verfahren gewehrt.[134])

Was war nun — gemäss dem Schreiben Moustiers [135]) — Gegenstand und Resultat der Unterredung vom 22. II. gewesen? Mit Befriedigung vernahm Moustier, dass Bismarck sich (endlich!) auf den Boden gegenseitigen Vertrauens stellte, hinsichtlich Luxemburgs präzise Angaben machte, ja sogar seinem Herrscher die Vorteile eines engen Kontaktes mit Frankreich zu empfehlen bereit war. Das Résumé wiederholte: Eine Demonstration der luxemburgischen Bevölkerung — so hätte Bismarck sich geäussert — würde die Entschliessungen seines Königs bedeutend beeinflussen können und Bismarck würde sich beeilen, dem König damit einen Beweisgrund für die Zurückziehung der Garnison zu liefern. Bismarck sei sogar noch weiter gegangen, indem er die Legitimität des Garnisonrechtes nach der Auflösung des Deutschen Bundes bestritten und die Rechtmässigkeit eines Verlangens nach Zurückziehung durch den König-Grossherzog bestätigt habe. Er habe sogar durchblicken lassen, dass ein Bündnisangebot Frankreichs im Haag gegen die — nicht vorhandenen — Anmassungen Preussens die Haltung Hollands zu festigen und damit die Sache zu fördern in der Lage sei. Was aber das Wichtigste war: Bismarck sollte gesagt haben, dass wenn es dem König-Grossherzog gefallen würde, das Grossherzogtum an Frankreich abzutreten, die preussische Regierung nicht nur keine Einwendungen erheben könne — da die Verträge erloschen seien —, sondern dass Preussen in diesem Falle nichts anderes übrig bliebe, als die Truppen zurückzurufen. — Kein Wunder, dass Moustier meinte, in diesen Mitteilungen seines Botschafters «un augure

[134]) Bismarck, Gesamm. Werke VI, N° 692, S. 277. Bismarck an Goltz, 25. II. 1867.

[135]) Origines XV, S. 6. Moustier an Benedetti, 4. III. 1867.

favorable» zu erblicken. Mit Recht? — Diese Frage erhebt sich bei den erstaunlich klingenden Aeusserungen Bismarcks auch sofort für uns. Sie wird jedoch nie ganz zu beantworten sein. Jedenfalls machte der preussische Ministerpräsident einige Einschränkungen von Bedeutung, als ihm der Brief Moustiers vorgelegt wurde. Auch über diese zweite Unterredung findet sich bei Rothan eine Darstellung, die sich ungefähr mit dem Bericht Benedettis deckt.[136]) Der Kürze halber aber sei hier der Bericht Bismarcks an Goltz herangezogen, der uns genügend über die abweichenden Stellen aufklärt: [137])

«So ist es selbstverständlich, dass ich die Erklärung, wir sähen unser traktatenmässiges Garnisonsrecht in Luxemburg als durch die Ereignisse von 1866 aufgehoben an und hätten in bezug auf dieses Grossherzogtum gar kein Recht, Ansprüche für den Norddeutschen Bund geltend zu machen, niemals in dieser Weise abgegeben haben kann; ich habe dies vielmehr nur als einen bestrittenen Punkt und als eine Frage, die sich diskutieren lasse, hingestellt. Ebensowenig habe ich gesagt, dass auf eine Anforderung des Königs der Niederlande, Luxemburg zu verlassen, uns einfach nichts weiter übrig bleiben würde, als unsere Truppen herauszuziehen. Dass ein solcher Schritt des Niederländischen Hofes mit einem Male «alle Schwierigkeiten» beseitigen würde, ist eine so offenbare Uebertreibung, dass man mir nicht leicht zutrauen wird, dieselbe ausgesprochen zu haben».

Dennoch wurde die scheinbare Harmonie in den grundlegenden Auffassungen eher noch befestigt als erschüttert. Bismarck bat sich den Brief Moustiers aus, um ihn seinem hohen Herrn vorzulegen «à familiariser Sa Majesté avec les idées qu'il m'avait développées», wie Benedetti schrieb [138]). Der französische Botschafter erhielt dann das Schriftstück zurück, ohne dass von Beanstandungen von königlicher Seite die Rede war. Darauf reiste Benedetti nach Paris. Ein Zeugnis über das letzte Gespräch hat in die «Origines» keine Aufnahme gefunden. Der Entwurf eines Schreibens, das über das Gespräch am 7. III. berichtete, hat aber offenbar wiederum Rothan vorgelegen [139].) Der Bericht erscheint fast noch optimistischer als der über das erste Gespräch mit Bismarck. Jedenfalls reiste Benedetti in dem Gefühl nach Paris, am Ende eines dornenvollen Weges zu stehen. Er war gewiss, dass Frankreich in kurzer Zeit sich im Besitze Luxemburgs sehen würde. Durch die wirkliche oder missverständliche Autorisation durch Preussen meinte Frankreich sich in der Lage, die Verhandlungen im Haag mit voller Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen zu können.

---

[136]) Rothan, a. a. O., S. 176 ff. — Origines XV, S. 38. Benedetti an Moustier, 8. III. 1867.

[137]) Oncken II, S. 237/8, 10. III. 1867.

[138]) Origines XV, S. 40. Benedetti an Moustier, 8. III. 1867.

[139]) Rothan, a. a. O., S. 178.

Ehe wir uns diesen wieder zuwenden, sei aber noch ein Versuch erlaubt, die Vorgänge Anfang März in Berlin weitmöglichst zu klären.

Wir sehen Bismarck so weit den französischen Wünschen entgegenkommen wie nie weder vorher noch nachher. Dass er zu weit gegangen sei, mag er vielleicht selbst gefühlt haben, als er sich bei der Besprechung des Résumés entschieden von seinen ersten Aeusserungen zurückzog und die Genauigkeit der wiedergegebenen Aeusserungen in Frage stellte. «Bismarck heeft vermoedelijk wat spijt gehad en krabbelt in zijn verslag terug», so meint auch Hamstra [140]). Auch muss man die politische Gesamtlage in Betracht ziehen, wenn man die Tatsache seines Entgegenkommens verstehen will. Wie Rothan berichtet, war Bismarck zur Zeit der ersten Unterredung am 22. II. von einem rheumatischen Herzleiden ergriffen [141]); kurz, er befand sich in einem Zustand nervöser Erregung, der in diesen Tagen der Eröffnung des ersten norddeutschen Reichstages vielleicht auch politische Ursachen hatte. Bismarck sprach viel und liess Benedetti kaum zu Worte kommen. Dieser Zustand ist zwar von keiner Bedeutung bei der historischen Darstellung der Luxemburger Frage — aber er ist symptomatisch für die Lage: Bismarck arbeitet unter dem Druck ungeheuerer Verantwortung an dem Werk von 1866; Benedetti wirft sich mit der ganzen ihm eigenen Verve auf die Luxemburger Frage. Von diesen beiden völlig verschiedenen Grundlagen aus gesehen, erscheint mir die Unterredung vom 22. II. mit ihrem Folgegespräch ein eigentliches ‚Aneinandervorbeireden' gewesen zu sein.

Die französische Politik hat immer nur den einen Punkt im Auge, während es Bismarck stets um das Ganze geht. So gesehen, stellen sich auch die Differenzpunkte nicht nur als Korrekturen, sondern als wesentliche Abweichungen heraus. Wie anders Bismarck kurze Zeit nachher — unter der Einwirkung der nationalen Strömungen des Reichstages — über diese Aussprache dachte, geht aus einem Schreiben an Goltz vom 21. III. 1867 hervor [142]), das aus dem oben genannten Grund der Klärung schon hier wiedergegeben sei: «Ich bitte Sie... hervorzuheben, dass wir dies ganze Verfahren, durch eine, auch unabsichtlich, doch mit Notwendigkeit immer individuell nuancierte Darstellung unserer Auffassungen uns zu Aeusserungen zu verleiten, nicht als zweckmässig betrachten können und keine Verpflichtung gelten lassen, solche Darstellungen entweder ausdrücklich zu widerlegen oder anzuerkennen und Folgerungen daraus zuzugeben». —

Die bedeutendsten Folgen zeitigten diese Unterredungen im Haag. Dort war die Offensive nicht recht von der Stelle gekom-

[140]) Hamstra, a. a. O., S. 34: «Bismarck hat es vermutlich leidgetan und er zieht sich zurück».
[141]) Rothan, S. 171.
[142]) Oncken II, S. 256.

men. Der König war wenig zugänglich. Zuylen hatte keinen Erfolg, als er versuchte, auch seinen Herrn für den Plan der Abtretung Luxemburgs zu gewinnen. Darauf versuchte es Tornaco, der Minister für Luxemburg. Aber auch hier wurde kein Erfolg errungen. «Sa Majesté l'a écouté sans rien dire»[143]).

Als die Sitzungen des norddeutschen Reichstages eröffnet wurden[144]) und es sich zeigte, dass Preussen keinerlei Anstalten machte, Limburg und Luxemburg für den neuen Bund zu gewinnen, wich auch im Haag die Angst: die bewegende Kraft der französischen Politik im Haag fiel fort! Dennoch blieb der König auf dem stets von ihm eingenommenen Standpunkt, die Sache in aller Oeffentlichkeit zu behandeln: «à trois et au grand jour»[145]), das sollte heissen, der König wagte keinerlei Entscheidung zu fällen ohne das Einverständnis Preussens. Bei dieser Sachlage wird die Bedeutung der Bismarckschen «Zusagen» von Ende März deutlich: die französische Regierung fühlte sich durch sie in die Lage versetzt, für die preussische Zusage im Voraus einzustehen. Baudin versicherte, dass Preussen das fait accompli annehme, während es sich weigere, über die Abtretung Luxemburgs zu verhandeln. Nach einer weitschweifigen Unterredung mit dem missgestimmten Herrscher gelang es Baudin endlich, ihn von seiner Meinung über die Haltung Preussens zu überzeugen. Die Vorschläge über die Zession, verbunden mit einer Entschädigung für den König selbst und einer geheimen Territorial-Garantie wurden von dem König mit den Worten angenommen: Eh bien! je ne dis pas non».[146]) Also auch hier im Haag war Frankreich scheinbar nahe am Ziel seiner Wünsche.

Die Entwickelung in Deutschland liess nun allerdings die hier auf dem Berliner Terrain ebenso wie die in Holland errungenen Erfolge als Scheinerfolge deutlich werden und so zerrann das Erreichte überall wieder.

Wie war nun die Stellung Bismarcks? Thimme meint[147]), dass Bismarck sich mit einem wirklichen fait accompli abgefunden hätte. Es kann dem aus einem Grunde hier nicht beigepflichtet werden: solange die preussische Besatzung in Luxemburg noch anwesend war, gab es keine Möglichkeit für ein fait accompli, durch welches Preussen nicht äusserst in seiner Ehre verletzt worden wäre. Dass Bismarck gegen die Mitte März auftretenden Gerüchte eines Verkaufes des Grossherzogtums an Frankreich für 300 Millionen Franken nicht Front gemacht habe, ist kein Beweis für die Duldung eines wirklichen Verkaufs. Ein diplomatischer Akt nur auf ein Gerücht hin, hätte eine Spannung zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund entstehen

[143]) Origines XV, S. 83. Baudin an Moustier, 16. III. 1867.
[144]) Am 24. II. 1867.
[145]) Origines XV, S. 99. Baudin an Moustier, 19. III. 1867. No 4382.
[146]) Origines XV, S. 100 und S. 133. Bericht Baudins an Moustier v. 19. u. 21. III. Die Unterredung selbst fand am 19. III. statt.
[147]) in: Bismarck, Gesamm. Werke VI, S. 314. Vorbemerkung zu No 719.

lassen, der Bismarck abgeneigt sein musste, da ihm bei der Unfertigkeit des deutschen Verfassungswerkes an Zeitgewinn alles liegen musste. Wie sehr er aber empfand, dass Frankreich von dem Etappenwege abbog, den es auf seinen Rat im Haag scheinbar eingeschlagen hatte, geht deutlich aus dem grossen Rückblick hervor, den Bismarck in dem Brief an Goltz vom 6. IV. 1867 gab [148]). Dass die preussische Politik aber nicht nur in rückschauender Darstellung die französische Politik ablehnte, geht deutlich aus dem Brief des preussischen Botschafters in Paris vom 15. III. hervor [149]). Goltz bezeichnete es als einen beispiellosen Leichtsinn, wenn sich das Pariser Kabinett ohne förmliche vorherige Zustimmung Preussens in den Besitz Luxemburgs setzten wollte. Frankreich könne sich nicht verhehlen, dass — wenn Preussen hinterdrein die Zustimmung zur Verzichtleistung auf das Garnisonrecht verweigern würde — ihm nur die Wahl zwischen einer diplomatischen Niederlage und einem Kriege bliebe. Letzteren aber müsse es vermeiden [150]). Bismarck bemerkte, dass die Unkenntnis Frankreichs über deutsche Verhältnisse und die Illusionen, welche man sich über Deutschland mache, in Regierungskreisen und wohl auch bei Napoleon grösser seien, als er sich das bisher gedacht: «In der ganzen Haltung des Kaisers uns gegenüber seit der Katastrophe des vorigen Jahres vermisse ich die Klugheit und Sicherheit, auf die ich früher gerechnet hatte, und mit der das Drängen auf ein einzelnes, und zwar sehr bedenkliches Objekt, die scheinbare oder wirkliche Ueberschätzung dieses Objekts in seiner Wirkung auf die öffentliche Meinung und die besagte Nachgiebigkeit gegen diese öffentliche Meinung schwer zu vereinigen sind. Wenn man in Paris über solche augenblicklichen Vorteile, die dürftige expédients sind, die höheren Ziele einer Politik gemeinschaftlicher Interessen aus den Augen verliert, so müssen wir an dem leitenden Gedanken dieser Politik irre werden. Die Wirkung, welche das Bekanntwerden unserer Verträge [151]) hervorbringt, wird zum Teil zu einem Prüfstein hierfür werden».[152])

Der 18. März.

Die Hinweise auf die Bündnisse leiten zu den wichtigen Beratungen über, welche in diesen Tagen innerhalb des norddeutschen Reichstages gepflogen wurden. Auf Proteste dagegen, dass der Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes keine Regelung des Verhältnisses zu Luxemburg vorsehe, ergriff Bis-

[148]) Oncken II, S. 293 ff.; einer der wichtigsten Beiträge zur Luxemburger Frage!

[149]) Oncken II, S. 247.

[150]) Diese Ansicht stützte sich auf die schon genannten Meldungen des Oberleutnant v. Loe, siehe S. 19 dieser Arbeit.

[151]) Gemeint sind die Verträge Preussens (bzw. des Norddeutschen Bundes) mit den süddeutschen Staaten.

[152]) Oncken II, S. 250. Bismarck an Goltz, 15. III. 1867.

marck am 18. III. das Wort, um die Beziehungen zu Holland und die Luxemburger Frage genauer darzulegen.

Zuerst wies er die Gerüchte über eine Bedrohung Hollands durch Preussen-Deutschland völlig zurück [153]). Darauf kam Bismarck auf die uns schon bekannten Verhältnisse zu Anfang des Krieges von 1866 zu sprechen [154]), als sich Luxemburg noch nicht dem Bundestag fernhielt. «Ich habe über diesen Punkt eine Auseinandersetzung mit dem königlichen niederländischen Herrn Gesandten gehabt..... Wir waren dabei einig, dass juristisch genommen wir uns im Kriege mit Luxemburg befänden, dass wir aber beiderseitig kein Interesse hätten, diesen Krieg zu führen, und wir glaubten uns beide aufs Wort, dass wir nicht aufeinander schiessen würden. Dass selbst damals in diesen Vorgängen der Keim irgendeiner Befürchtung für Holland, einer Bedrohung der Niederlande gelegen haben könnte, kann ich nicht annehmen.....». Indem der preussische Ministerpräsident an den Wunsch Hollands erinnerte, Limburg aus seiner Verbindung mit Deutschland auch de jure gelöst zu sehen, stellte er fest, dass man von Seiten des neuen Bundes Holland bisher nicht gedrängt habe, mit Limburg beizutreten. «Wir haben diese Zumutung nicht gestellt, ebensowenig ist uns in bezug auf Luxemburg jemals ein Wunsch des dortigen Souveräns, der dortigen Regierung, der dortigen Einwohnerschaft ausgesprochen worden, für dieses Grossherzogtum dem Norddeutschen Bunde anzugehören»... «Unsererseits ist auf die Zugehörigkeit Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland weder verzichtet worden, noch ist sie als ein Rechtsgrundsatz ausgesprochen worden. Wir können den Souveränen, die dem Bunde nicht beitreten wollen, keine Gewalt und keinen Zwang antun.»

Abschliessend stellte Bismarck noch einmal fest: «Ich kann... nur konstatieren: von seiten Limburgs ist uns niemals die Absicht und der Wunsch ausgesprochen worden, dem Norddeutschen Bunde beizutreten; von seiten Luxemburgs ist uns entschieden der Wunsch ausgesprochen worden, in dieser Beziehung nicht behelligt zu werden». Der Sinn dieser ganzen Erklärung war offenbar: dem König-Grossherzog wurde das volle Souveränitätsrecht in Luxemburg und Limburg zuerkannt; der Norddeutsche Bund wurde nicht als Rechtsnachfolger des alten Deutschen Bundes hingestellt. Juristisch standen also keinerlei Mittel zur Verfügung, um den König-Grossherzog zu hindern, von seinem Recht als Herr des Landes Luxemburg z. B. durch Verkauf des Landes an Frankreich, vollgültigen Gebrauch zu machen [155]). Mit Bedacht aber hatte Bismarck hinsichtlich des Besatzungsrechtes keine Aeusserungen getan. Auf diesen Umstand hatte der König-Grossherzog bei jedem seiner Schritte

---

[153]) Die Reden von Bismarck, Ges. Werke, Band X, S. 346 ff.

[154]) s. S. 22 dieser Arbeit.

[155]) Oskar Griesinger «Die völkerrechtliche Stellung Luxemburgs nach dem Versailler Vertrag». Diss. 1927, bestreitet allerdings auch das damalige Recht des Landesherrn zum Verkauf des Grossherzogtums.

Rücksicht zu nehmen. Der moralische Druck, den Preussen durch Aufrechterhaltung seiner Besatzung ausübte, wurde noch vermehrt durch das steigende Ansehen, das der Norddeutsche Bund durch die in gleicher Sitzung des Reichstages veröffentlichten innerdeutschen Bündnisse erhielt. Der Abgeordnete v. Carlowitz übte Kritik an dem ungeklärten Verhältnis des Norddeutschen Bundes zu den Südstaaten und stellte «das Schreckbild... eines Bündnisses zwischen den süddeutschen Staaten und dem Auslande gegen Preussen» auf. Bismarck aber teilte darauf mit, dass die Beziehungen zwischen Norddeutschland und Süddeutschland seit dem Friedensschluss verbürgt seien. Auch auf die Luxemburger Frage, welche der Interpellant aufgeworfen hatte, ging Bismarck noch einmal ein: «Der Herr Vorredner hat eine eigentümliche Neigung verrathen, kitzliche und schwierige Fragen zu berühren, diese und eine, die mir der Mühe in der Tat noch weniger wert schien, die luxemburgische. Ich habe mich schon vorher über diese ausgesprochen, soweit es nötig war, ich glaube, der Herr Vorredner ist mit sich selbst darüber in Widerspruch getreten, indem er es für eine der schwächsten Seiten des früheren Bundes hielt, dass solche Souveräne, die ausserhalb des Bundes ein grösseres Gebiet besässen, Mitglieder geworden wären. Nichtsdestoweniger schlägt er selbst in diesem Augenblicke vor, den König der Niederlande als Grossherzog von Luxemburg wieder in den Bund aufzunehmen, oder dem Grossherzog das Grossherzogtum, das er mit vollem Rechte besitzt, abzunehmen, tertium non datur... Die luxemburgische Frage aber, meine Herren, kann der Herr Vorredner auch heute noch auf eigene Hand auf sich nehmen, und wenn es ihm gelingt, den Grossherzog zu disponieren, dass er sich dem Norddeutschen Bunde anschliesst, dann wird er sich vielleicht sagen können, eine europäische Frage geschaffen zu haben, ob etwas weiteres, das bliebe abzuwarten.»

Also immer noch «temporisieren, hinhalten», um mit Radowitz zu reden, aber mit der Gewissheit: der König-Grossherzog besitzt die Freiheit zu tuen, was er vermochte, wobei jedoch anzunehmen war, dass er nicht in der Lage war, Entscheidendes zu tun. Aus Furcht vor Frankreich nämlich stellte der König-Grossherzog an Preussen nicht die Frage nach einer Aufgabe der Festung — aus Furcht vor dem deutschen Nachbarn wagte er nicht, Luxemburg einfach an Frankreich zu verkaufen. Matschoss spricht mit Recht von der geradezu «fürchterlichen Klemme», in der Wilhelm III. sich befand, da zwei Grossmächte scheinbar ein gerades Gegenteil von ihm verlangten.

Am folgenden Tage erschien im preussischen Staatsanzeiger, auf Grund der Eröffnungen Bismarcks, der Wortlaut der Bündnisse Preussens mit den Südstaaten!

Eine deutlichere Korrektur der herrschenden Auffassungen [156]) in Frankreich konnte wohl nicht stattfinden. Man

[156]) Ueber die Parlamentsreden in Bezug auf die allgemeine Lage siehe: Rothan, S. 193 ff.

möchte meinen, dass der Triumph Bismarcks ein grösserer gewesen wäre, wenn die Publikation noch in die Zeit der französischen Parlamentssitzung gefallen wäre; doch ist anzunehmen, dass der Termin willentlich nach Schluss des corps législatif — dieses Organes der französischen «öffentlichen Meinung» — gelegt war, um die französische Regierung nicht in eine allzu missliche Lage zu bringen.

Wie die Wirkung der Bündnisveröffentlichung, in der Bismarck einen Prüfstein «der deutsch-französischen Beziehungen» kennen lernen wollte, aussah, kann man sich nach den folgenden Andeutungen vorstellen: Der Eindruck auf die öffentliche Meinung» in Frankreich war ein erschütternder, wie Goltz meldete.[157]) Man klagte laut die Unfähigkeit des Kaisers an — welcher doch höchstens die Unfähigkeit von ganz Frankreich geteilt hatte, das sich wirklich eingebildet zu haben schien, «dass Süddeutschland nur mit Frankreich Verträge abschliessen könne und werde».[158])

Die schlimmsten Wirkungen machten sich jedoch innerhalb der französisch-holländischen Verhandlungen bemerkbar. Wohl unter der Einwirkung der Nachrichten aus Berlin zog der König seine halbe Zustimmung wieder zurück und stellte sich wieder auf den Standpunkt, nur im direkten Einvernehmen mit Preussen in die Abtretung einzuwilligen [159]). Ja, er ging sogar mit dem Plan um, an den König von Preussen einen Brief zu schreiben.[160]) Das war aber den französischen wie auch den preussischen Wünschen durchaus entgegengesetzt. Wohl hatte Bismarck in der Unterredung vom 22. II. dem französischen Botschafter eingeschärft, dass man im Haag versuchen müsse, den König zu bewegen, selbst den Wunsch nach Zurückziehung der Besatzung in Berlin auszusprechen. Das war aber etwas durchaus anderes als die jetzt vom König der Niederlande gehegte Absicht, bei dem König von Preussen Rückendeckung zu suchen, indem er ihm seinen Plan der Abtretung mitteilte. Es war klar, dass König Wilhelm I. weder aus eigenen Kräften noch aus eigenem Willen, vor allem aber nicht in Rücksicht auf die Volksmeinung eine solche Rückendeckung gewähren konnte. Eine direkte Zustimmung konnte man von Preussen keineswegs verlangen. So meinte auch Bismarck [161]). Aber, so sehr man auch von Berlin und Paris abwinkte [162]), so verwirklichte König Wilhelm von Holland dennoch seinen Plan, obwohl in anderer Form. Er empfing am 26. III. den preussischen Gesandten von Perponcher und teilte ihm die Absicht mit, das Grossherzogtum an den Kaiser der Franzosen abzu-

[157]) Oncken II, S. 257, 23. III. 1867.
[158]) Radowitz: Tagebuch, 21. III. 1867.
[159]) Origines XV, S. 134/5. Baudin an Moustier, 22. III. 4414.
[160]) Origines XV, S. 139. Baudin an Moustier, 23. III.
[161]) Origines XV, S. 137. Benedetti an Moustier, 22. III.
[162]) Origines XV, S. 146. Benedetti an Moustier, 24. III.

treten, — wolle aber nichts ohne Wissen des Königs von Preussen tuen [163]).

Damit war die grosse Wendung eingetreten: Was Bismarck die ganze Zeit über hatte verhindern wollen [164]) — worauf sich auch schliesslich alle Anstrengungen Frankreichs gerichtet hatten (allerdings vergebens und darin lag Frankreichs Schuld!), das war nun eingetreten: die Sache war in die internationale Oeffentlichkeit gekommen. Die Folgen konnten nicht ausbleiben; sie kündigten sich bereits in dem Antworttelegramm an Perponcher an [165]). Bismarck teilte mit, dass der König vor jeder weiteren Aeusserung die Meinung der übrigen Vertragsmächte (von 1839) und der deutschen Regierungen sowie des norddeutschen Reichstages zu kennen wünsche.

Dieser Entschluss bildete zweifelsohne den Beginn einer grossen diplomatischen Unternehmung. Einen ‚Schlag gegen Frankreich' kann man aber darin nicht sehen, vielmehr nur das Verlangen, die Dinge noch aufzuschieben. Ein zu schnelles Vorgehen hätte die Gefahr des Krieges, die — seit langem latent, nun auf einmal riesig angeschwollen war — bis zum Ausbruch der Katastrophe anwachsen lassen.

In Frankreich wurde die Gefahr verkannt. Da der holländische König in vermeintlicher Sicherheit gegenüber Preussen, seine Bereitwilligkeit auch dem französischen Kaiser mitgeteilt hatte [166]), meinte man in Paris dennoch einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen zu sein. Am 28. III. nahm der Prinz von Oranien die Einwilligung mit, um auf ihrem Grund einen Vertrag abzuschliessen [167]), für den allerdings Voraussetzung blieb, dass der Kaiser die Einwilligung Preussens erlange [168]).

Napoleon III. fand sich wirklich bereit, die Sorge zu übernehmen, sich mit Preussen über die Folgen dieses freundnachbarlichen Aktes zu verständigen [169]).

Am 4. April schien die Zession durch die Ueberreichung des kaiserlichen Antwortschreibens moralisch vollzogen. Jetzt fehlte nur noch die Unterschrift der gegenzeichnenden Minister. In diesem kritischen Moment stellte sich heraus, dass für diese Unterschrift nicht der holländische Minister van Zuylen, sondern der Minister von Luxemburg, Tornaco, zuständig sei. Dieser aber war «zufällig» nicht anwesend und musste erst herbeigerufen werden [170]).

In aller Kürze vollzog sich aber in der Zeit, die im Haag

---

[163]) Oncken II, S. 200. Perponcher an Bismarck, 26. III.

[164]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, an Goltz, 30. III. 1867. No 726. S. 321/2.

[165]) Oncken II, S. 260. Bismarck an Perponcher, 27. III. 1867.

[166]) Origines XV, S. 165. Wilh. III. an Napoleon III. am 26. III.

[167]) Hamstra, a. a. O., S. 38.

[168]) Origines XV, S. 166 u. 184. Moustier an Baudin, 28. III.

[169]) Origines XV, S. 203. Napoleon III. an Wilhelm III. am 30. III.

[170]) Die Verzögerung im Kommen des luxemburgischen Ministers führt Hamstra auf Einwirkung des Prinzen Statthalter zurück; s. a.: Origines XV. S. 224. Ueber den Prinzen s. S. 72 dieser Arbeit.

verloren ging, die Entscheidung, die Bismarck zu fällen sich bereits angeschickt hatte.

Die Wandlung von vorsichtigem oder mürrischem Verharren zu wirklicher Einwilligung setzt bei dem König von Holland in Erstaunen. Rothan glaubt den Grund auch weniger in eigner Entschlussfähigkeit als in der Einwirkung der «diplomatie occulte» erblicken zu müssen. Dass Geldbeträge eine Rolle gespielt haben mögen, wird auch von Sybel [171]) besprochen. Doch auch diese Mittel sollten vergebens sein!

V. KAPITEL.

Der April 1867.

Der Monat April sollte die Entscheidung der Luxemburger Frage bringen, die im August des vergangenen Jahres aktuell geworden war.

Wir haben gesehen, dass das französische Vorgehen sowohl in Berlin wie auch im Haag scheinbar zu Erfolgen geführt hatte. Die Abtretungsurkunde bedurfte nur noch der Gegenzeichnung des luxemburgischen Ministers und der Zustimmung Preussens, für die Napoleon einzustehen sich bereit erklärt hatte.

Es war klar, dass eine Gegenzeichnung im Haag die Abtretung definitiv gemacht hätte. So ist es ein glücklicher Umstand zu nennen, dass die Ankunft des Herrn Tornaco sich immer noch hinauszögerte. Die Gegenmassregeln, die Bismarck derweilen in Berlin traf, konnten sich in diesem Zustand der Halbreife besser auswirken und die Ausführung des Planes tatsächlich aufhalten. Man ist versucht, an einen inneren Zusammenhang zwischen dem langsamen Tempo des Herrn Tornaco und dem schnellen und kräftigen Vorgehen Bismarcks in Berlin zu glauben. Aber wenn sich auch gewisse Verbindungen des Prinzen-Statthalters — des Chefs von Tornaco — nach Berlin nachweisen lassen [172]), so gibt dies doch keinen Hinweis und auch keine Andeutung, dass die Politik des Prinzen Heinrich und Bismarcks in einem bewussten Kontakt gestanden habe. Vielmehr scheint mir, dass Bismarcks Klugheit und entschiedene Kraft den gordischen Knoten an jenem ersten April noch löste, als die Dinge schon so verwirrt erschienen, dass eine friedliche Lösung kaum mehr zu erhoffen war.

Es ist hier kurz die politische Situation zu schildern, aus der heraus die denkwürdige Sitzung des Reichstages allein zu verstehen und in ihrer Wichtigkeit zu ermessen ist.

Das Ziel der französischen Regierung, die sich der weitgehendsten Unterstützung der holländischen Diplomatie erfreute, war, von Preussen die Zustimmung zur Abtretung des Gross-

[171]) Sybel: Begründung des Deutschen Reiches, Bd. VI, S. 109.
[172]) s. S. 72 dieser Arbeit.

herzogtums zu erpressen, indem man Preussen vor ein fait accompli stellte. Dem König von Holland war es ja vor allem daran gelegen, sich der Verantwortung zu entledigen und die Angelegenheit wieder zu einer preussisch-französischen zu machen, wie sie es bis zum Februar gewesen war. Wie Bismarck ganz richtig angenommen hatte, war die am 26. III. abgegebene Erklärung des holländischen Königs an Perponcher [173]) nur ein vorbereitender Schritt. Ihm folgte ein zweiter von grösserer Bedeutung. Am 27. III. überreichte der holländische Gesandte in Berlin — van Bylandt — eine Note, in der die guten Dienste der niederländischen Regierung angeboten wurden, die sich bereit erklärte, in den schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Preussen zu vermitteln [174]). Die Antwort, die Bismarck dieser politischen Unverfrorenheit zuteil werden liess, geht aus einem Schreiben hervor, das er an Perponcher im Haag richtete [175]). Bismarck wies mit deutlichen Worten den Versuch zurück, die Verantwortung in dieser heiklen Angelegenheit auf Preussen zu werfen. Die Sache gehe nicht Preussen, sondern den König der Niederlande als Grossherzog von Luxemburg an, so meinte er; der König sei vollkommen in der Lage, für sich selbst zu entscheiden, was er seinen Interessen für angemessen halte und was er Europa gegenüber verantworten könne. Preussens Beteiligung bei der Sache sei eine sekundäre. Bismarck lehnte es ab, durch eine Aeusserung oder einen Rat oder durch eine Verhandlung mit Frankreich — die in Wirklichkeit gar nicht gepflogen wurde — die Lage des Königs-Grossherzogs zu klären, nur um dem König «ein Geldgeschäft zu erleichtern!» Bismarck schrieb weiterhin: «Ich habe ihm (Herrn van Bylandt, dem holländischen Gesandten in Berlin, d. V.) nicht verhehlt, dass wir auf seiten des Königs und Grossherzogs nur den Wunsch voraussetzen könnten, ein möglichst vorteilhaftes Geschäft zu machen; dass wir aber nicht umhin könnten, in diesem Falle die gewählte Form sehr ungeschickt und den Versuch, durch die... Vorspiegelung der von Preussen angeblich drohenden Gefahren dieses Geschäft zu kolorieren, sehr durchsichtig und unglücklich gewählt fänden».

Mit dieser deutlichen Sprache führte Bismarck den ersten Schlag gegen die vereinigte französisch-holländische Diplomatie, deren enge Allianz gerade aus dem steten Gedankenaustausch zwischen Benedetti und Bylandt hervorging.

Die bedeutendste Abwehrmassregel Bismarcks gegen die Gefahr einer diplomatischen oder gar kriegerischen Verwickelung oder einer eignen schweren Niederlage als Führer der nationalen Sache, ist in der Interpellation der Nationalliberalen am

---

[173]) Oncken II, S. 260, N° 380.

[174]) Koller: «Archiv des Norddeutschen Bundes I», 1064 (XIV) u. 1065 (XVI).

[175]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 323/4, N° 727 v. 30. III. 67.

1. IV. zu erblicken. In dieser Situation wird eine Grundlage der bismarckschen Politik, die nach 1870 allein tragend wird, zum ersten Male sichtbar: der europäische Friede ist für Bismarck ein innerdeutsches Postulat. So sehen wir ihn — gerade kurz vor der Vollendung seines ersten Schrittes zur deutschen Einheit — mit Aufwand aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel für die Aufrechterhaltung des Friedens kämpfen.

Im Interesse der friedlichen Begünstigung seines Werkes hatte er bisher den französischen Wünschen nie ein strenges ‚Nein' entgegengestellt, ja sie sogar zu fördern versprochen, wenn man seiner eigenen politischen Lage durch ein schonendes Vorgehen Rechnung trüge.

Da es der französischen Regierung nicht gelungen war, dem preussischen Ministerpräsidenten eine Bloßstellung von Seiten Hollands zu ersparen, war Bismarck nun gezwungen, sich zu einer definitiven Stellungnahme zu entschliessen. Mag er im Anfang der Unterhandlungen der Zession Luxemburgs keinen Widerstand entgegengesetzt haben, um eine wohlwollende oder doch neutrale Haltung Frankreichs gegenüber einem Anschluss Süddeutschlands an den Norden zu erreichen, so hatte er doch jetzt nach der Veröffentlichung der Bündnisse auf diese letztgenannte Frage keine Rücksicht mehr zu nehmen. In einer anderen Angelegenheit, die noch aus den Zeiten des Krieges von 1866 her unerledigt war, war allerdings Bismarck noch einer steten Einmischung Frankreichs gewärtig: und zwar in der nordschleswigschen Frage. Diese war durch den Artikel V des Prager Friedens in dem Sinne geordnet, dass die Organisation eines Plebiszites zu geeigneter Zeit Preussen überlassen werden sollte. Der Kaiser als Anhänger des Nationalitätenprinzips sah in der Erledigung dieser Angelegenheit einen Ehrenpunkt. Es ist nun äusserst interessant zu beobachten, dass Bismarck zu gleicher Zeit die verschiedensten Eisen ins Feuer legte, und die verschiedensten Versuche unternahm, die Luxemburger Frage einer Lösung entgegenzuführen. In denselben Tagen — Ende März — sehen wir ihn bei dem Versuch einmal durch die Uebersendung einer Note an die Botschafter bei den Mächten [176]), dann aber auch durch Lösung der nordschleswigschen Frage, eine Regelung der Luxemburger Angelegenheit herbeizuführen [177]).

Der Versuch, von dem Kaiser der Franzosen durch ein Gewährenlassen in der Luxemburger Frage eine Lösung von den Verpflichtungen des Artikels V des Prager Friedens zu erlangen, blieb allerdings nur Episode. Der Auftrag, den Bismarck am 29. III. Goltz erteilt hatte, über diesen Punkt in Unterhandlungen zu treten, wurde bereits am nächsten Tag zurückgenommen. Wenn damit diesem Versuch auch keinerlei Folgen

[176]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 724, S. 320, vom 30. III.

[177]) «Bismarck und die Nordschleswigsche Frage», S. 148. Berlin 1925.

vergönnt waren, als Symptom betrachtet eignet ihm dennoch die allergrösste Wichtigkeit. Bis zum letzten Augenblick vor der Entscheidung des 1. April sehen wir Bismarck die Möglichkeit erwägen, Luxemburg abzustossen und dadurch einen grösseren Vorteil für die preussische Politik zu gewinnen. Eine Entscheidung über einen eventuell noch grösseren Vorteil Nordschleswigs gegenüber Luxemburg vermochte Bismarck allerdings nicht mehr zu fällen. Die Macht der nationalen Erregung verhinderte eine freie Wahl. Man geht wohl nicht irre, wenn man sagt, dass es die Verhandlungen über die Interpellation der Nationalliberalen waren, die Bismarck überzeugten, dass an eine Aufgabe Luxemburgs mittels einer Abtretung an Frankreich — auch bei Zugeständnissen in der nordschleswigschen Frage — nicht mehr zu denken war. Die von ihm selbst geförderte nationale Entwicklung machte in diesem Augenblick auf den Leiter der deutschen Politik ihren bestimmenden Einfluss geltend. Bismarck hätte fürchten müssen, mit einem Verzicht in der Luxemburger Frage die Stellung Preussens im Reichstag — der kurz vor der Beendigung des Verfassungswerkes, aber noch nicht ausserhalb der Schwierigkeiten darüber stand — völlig zu kompromittieren. Die Konzentrierung der nationalen Kräfte, die durch den Zusammentritt des Reichstages Ende Februar seinen machtvollen Ausdruck erhalten hatten, machte sich auch in einer immer allgemeiner werdenden Anteilnahme der Oeffentlichkeit an der luxemburgischen Frage bemerkbar. Die Ungeschicklichkeit des französischen Vorgehens in Luxemburg — über das noch an Ort und Stelle zu sprechen sein wird — hatte ungeheuren Staub in Deutschland aufgewirbelt. Ganz Deutschland geriet ohne Hinzutun der preussischen Regierung in einen Zustand der nationalen Erregung. Am 29. III. meldete zum Beispiel der preussische Gesandte aus Stuttgart: «Die hiesige preussische Partei versucht eine Agitation zugunsten Luxemburgs als ‚Deutsches Land'...»[178])

Bismarck selbst fühlte sich aufs heftigste von diesem Strom der nationalen Erregung ergriffen. So schrieb er an Goltz[179]): «Mit welchem Eifer sich die öffentliche Meinung in Deutschland bereits der Sache bemächtigt, werden Ew. pp. aus den Stimmen der Presse ersehen, welche ich... mitteile. Täglich gelangen Telegramme aus Luxemburg an Mitglieder des Reichstages; und ich muss jeden Augenblick befürchten, einer Interpellation ausgesetzt zu werden, welche zu beantworten mir schwer würde. Wollten wir dem bereits in der öffentlichen Meinung — und nicht in Preussen allein — gegebenen Impuls folgen, so würden wir darin eine wichtige, aber unsre Action beherrschende Stütze finden, vielleicht würde nichts so sehr als dies es uns erleichtern, den raschen Ausbau des Norddeutschen Bundes zustande zu bringen...»

[178]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 320. Vorbem. zu N° 723.
[179]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 726, S. 322, 30. III. 67.

Auch Benedetti gegenüber machte Bismarck aus der bedrohlichen Stärke der nationalen Bewegung keinen Hehl. Der Botschafter versucht mit stärksten Argumenten einen Gegendruck zu erzeugen: er gab Bismarck zu verstehen, dass es bei dem gegebenen Zustand für die preussische Regierung leichter sei die Annexion Luxemburgs anzunehmen, als der Regierung des Kaisers, darauf zu verzichten [180]). Das war der Beginn einer scharfen Sprache, die sich bis zu Kriegsdrohungen steigern sollte.

Aus den oben wiedergegebenen Worten Bismarcks spricht ein gewisses Zögern gegenüber dem Drängen der nationalen Bewegung. Es musste ihm daran gelegen sein, den Franzosen gegenüber als der Gedrängte erscheinen zu können — was der Wirklichkeit nicht in vollem Masse entsprach, aber man darf auch nicht in das Gegenteil verfallen und in Bismarck den alleinigen Urheber der Interpellation vom 1. April erblicken. Als die Konservativen bei ihm anfrugen, ob ihm eine Interpellation über Luxemburg genehm sei, antwortete er, dass die Nation ein Recht habe zu fragen und zu wissen, was mit Luxemburg werde [181]).

Bismarck wünschte nicht, dass die Befragung unterbliebe; allerdings sah er sie lieber von den Nationalliberalen gestellt, als von den Konservativen: damit es nicht so aussähe, als sei sie von der Regierung bestellt, meinte er. Bestellt war sie keineswegs, wie man schon aus der Antwort Bismarcks an die Konservativen ersehen konnte, als er bemerkte: er könne eigentlich nicht viel auf die Anfrage sagen. Bismarck war keinen Augenblick geneigt, sich die erregte Sprache der nationalen Bewegung zu eigen zu machen. Deutlich tritt das Verlangen zutage, Frankreich zu schonen und dem Nachbar nur auf indirektem Wege die Stärke der deutschen Anteilnahme an dem Schicksal des deutschen Luxemburg zum Ausdruck zu bringen. So teilte er den Inhalt der Interpellation und die ungefähre Antwort, die er ihr würde zuteil werden lassen, schon am Vorabend dem französischen Botschafter mit [182]).

Diese Schonung ist als eine Unterstützung seiner Friedensbemühungen aufzufassen, die wir auch in anderen Zusammenhängen deutlich erkennen können. So befürwortet er gerade in diesen Tagen sehr den in Aussicht genommenen Besuch der Herrscher von Russland und Preussen auf der Weltausstellung in Paris; er meinte, dieser sei für Napoleon in Bezug auf sein

---

[180]) Origines XV, S. 210. Benedetti an Moustier, 31. III. 4507.

[181]) Bernhardi a. a. O. VII, S. 352; über die Vorbereitungen der Interpellation siehe auch: H. Oncken: Rud. v. Benningsen, Stuttg.-Leipz. 1910, II. Band, S. 34.

[182]) Origines XV, S. 217. Benedetti an Moustier, 31. III.

eigenes Land wie auf ganz Europa von unberechenbarem Wert [183]).

Diese Beherrschung aller politischen Mittel hat allein in diesen kritischen Tagen den Frieden aufrecht zu erhalten vermocht, der mit dem Zusammenbruch der französischen Hoffnungen — ohne die elastische Haltung Bismarcks — gewiss auch zusammengebrochen wäre.

Wir wenden nun endlich der Sitzung vom 1. April unsere ungeteilte Aufmerksamkeit zu, länger und ausführlicher bei ihr verweilend, weil in ihr oder im Zusammenhang mit ihr alle die Kräfte angestrengt wurden, durch welche von den verschiedensten Stellen aus — sei es von deutschen Seiten, von Frankreich oder Luxemburg und Holland — die Frage bisher bewegt worden war.

Ueber die der Reichstagssitzung vorangehende Szene gibt Meding [184]) einen genauen Bericht. Man muss annehmen, dass der Autor durch Verbindungen, die er während seines damaligen Pariser Aufenthaltes angeknüpft hatte, wirklich genau über das Vorgefallene unterrichtet war. H. von Sybel sowie Thimme stellen ihm das Zeugnis der Glaubwürdigkeit aus [185]). Da sich der Bericht auch bei Matschoss wiedergegeben findet, soll das ihm zu Grunde liegende Geschehnis, die Unterhaltung zwischen Bismarck und Benedetti, hier nur allgemein behandelt werden. Der französische Botschafter war, wie gesagt, über die drohende Interpellation in Kenntnis gesetzt. Auch in Paris und im Haag gab man sich über die Gefährlichkeit der Situation keinen Täuschungen hin.

Um die Gefahr einer Niederlage in der Abtretungsangelegenheit zu vermeiden, griff man in Frankreich zum Mittel einer übertriebenen Darstellung der Sachlage. Man versuchte von Paris aus, durch die Behauptung der Unwiderruflichkeit der schon abgeschlossenen Abtretung, Preussen zu einer Zustimmung zu zwingen. So schrieb Moustier an seinen Gesandten Baudin im Haag: «nous considérons plus que jamais la cession comme un fait accompli» [186]) und «Nous regardons ce qui est fait comme irrévocable» [187]).

In den Telegrammen nach Berlin gebrauchte man dieselbe Sprache. Moustier teilte Benedetti mit, dass der Gesandte im Haag sich mit dem schon genannten Schreiben Napoleons III.

---

[183]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 323, B. an Goltz, 30. III. 1867, N° 726. Siehe auch: Bismarck an Reuss-Petersburg, 31. III., ebendort S. 326. N° 730.

[184]) Oskar Meding «Memoiren zur Zeitgeschichte», 3. Abt., Leipz. 1884, S. 206 ff.

[185]) Sybel «Die Begründung des Deutschen Reiches» VI, S. 110; Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 328. Vorbem. zu N° 731.

[186]) Origines XV, S. 213, vom 31. III. Abends.

[187]) Origines XV, S. 216, vom 31. III. Abends.

an Wilhelm III., nach der niederländischen Hauptstadt begeben habe, wo man den Vertrag unmittelbar unterzeichnen würde. «Sa Majesté considère la question comme vidée et tout retour en arrière comme impossible»[188]). Wie gross die Kriegsgefahr bereits war, geht aus einem andern Telegramm des französischen Ministerpräsidenten an Benedetti hervor[189]): «Sa Majesté, forte de son droit et de sa modération[190]), est prête pour toutes les éventualités. Le pays se lèverait comme un seul homme si l'Allemagne faisait preuve d'un esprit d'expansion et d'intolérance pareil à celui dont vous me signalez les symptômes. Plus le Luxembourg est petit, moins la France pourrait supporter que la possibilité de faire pacifiquement même une si petite acquisition lui fût contestée».

Ueber die Unterredung am Morgen des ersten April ist aus den Origines oder anderen Quellen Genaues nicht zu erfahren. Meding hat aber jedenfalls recht, wenn er mitteilt, dass Benedetti versuchte, auf Grund der oben wiedergegebenen Telegramme Moustiers Bismarck zu bestimmen, die Abtretung vor dem Reichstag als eine bereits vollzogene Tatsache anzuerkennen. Hätte der preussische Ministerpräsident sich dazu bereit gefunden, so wäre der Krieg sicher gewesen. In schnellem Erfassen der drohenden Gefahr wies er darum dieses Ansinnen ab. Der Bericht Benedettis[191]) «que le Comte de Bismarck a décliné ma suggestion de déclarer à la Chambre que la cession était un fait accompli, craignant que la *question de guerre ou de paix ne lui échappât des mains;...*» deckt sich mit dem Bericht Medings. Nach diesem hatte Benedetti Bismarck um die Erlaubnis gefragt, ihm eine Depesche (wahrscheinlich doch die Depesche Moustiers vom 31. III. 1 Uhr morgens) überreichen zu dürfen. Bismarck habe ihm darauf entgegengehalten, dass der Bruch bei der herrschenden Erregung in Deutschland unvermeidlich sei, wenn eine definitive Erklärung abgegeben würde. Darauf habe er dem französischen Botschafter gesagt:[192]) «...ich frage Sie jetzt: Haben Sie mir eine Depesche zu übergeben?...» Darauf habe sich der Botschafter, auf den im Augenblick die Entscheidung über Krieg und Frieden gewälzt war, besonnen und auf die Uebergabe der Depesche verzichtet. Damit war Bismarck in den Stand gesetzt als «Unwissender» vor dem Reichstag zu erscheinen und durch seine beruhigenden Erklärungen den Frieden zu erhalten. Die von den Nationalliberalen durch ihren Führer Bennigsen eingebrachte Interpel-

---

[188]) Origines XV, S. 208, vom 31. III. Morgens.

[189]) Origines XV, S. 222, vom 1. IV. Mittags.

[190]) Das Wort ‚Mässigung' setzt hier in Erstaunen, da Napoleon nicht nur auf der Abtretung überhaupt, sondern auch mit Nachdruck auf dem Weiterbestehen der Festung bestand. Siehe: Origines XV, S. 209 oben.

[191]) Origines XV, S. 231, an Moustier, I. IV. Abends.

[192]) Meding, a. a. O., S. 210.

lation [193]) umfasste zwei Punkte. Einmal wurde angefragt, ob die Gerüchte über Verhandlungen zwischen Frankreich und den Niederlanden betreffs Abtretung Luxemburgs auf Wahrheit beruhten. Dann wurde die Regierung befragt, ob sie in der Lage sei zu erklären, dass sie und ihre Bundesgenossen entschlossen seien, die Verbindung mit dem Grossherzogtum und das Besatzungsrecht in der Hauptstadt auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen. Unter ungeheuerem Beifall des hohen Hauses erhob sich der Abgeordnete v. Bennigsen, um «die richtige Antwort auf die Tendenzen Frankreichs zu geben und sie im Keime zu ersticken». Nachdem der Redner auf die eng mit Deutschland verbundene Vergangenheit des Grenzlandes hingewiesen hatte, auf die Drohung, welche durch eine militärische Position Frankreichs in Luxemburg für Belgien und die Rheinprovinzen entstände, lenkte er die Aufmerksamkeit seiner Hörer auf die momentanen Zustände im Lande Luxemburg. «Es ist Gefahr vorhanden, dass ein Deutsches Grenzland verloren geht, in welchem die Bevölkerung im Wesentlichen Deutsch ist, in welchem die Bevölkerung nicht daran denkt, Französisch werden zu wollen, wo allerdings vielleicht eine Abneigung vorhanden ist, sich den schweren militairischen Anforderungen jetzt schon zu fügen, welche an alle Mitglieder des Norddeutschen Bundes gestellt werden, in welchem man aber Deutsch ist und Deutsch bleiben will».

Diese Rede war eigentlich nur eine Interpretation eines Briefes aus Luxemburg, den der Redner vor dem Reichstag vorlas. Der Schreiber dieses Briefes wies die deutsche Volksvertretung auf die nationale Aufgabe hin, die in einer Verhinderung der Zession des Grossherzogtums liege: «Unser Wunsch geht dahin, es möchte doch in irgend einer Weise den Herren des Reichsrathes (!) bekannt werden, wie wir Luxemburger nicht schon ein halb oder auch nur viertelsfranzösiches Volk mit fränkischer oder wallonischer Sprache, sondern immer noch ein ganz Deutsches Volk mit ganz Deutscher Sprache sind und immer bleiben wollen. Unter den 200.000 sind doch höchstens nur 100 (Personen, D. V.), die nicht deutsch verstehen und sprechen können».

Sei es, dass dieser Brief spontan aus dem Herzen eines luxemburgischen Patrioten oder Deutschenfreundes kam, oder dass er das Zeugnis der beginnenden Arbeit des Nationalvereins darstellte [194]) — gleichviel, an dem Beifall des ganzen Hauses gemessen, war sein Erfolg und der Erfolg der ihn verstärkenden Rede Bennigsens ein sehr starker. Gegen diese nationale Demonstration grossen Umfanges hob sich die Beantwortung der Interpellation durch Bismarck scheinbar stark ab durch Sachlichkeit

---

[193]) Text der Interpellation und der Rede Bennigsens im «Staatsarchiv» XIII, S. 27 ff. Hamburg 1867.

[194]) Ueber die Arbeit des Nationalvereins siehe den Excurs.

und nahezu durch Indifferenz gegen die Stimme des nationalen Gewissens, die soeben laut vernehmbar gesprochen hatte.

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen [195]) machte Bismarck wiederum seinen alten Standpunkt geltend, dass der König-Grossherzog nach der Auflösung des alten Bundes für Luxemburg volle Souveränität europäischen Charakters genossen habe. Uebersichtlich reihte er dann die Gründe aneinander, durch welche Preussen bestimmt wurde, keinerlei Druck auszuüben, um Luxemburg zum Beitritt zum Norddeutschen Bund zu nötigen. Die Intimität des neuen Bundes habe die Zugehörigkeit Luxemburgs, das in einem so engen Verhältnis zu einem nicht-deutschen Souverän stehe, als zweifelhaften Vorteil erkennen lassen. «Die Erfahrungen, welche wir in dieser Beziehung in dem früheren Bunde gehabt haben, waren lehrreich genug, um uns abzuhalten, eine ähnliche Einrichtung in vollem Masse auf die neue Institution zu übertragen». Dann lenkte Bismarck die Aufmerksamkeit des Reichstages auf die besondere geographische Lage, durch welche für die Behandlung insbesondere dieser Frage ein höherer Grad von Vorsicht erforderlich sei.

Von Bismarck in Hinsicht auf das von Frankreich missbrauchte Nationalitätenprinzip vielleicht absichtlich zuerst genannt — finden wir als dritten Grund die Rücksicht auf die Stimmung der luxemburgischen Bevölkerung. «Durch die Organe, welche uns innerhalb des Grossherzogtums und an seinen Grenzen zu Gebote stehen, waren wir davon in Kenntnis gehalten, dass eine entschiedene Abneigung, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, in allen Schichten der Bevölkerung heimisch war. In den höheren und namentlich in den höchsten waren sie getragen von einer deutlich ausgesprochenen Mißstimmung gegen Preussen und dessen Erfolge, in den unteren getragen von einer Abneigung gegen die Uebernahme derjenigen Lasten, die eine ernsthafte Landesverteidigung notwendig mit sich führt».

Bei der Beantwortung der einzelnen Punkte der Interpellation wies Bismarck auf die stattgehabten Verhandlungen zwischen seiner und der holländischen Regierung hin. Durch seine mutige Zurückweisung des Benedettischen Mitteilungsbedürfnisses war Bismarck in die Lage versetzt, reinen Gewissens sagen zu können, dass seine Regierung keinen Anlass habe anzunehmen, dass ein Abschluss über das zukünftige Schicksal des Grossherzogtums schon erfolgt sei; er schränkte diese Aussage allerdings ein durch die Worte: soweit der Regierung bekannt ist.

Nur dieses «Nichtwissen» Bismarcks konnte den Frieden erhalten. Denn die Verhandlung hatte gezeigt «beredter und unzweideutiger als ein formeller Antrag», wie der Präsident des Reichstages sagte: wenn die Abtretung stattfände, dann würde

[195]) Reden v. Bismarck, Ges. Werke X. S. 365.

im selben Augenblick auch das deutsche Volk aufstehen, dessen nationales Empfinden sich eben hier in dem neuen Reichstag sein angemessenes und nicht misszuverstehendes Sprachorgan geschaffen hatte!

In wunderbarer Mässigung ging Bismarck gar nicht auf die gefährliche zweite Frage in der Interpellation — betreffs der weiteren Haltung der deutschen Regierung — ein. «Der Wortlaut dieses zweiten Teiles ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, solange dieselben im friedlichen Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt». Diese Verweigerung einer Antwort gab er unter ausdrücklicher Betonung des Willens ab, dass die preussische Politik die Empfindlichkeit der französischen Nation zu schonen suche — natürlich, soweit es mit der eigenen Ehre verträglich ist — und gab damit die Devise aus für den Weg seiner weiteren Politik, die ihn schliesslich nach London führen sollte.

Sehr merkwürdig mutet nach diesen Eröffnungen der Schluss der Rede an: «Die verbündeten Regierungen glauben, dass keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen imstande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen..... Sie werden sich diesen Hoffnungen um so sicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant (im Anschluss an den Passus der Frage 2: «alle Parteien werden einig zusammenstehen» etc. d. V.) vorher zu meiner Freude andeutete, dass wir durch unsere Beratungen das unerschütterliche Vertrauen, den unzerrreissbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen und unter seinen Regierungen betätigen werden».

Diese «zweifellosen Rechte» waren, wie es ganz deutlich aus der zu Anfang gemachten Erklärung Bismarcks hervorging, keineswegs juristische. Es waren Rechte, die einem, endlich zu Einigkeit und staatlicher Form zusammengefassten siegreichen Staat zustanden. Mit deutlicher Gebärde warf Bismarck diesen Trumpf aus, den sich Preussen-Deutschland unter blutigen Opfern und ohne die aktive Unterstützung Frankreichs erstritten hatte: das Recht der Gleichgeltung unter den Mächten. Aber der Weg zur Wahrung dieses Rechtes sollte nicht wiederum der Krieg sein — die einzige Frucht des Kampfes: die völlige Einheit Deutschlands, war noch nicht genügend gereift —, sondern friedliche Verhandlungen bezeichnen den Weg Bismarcks, der ihn zum Ziele führen sollte. Und dieses Ziel hiess: unbeschadet der Ehre Deutschlands eine Lösung der

Luxemburger Frage zu finden. Wie sehr allerdings der Krieg in drohende Nähe gerückt war, bewies die brüske Antwort, die dem preussischen Gesandten von Goltz zuteil wurde, als er im Auftrage seines Chefs von Herrn Moustier die Aufschiebung des Zessionsvertrages verlangte, über dessen endgültige Form in den ersten Apriltagen Verhandlungen zwischen Paris und dem Haag schwebten. Moustier antwortete: «que tout était fini, et que rien ne nous ferait reculer d'un pas, quelles que dussent être les conséquences...».[196])

Unter dem Eindruck solcher Sprache Frankreichs, die, wie wir sahen, ja auch in Berlin und im Haag gesprochen wurde, kam Goltz zu der Ansicht, dass man es in Paris auf den Krieg ankommen lassen wolle.

Unter dem Druck dieser unnachgiebigen Haltung musste es Bismarck daran gelegen sein, die Stellung Preussens zu verstärken. Das geschah ebenso um den Krieg zu verhindern — denn nur die Ueberzeugung, einem übermächtigen Feind gegenüberzustehen, konnte Frankreich vom Kriege fernhalten —, wie auch um einen eventuellen Konflikt zu einem glücklichen Ende zu bringen. Bismarcks Abneigung gegen den Krieg ging nicht nur von realpolitischen Ueberlegungen aus, sondern wuchs auch aus der grossen Verantwortung, der er sich unterwerfen musste. So drückte er sich im Juni 1867 gegen Loë persönlich aus[197]): «Kriegsscheu bin ich nie, wenn ich die Notwendigkeit... erkenne, Krieg zu führen... Eine andre Möglichkeit, die jahrhundertealten Konflikte mit Oesterreich zu lösen, gab es nicht. Nachdem dies aber geschehen, wurde der Frieden ein ebenso unbedingtes Erfordernis. Denn ich kann nicht, nur weil Frankreich schwach ist, zu einem Kriege raten. Niemals werde ich zum Kriege herausfordern, weil wir die Stärkeren sind, und um die Gelegenheit zu benutzen, einen späteren Krieg vielleicht zu vermeiden. Ich trage dem Könige, dem Vaterlande und Gott gegenüber die Verantwortung für die schweren Opfer, die jeder Krieg dem Lande auferlegt».

Die beste Waffe g e g e n den Krieg war die Stärke der politischen Situation. So entfaltet Bismarck auf breitester Basis eine diplomatische Tätigkeit an den Höfen aller Mächte. Nach München telegraphierte er, dass man mit Unterstützung Hohenlohes erfahren solle, unter welchen Umständen Oesterreich ein Bündnis mit Preussen-Deutschland schliessen würde[198]).

---

[196]) Origines XV, S. 211. Moustier an Benedetti, 31. III. 4509.

[197]) Frhr. v. Loë: «Erinnerungen aus meinem Berufsleben». Stuttg.-Leipz. 06, S. 135. — Weitere Aeusserungen oder Darstellungen über die Stellung Bismarcks zum Kriege finden sich in den «Gedanken und Erinnerungen II», S. 51—56; in Keudell «Fürst und Fürstin Bismarck», S. 366 und in: Matschoss' «Kriegsgefahr von 1867», S. 147 ff.

[198]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 734, S. 330. an Werthern in München, 2. IV. 1867.

An Bernstorff in London erging die Weisung: «Knüpfen Sie an frühere Besprechungen an, um zu konstatieren, wie weit wir auf England zu zählen haben, wenn wir durch Ablehnung eines Bündnisses mit Frankreich, mit diesem zum Kriege kommen sollten. Sondieren Sie und bei günstigem Terrain wirken Sie dahin, dass England die Garantie des Vertrages von 1839 im Haag und in Paris zur Sprache bringe. Für den Fall, dass dies gelingt, hat Oubril (der russische Botschafter, d. V.) gesagt, Russland sei bereit sich anzuschliessen»[199]).

Die Haltung der beiden Mächte musste aber Bismarck enttäuschen. Der Zar und sein Ministerpräsident versprachen sich von direkten Vorstellungen und Verhandlungen im Haag — wie sie Bismarck zur Erhaltung des Friedens angeregt hatte — nichts. Russland zog es vor, die englische Regierung zum Eingreifen zu bewegen[200]). Dennoch ist in der Anweisung an den russischen Botschafter in London, von Brunnow, der Beginn der russischen Aktion zu sehen, die später auf der Londoner Konferenz zur völligen Beilegung der Angelegenheit führte.

Am meisten aber bestimmte die zurückhaltende Art der englischen Politik den preussischen Ministerpräsidenten dahin «...dass der Krieg, bei dem wir nichts zu gewinnen haben, j e d e n f a l l s vermieden wird»[201]).

Das soll nicht heissen, dass Bismarck vor dem Krieg als letzter Notwendigkeit zurückgeschreckt wäre. Das geht deutlich aus seinen Worten hervor, die er ebenfalls am 2. IV. an den Gesandten in London richtete[202]): «Es handelt sich für uns nicht mehr um das einzelne Objekt Luxemburg, welches von verhältnismässig geringem Werte sein würde, sondern um unsere Stellung zu Deutschland und zu dessen nationalem Ehrgefühl. Ob Luxemburg an sich selbst einen Krieg wert ist, darauf kommt es nicht an, unsere Stellung in Deutschland ist uns auch die Gefahr eines grossen Krieges wert, bei welchem dann freilich auch das übrige Europa in Mitleidenschaft gezogen werden kann».

An Hohenlohe liess er vertraulich mitteilen[203]): «Nach Stand der Dinge in Deutschland müssen wir meines Erachtens eher den Krieg wagen, so wenig auch das Objekt Luxemburg an sich des Kriegs wert ist. Die Auffassung der Sache in der Nation, deren Ehrgefühl ins Spiel gezogen, ist das entscheidende. Jedenfalls sollten wir beide den günstigen Einfluss des Inzidenzfalls auf Konsolidierung der nationalen Sache nach Kräften ausbeuten...». Bekanntlich versuchte Bismarck im

[199]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 735, S. 330, 2. IV. 1867, s. a.: Oncken II, S. 275, Anm.

[200]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, Vorbem. zu N° 737, S. 332.

[201]) Oncken II, S. 275, Anm.; an Bernstorff/London, 3. IV.

[202]) Oncken II, S. 275, Anm.: an Bernstorff/London, 2. IV.

[203]) «Denkwürdigkeiten» von Hohenlohe I, S. 224. Stuttg. 1906.

Laufe des April (14-20.) unter Vermittlung Hohenlohes durch die «Mission Tauffkirchen» eine bündnismässige Verbindung mit Oesterreich herzustellen. Dieses Unternehmen — dem kein Erfolg vergönnt war — zeigte, wie Bismarck, durch aussenpolitische Gefahren nicht eingeschüchtert und gehemmt, sondern zu einer weitgehenden Entfaltung seiner politischen Tätigkeit getrieben wurde.

Die nationale Erregung, die durch die Luxemburger Angelegenheit hervorgerufen worden war, gebrauchte er, um die deutsche Entwickelung ein grosses Stück voran zu stossen. Auch das Werk der norddeutschen Bundesverfassung gedieh unter dem Druck der aussenpolitischen Fragen zu schnellerem Abschluss [204]).

Eine wenigstens vorläufige Entscheidung in der Luxemburger Angelegenheit fiel im Haag. Die Verhandlungen zwischen Paris und dem Haag hatten zur Annahme eines bestimmten Vertragsentwurfes geführt, dessen einer Artikel auf den Wunsch der niederländischen Regierung ausdrücklich so gefasst wurde: «La situation nouvelle du Grand-Duché dans ses rapports avec l'Allemagne fera, s'il y a lieu, l'objet d'une entente directe entre la France et la Prusse».[205])

Im Haag aber blieb der Vertrag unerledigt liegen, da die Zustimmung Preussens eine unsichere geworden war und die Abwesenheit Tornacos jeden Abschluss unmöglich machte.

Bismarck gebrauchte auch seinerseits die Mittel schärfsten Druckes, um eine Entscheidung im Haag zu verhindern. Von Russland und England in der Hoffnung auf Beilegung des Konfliktes getäuscht, musste er sich selbst zu einem energischen Vorgehen im Haag entschliessen. So telegraphierte er an Perponcher, der um Abratung von der Zession gebeten hatte, da am 4. April doch endlich Tornaco erwartet wurde [206]):

«Rathen Sie sofort auf das Dringendste ab. Der Krieg würde nach der Aufregung der öffentlichen Meinung kaum zu verhüten sein, wenn die Sache vor sich ginge». Und einige Stunden später [207]) (in bezug auf das letzte Telegramm):

«...können Ew. pp. mündlich äussern, dass, wenn es zum Kriege kommt, die öffentliche Meinung und wir mit ihr die Niederlande in erster Linie als verantwortlich dafür ansehn würden». Damit war die Verantwortung, der sich der holländische König unter den grössten Mühen hatte entziehen wollen, doch wieder auf ihn geworfen und das politische Ballspiel zwischen dem

[204]) Thimme in: Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 356, Vorbem. zu N° 761.

[205]) Origines XV, S. 225. Baudin an Moustier, 1. IV.

[206]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 738, S. 332, 3. IV. Bismarck an Perponcher.

[207]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, N° 742, S. 334, 3. IV. Bismarck an Perponcher.

Haag und Berlin hatte ein Ende gefunden. Die Pression, die Bismarck ausübte, zeitigte auch sofortigen Erfolg. Holland lenkte ein und teilte mit, dass es sich von dem Unternehmen zurückziehe. Zuylen telegraphierte nach Berlin: «Nous n'avons jamais admis la combinaison éventuelle que comme une combinaison de paix et de bonne entente pour laquelle l'adhésion de la Prusse était avant tout nécessaire [208]) ».

Um mit Goltz zu sprechen: «Sie (die franz. Regierung, d. V.) kann sich nicht verhehlen, dass, wenn der König-Grossherzog jetzt von dem Geschäft zurücktritt, er dies deshalb tut, weil er mit Recht vor Preussen mehr Furcht hat als vor Frankreich...» [209]).

Damit war die Luxemburger Frage im Grunde ihrem Ende entgegengeführt [210]). Frankreich hatte das Spiel verloren!

Im Folgenden seien nur mehr die Wirkungen der gefallenen Entscheidung dargetan, die ja letzten Endes die gütliche Beilegung des Konfliktes auf der Londoner Konferenz herbeiführte. Sofort nachdem der Druck auf die niederländische Regierung in der luxemburgischen Frage zum Erfolg geführt hatte, wechselte Bismarck seine Haltung und zeigte in der noch immer schwebenden Limburgischen Angelegenheit grösstes Entgegenkommen. Indem er der Regierung im Haag den völligen Verzicht Preussens auf dieses ehemalige Bundesland erklären liess, führte er diese Frage — durch die so leicht Verwirrung in die holländisch-deutschen Beziehungen kam —, einer endgültigen Erledigung entgegen.

In den ersten Apriltagen schien in Paris die Parole von Regierungsseite ausgegeben worden zu sein, in der offiziellen Presse («Constitutional»-«Moniteur») so zu schreiben, als ob Frankreich in der Rede Bismarcks vom 1. IV. einen Beweis der Nachgiebigkeit fände. Auch Napoleon gab Goltz gegenüber seiner Befriedigung Ausdruck über die massvollen Worte Bismarcks [211]). Im übrigen gab man vor, ganz auf dem Wege, der durch die Anweisungen Bismarcks angedeutet war, gegangen zu sein [212]). Moustier wiederholte immer wieder, dass die französische Regierung völlig bona fide gehandelt zu haben glaubte. Indem Goltz die in dem Bericht Bismarcks vom 6. IV. [213]) angeführten Tatsachen mitteilte, konnte es ihm nicht schwer fallen, das Gegenteil zu beweisen. Bereits am 31. III.

---

[208]) Zitiert nach Oncken II, S. 280, Fussnote.

[209]) Oncken II, S. 287. Goltz an Bismarck, 5. IV. 67.

[210]) Vgl. d. schon früher angeführten grossen Ueberblick aus der Feder Bismarcks in Form eines Berichtes an Goltz; besonders über die «zweite Epoche» nach der Abreise Benedettis nach Paris am 20. 3.; s.: Oncken II, S. 293 ff.

[211]) Oncken II, S. 276. Goltz an Bismarck, 2. IV. 67.

[212]) Radowitz, «Tagebuch», 4. IV. 1867.

[213]) Oncken II, S. 293.

hatte der preussische Botschafter eine erregte Aussprache mit Moustier gehabt, der nun eine ebensolche zwischen Bismarck und Benedetti folgte. Bismarck nahm zum Anlass, dass Benedetti ihm nie Genaueres über die schwebenden Verhandlungen im Haag mitgeteilt habe; er habe ihm bloss gesagt: «Qu'on a mis les fers au feu à la Haye». Das wäre zu wenig gewesen, um die verhängnisvollen Folgen der Politik im Haag zu verhindern. Die Vorwürfe an die Adresse Benedettis waren diesmal vielleicht nicht richtig, denn es war die Schuld Moustiers, wenn der französische Botschafter im Glauben gewesen war, die Abtretung sei bereits eine geschehene Sache. Trotzdem gab man sich in Paris dem Gefühl hin, in eine Falle gegangen zu sein[214]). Gegen Sybel sprach sich Napoleon III. später aus: «Bismarck hat mich zu dupiren gestrebt, ein Kaiser der Franzosen darf sich nicht dupiren lassen»[215]).

Benedetti bemerkte in Berlin: «Bismarck hat höllisch mit mir gespielt; es bleibt mir nichts anderes als der Krieg oder Abdankung von meinem Posten»[216]). Um die eigene Niederlage zu vertuschen, suchte man Sündenböcke; aber wie üblich fand man sie nicht im eigenen Lager. Nicht Benedetti wurde die Verantwortung aufgebürdet, der doch eben mit sich hatte spielen lassen, da er selbst zu spielen meinte — nein. Moustier erregte sich über die Belgier, durch welche die Angelegenheit in die Oeffentlichkeit gekommen sei.[217]) Andererseits fuhr Moustier in der Politik «Optimismus um jeden Preis» fort.

Es dauerte bis zur Mitte des Monats, bis die Franzosen begriffen hatten, dass sie endgültig und unwiderruflich um den Preis langer Mühen «betrogen» waren. Noch am 10. IV. drückte sich Moustier wie folgt aus: dass er eine Beratung der Mächte keineswegs herbeizuführen, vielmehr die Angelegenheit vorläufig ruhen zu lassen wünsche und vertrauensvoll die Initiative der königlichen Regierung hinsichtlich des Zeitpunktes und der Modalitäten einer Wiederaufnahme abzuwarten beabsichtige.

Diese Stimmungsmache in den offiziellen Kreisen erklärt sich aus der bedrohlichen Lage, die sich aus dem Verhältnis des Kaisers zur öffentlichen Meinung ergab. Wie an früherer Stelle mitgeteilt, erwog man ganz offen den «Wechsel des Systems». Baron Heekeren, der sich nachher um die Beilegung

---

[214]) So schon Moustier gegen Goltz am 13. III. Origines XV, 4509, S. 211.

[215]) Sybel a. a. O., Bd. VI, S. 119.

[216]) Radowitz, Tagebuch, 20. IV. 1867.

[217]) Es ist nicht zu erkennen, durch was der Vorwurf gerechtfertigt war. Die Möglichkeit auszuplaudern resultierte wohl aus der Tatsache, dass die meist unchiffrierten Telegramme zwischen Luxemburg und dem Haag belgisches Gebiet durchliefen und man in Brüssel an der luxemburgischen Angelegenheit in der Hoffnung, das Land bei dieser Gelegenheit zu gewinnen, äusserst interessiert war.

der Angelegenheit Verdienste erwarb, drückte sich unter dem Einflusse der ersten deprimierenden Nachrichten so aus:[218])

«Si nous n'aurons pas le Luxembourg et l'Empereur ne fait pas la guerre, les militaires le chasseront comme Couca»[219]).

Gerüchte aufregendster Art — die allerdings der Unterlage entbehrten — charakterisierten die Lage[220]): In Paris sei ein Volksaufstand ausgebrochen, Napoleon sei erschossen oder wenigstens verwundet, die (tatsächlich herrschenden) Streiks hätten einen solchen Umfang angenommen, dass der Thron des Kaisers ernstlich gefährdet sei, etc. Diese Gerüchte nahmen wahrscheinlich von der Börse ihren Ursprung, wo katastrophale Kursstürze die Gemüter erregten.

Was nun die Möglichkeit «Krieg oder Nichtkrieg» anbelangte, so waren in Frankreich nicht minder wie in Preussen die Ansichten geteilt. Goltz schilderte den Kaiser als friedliebend, und hatte den Eindruck — wie er am 2. IV. mitteilte — dass der Kaiser den Krieg dringend zu vermeiden wünsche, aber nicht wusste, wie er dies tun sollte, ohne eine neue schwere Niederlage zu erleiden. «Der Kaiser versicherte mir, dass er ...die Gefahren eines Krieges gegen Preussen und ganz Deutschland nicht unterschätze. Aber ich möge ihm nur einen Ausweg angeben, um aus der Sache mit Ehren herauszukommen!»[221])

In Benedetti und in Moustier dagegen vermutete Goltz diejenigen, welche zum Kriege trieben — weil sie darin das einzige Mittel sahen, die Dynastie zu retten und deshalb den Kaiser in eine Lage zu bringen suchten, in der er dem Krieg mit Ehren nicht ausweichen konnte[222]). Deshalb wurde er in seinen Illusionen bestärkt und in der Angelegenheit rücksichtslos vorwärts getrieben. An anderer Stelle kritisierte Goltz ebenfalls die Tendenz Benedettis: «...entweder einen bedeutenden Erfolg zu erlangen oder schlimmstenfalls den Nichterfolg durch einen dem bösen Willen Preussens zur Last zu legenden Bruch zu verdecken»[223]).

Vor den energischen Erklärungen Bismarcks musste aber Moustier doch zurückweichen. So sagte er zu Goltz, dass man sich von der Leidenschaft habe zuweit fortreissen lassen und jetzt der Stimme der Vernunft Gehör geben müsse.[224])

Konnte aber solcher Vernunftschluss nicht auch schliesslich zu dem Entschluss des Krieges gelangen nach dem Wort: «bellum ultima ratio regum»? Denn schwer war ohne Zweifel

---

[218]) Radowitz, Tagebuch. 4. IV. 1867.

[219]) C., Fürst der Moldau, war grade durch eine Militärrevolte abgesetzt worden.

[220]) Bernhardi, a. a. O., Bd. VII, S. 356.

[221]) Oncken II, S. 278. Goltz an Bismarck, 2. IV. 67.

[222]) Oncken II, S. 267. Goltz an Bismarck, 30. III. 67.

[223]) Oncken II, S. 308, Fussnote.

[224]) Radowitz, «Tagebuch».

die Niederlage, die Frankreich erlitten hatte. Sie war umso schwerwiegender, als Frankreich sich bereits im sicheren Besitz Luxemburgs geglaubt hatte.

Am 2. IV. — also offenbar noch nicht im Verständnis der Wendung, die sich am 1. IV. angebahnt hatte — begab sich nämlich ein neuer französischer Emissär, M. de Boigne, früherer hoher Beamter der Société de l'Est, momentan Funktionär des Pariser Innenministeriums, nach Luxemburg, bevollmächtigt durch einen Brief des französischen Unterstaatssekretärs Saint-Paul.[225]) «Maintenant que la cession du Grand-Duché à Sa Majesté l'Empereur des Français est un fait acquis, je vous prie de vous occuper sans retard avec vos amis de tout ce qui pourrait intéresser le commerce et l'industrie du pays». Der Prinz-Statthalter lies die Unrichtigkeit der von dem Agenten vorgegebenen Tatsachen sofort amtlich feststellen. Herr de Boigne wurde dann vor den Magistrat befohlen, der ihm jede weitere Tätigkeit verbot; aber erst Mitte des Monats kehrte er nach Frankreich zurück. Eigentlich nur einen Tag — nämlich vom 2. auf den 3. IV. hatte er mit einem gewissen Recht sein Amt ausüben dürfen. Am 3. IV. bereits war durch die Erklärung des holländischen Königs die Möglichkeit der Zession Luxemburgs an Frankreich zerstört.

Bei einer solchen Enttäuschung war jedenfalls mit dem Ausbruch eines Krieges zu rechnen. Ueber einen Monat lang wurde Europa von der Gefahr des Krieges bedroht. Aber die Entscheidung über die Frage «Krieg oder Nicht-Krieg» ist wohl in den bereits früher angedeuteten militärischen Zuständen Frankreichs eingeschlossen. Nach den Berichten Loës und anderer musste man von der Unzulänglichkeit der französischen Heereszustände mehr oder minder überzeugt sein. Auch konnte die persönliche Abgeneigtheit des Kaisers, welche aus seinem ganzen Wesen wie aus seiner Krankheit sich ableitete, seit dem vorigen Jahre nicht geringer geworden sein. Zu einer furchtbaren Feuerprobe, in der seine Herrschaft sich v i e l l e i c h t neu zu erhärten vermochte, konnte er sich keineswegs bereit finden.

Wohl schwebte fast einen Monat die Kriegsgefahr über Europa, aber Bismarck liess sich aus uns ebenfalls bekannten Gründen angelegen sein, Napoleon goldene Brücken zu bauen, damit dieser «mit Ehren herauskomme».

---

[225]) Servais, a. a. O., S. 110.

VI. KAPITEL.

Die internationale Lösung.

Nachdem Bismarck früher nur an die preussischen Missionen an den Höfen aufklärende Schreiben zur Uebermittelung an die Mächte hatte senden lassen, begann er seine umfassende politische Aktion am 2. IV., indem er England und Russland als Unterzeichner des Vertrages von 1839 anrief und zur Intervention im Haag wie in Luxemburg zu bewegen suchte, wobei er in London auf den engen Zusammenhang der Luxemburger Frage mit der belgischen Frage aufmerksam machen liess [226].

Durch die Anrufung der Mächte war also eine internationale Lösung auf das Programm gesetzt. Diese Lösung ist keineswegs ohne Vorgeschichte. An anderer Stelle wurde bereits gesagt, dass diese nun in Angriff genommene Lösung wie ein Keim eigentlich in allen Bismarckschen Vorschlägen enthalten war, besonders da er auf die Schleifung der Festung bestand.

Auch bei Goltz finden wir frühzeitig den Gedanken einer Konferenz; am 30. III. schrieb Goltz seinem Chef [227]: Es «bliebe noch übrig, die Grossmächte vertraulich zu veranlassen, eine Konferenz zur Prüfung der Frage vorzuschlagen und dem Kaiser... in diesem Sinne freundschaftliche, aber eindringliche Vorstellungen zu machen.»

Noch früher allerdings finden wir die Idee bei dem Prinzen-Statthalter von Luxemburg.[228]) Bereits am 22. III. teilte Prinz Heinrich den detaillierten Plan einer friedlichen Lösung und Neutralisierung sämtlichen Mitgliedern der luxemburgischen Regierung mit. Diese Regierung jedoch fand es am gefahrlosesten — zu schweigen; somit blieb der Anregung jegliche Wirkung versagt.

Später sandte der Prinz einen gleichlautenden Vorschlag durch seine Schwester (Grossherzogin von Weimar) dem preussischen König.

Schon damals (5. IV.) antwortete König Wilhelm von Preussen, «dass die Neutralitätsidée erst aufgenommen werden könnte, wenn der Friede gesichert ist, dass ich aber vorschlüge, dass diese Idée u n s von Holland gemacht würde, und nicht umgekehrt»[229]).

Am deutlichsten zeugte für die Bismarcksche Bereitschaft seine Rede vom 1. IV., in der er offen «von dem Weg friedlicher

---

[226]) Oncken II, S. 275, Fussnote.

[227]) Oncken II, S. 268.

[228]) Servais, a. a. O., S. 114 ff.

[229]) Matschoss, a. a. O., S. 161.

Verhandlungen» gesprochen hatte. Gegen Mitte April machten sich die ersten Folgen des Schrittes bei den Mächten geltend: es lief die Nachricht ein, dass Russland als Mitunterzeichner des Vertrages von 1839 bereit sei, auf Wunsch Preussens einzuschreiten[230]). Am 13. IV. meldete Reuss aus Petersburg, Gortschakoff sei bemüht einen Ausgleich zu finden, der auch Frankreich halbwegs befriedigen könne: Ob Preussen bereit sei die Garnison herauszuziehen, wenn der König der Niederlande oder sein Bruder im Besitz der Souveränität verbliebe?[231]) In der gleichen Zeit bemühte sich auch England in Paris um die Herstellung eines Ausgleiches. Lord Cowley, der dortige englische Gesandte, konnte sich dabei der Unterstützung des Kaisers erfreuen, der ihn um Rat frug. Bei der Unterhaltung mit Goltz meinte Cowley, dass der Friede durch einen Kompromiss etwa auf der Grundlage der Neutralisation des Grossherzogtums unter der bisherigen Souveränität dauernd gesichert werden könne. Bismarck war — wie aus einem Bericht an den Gesandten in München hervorgeht — bereit, die Konferenz auf solcher Basis anzunehmen. Wie er das Verfassungswerk durch den aussenpolitischen Druck in ein Stadium der Reife herübergeführt hatte, so arbeitete er — wie schon bemerkt — auch zu gleicher Zeit an dem Ausbau der Beziehungen des neuen Bundes zu Süddeutschland und Oesterreich. In einem Erlass an die Missionen an den deutschen Höfen heisst es: Wohl aber fühlen wir die Verpflichtung und glauben, dass sie allen deutschen Regirungen gleich obliegt, dem nationalen Selbstgefühle Deutschlands in dem Masse, in dem es vorhanden ist, genug zu tun. Fühlt ein Volk seine Ehre verletzt, so i s t dieselbe verletzt, und muss demgemäss gehandelt werden; Nationalgefühl und nationale Ehre sind Potenzen, die sich nicht logistisch bemessen lassen. Werden wir in Vertretung eines solchen Gefühls dazu genötigt, die Selbständigkeit eines deutschen Landes zu verteidigen, so tritt damit recht eigentlich der casus foederis der Bündnisverträge ein»[232]).

Das war hauptsächlich in Bezug auf Bayern gesagt, wo die Stellung Hohenlohes durch die Kriegsgefahr etwas erschüttert schien und keine volle Klarheit über das Wesen der eingegangenen Verträge herrschte. Zu gleicher Zeit aber teilte Bismarck die bayerische Abneigung, Luxemburgs wegen in einen Krieg zu ziehen. So schrieb er — indem er die Annahme einer Konferenz zusicherte —, dass Preussen die bayrischen Wünsche für den Frieden durchaus teile. Ihm war der «Krieg nur das

[230]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 348, N° 754, Vorbem.

[231]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 359, N° 763, Vorbem.

[232]) Bismarck, Gesammlte Werke VI, N° 756, S. 350/1. Runderlass an die Missionen an den deutschen Höfen vom 12. IV.

Mittel, und zwar das letzte, zur Wahrung der nationalen Würde und der berechtigten Stellung Deutschlands»[233]).

Die grösste Anstrengung, sich durch eine Vermittelung Verdienste um den Frieden Europas zu erwerben, machte Oesterreich. Beust liess bereits am 8. IV. seinem Pariser Botschafter Metternich ein Schreiben zugehen, in dem er mitteilte, dass er aus Aeusserungen Grammonts — des französischen Botschafters in Wien — entnehme, dass eine österreichische Vermittelung in Paris gerne gesehen würde[234]). Der Vermittelungsvorschlag sollte auf einer der folgenden beiden Basen aufgebaut werden:

1) Luxemburg würde bei Holland bleiben und Preussen die Festung räumen, indem es auf das Grossherzogtum verzichtet.

2) Luxemburg würde mit Belgien vereinigt, welches im Austauschwege einen Streifen Landes an Frankreich überlassen würde, die kleinen Festungen einbegriffen, welche im Jahre 1814 Frankreich gelassen, ihm aber 1815 wieder genommen worden waren.

Obwohl Bismarck in diesem Vorschlag ein unter Umständen fruchtbares und praktisches Auskunftsmittel sah, war ihm doch keine Wirkung vergönnt. Nach dem Scheitern der Mission Tauffkirchen fühlte Bismarck sich nicht veranlasst, die Pläne Beusts zu unterstützen, umsomehr er eigentlich gegen eine Abtretung Luxemburgs an Belgien war. Ende April jedenfalls liess man auch von österreichischer Seite den Vorschlag fallen.

Mitte des Monats machte sich überhaupt eine gewisse Beruhigung bemerkbar, die ihren Ausdruck in der Reise Bismarcks nach Pommern fand, wo er das Gut Varzin kaufte (18.-24. IV.).

In dieser Zeit trat wieder die russische Vermittlung in den Vordergrund. Am Tage seiner Abreise schickte Bismarck einen Bericht an den preussischen Gesandten in St. Petersburg, Prinz Reuss. Bismarck rückte die Notwendigkeit einer Sicherung gegen die französische Begehrlichkeit in den Mittelpunkt seiner Darlegungen. «Die Gefahr für den Frieden liegt nicht in dem Werte Luxemburgs für Frankreich oder für den Kaiser, sondern in der Nachgiebigkeit des letzteren gegen die begehrlichen Leidenschaften des französischen Volkes und in seinem Bedürfnis, die inneren Schwierigkeiten durch äussere Erfolge zu überwinden»[235]). Indem Bismarck feststellte, dass diese Gefahr durch eine Gesamtverbürgung der Neutralität Luxemburgs durch die Mächte verhindert würde, da Preussen der Frage dann nicht

---

[233]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 351, Fussnote 4. Bismarck an Werthern-München am 29. IV.

[234])Oncken II, S. 301. Beust an Metternich, 8. IV.; s. a.: Beust «Aus dreiviertel Jahrhunderten».

[235]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, No 763, S. 360. Bismarck an Reuss, 18. IV. 67.

wieder isoliert gegenüberstände, wurde von seiner Seite zum ersten Male deutlich ein Vorschlag zur endgültigen internationalen Lösung der Frage gemacht.

So ging der Gedanke einer Konferenz mehr und mehr der Verwirklichung entgegen. Am 27. teilte Bismarck den Missionen in den Hauptstädten der Mächte mit, dass das französische Kabinett dem Fürsten Metternich erklärt habe, die Konferenz auf der Basis der Neutralisierung Luxemburgs anzunehmen; Preussen — so fügte er hinzu — hätte die gleiche Erklärung abgegeben und sich bereit erklärt, auf Räumung und Schleifung der Festung einzugehen, wenn die Konferenz als E r g e b n i s ihrer Beratungen einen dahingehenden Wunsch ausspräche und gleichzeitig die Mächte eine Gesamtbürgschaft gleich wie bei der Garantie der belgischen Neutralität leisteten [236]).

Diese Lösung zog Bismarck einer Abtretung an Belgien vor. Allerdings schien es im letzten Augenblick noch so, als solle die Konferenz an dem Mangel einer gemeinsamen Basis scheitern. Bismarck hatte ausdrücklich betont, dass Preussen sich zu einer Annahme einer bestimmten Lösung im V o r a u s nicht verstehen, sondern eine solche erst als Endergebnis der Konferenz anerkennen und annehmen könne! Eine Zusicherung pränumerando wäre als Nachgiebigkeit gegen Frankreichs Begehrlichkeit aufgefasst worden, was Bismarck in Hinsicht auf das erregte deutsche Nationalgefühl unbedingt vermeiden musste. In einem langen Schreiben an den Gesandten Bernstorff in London präzisierte Bismarck die Gedanken, mit denen Preussen die Konferenz — zu deren Zusammenberufung nach London sich die englische Regierung bereit erklärt hatte — annahm [237]): «Wir treten in die Verhandlungen aber nicht allein in unserm eigenen Namen und als Mitunterzeichner jener Verträge (von 1839 d. V.), sondern zugleich als Vertreter der Rechte unserer deutschen Bundesgenossen ein, welche zu wahren wir durch unsere politische und nationale Stellung berufen sind. Das Grossherzogtum Luxemburg ist unbestritten ein Teil von Deutschland. Wie es zum Deutschen Reiche gehört hat, so wurde es durch das natürliche Anerkenntnis dieser seiner Zugehörigkeit ein Bestandteil des Deutschen Bundes; seine Nationalität, seine Sprache, seine Bevölkerung sind deutsch. Mit der Auflösung des Deutschen Bundes sind zwar die Formen aufgehoben, unter welchen bis dahin die Verfassung der deutschen Nation sich darstellte, nicht aber die nationalen Beziehungen selbst. Wenn die deutsche Nation infolge der Ereignisse des vergangenen Jahres sich eine andere Organisation zu geben bemüht ist, so wäre dieselbe ohne Zweifel berechtigt, die Stelle, welche

---

[236]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 365, No 767: an die Missionen bei den Mächten, 27. IV.

[237]) Bismarck, Gesammelte Werke VI, S. 377 ff., No 782. Bismarck an Bernstorff, 3. V. 67.

Luxemburg in der Neugestaltung Deutschlands einnehmen könnte, in Gemeinschaft mit dem Souverän dieses Landes ohne Einmischung fremder Völker zu regeln und diese Frage als eine innre deutsche Angelegenheit zu behandeln. Die Festung Luxemburg bildete ferner ein wesentliches Glied in dem Verteidigungssystem Deutschlands. Gerade damit sie diesen Zweck vollständig erfüllen könne, ist das Besatzungsrecht derselben an Preussen gegeben und durch direkte Verträge zwischen Preussen und dem Landesherrn festgestellt worden. Dies Verhältnis ist bei den Verträgen von 1839 intakt geblieben, wie es durch die Verträge von 1815 begründet und unter europäische Sanktion gestellt worden war. Die beabsichtigte Erwerbung Luxemburgs durch Frankreich würde sowohl jene nationale Zusammengehörigkeit, wie dieses ...Verteidigungssystem... zerrissen haben, ohne Deutschland irgendein Aequivalent dafür zu bieten... So ist jene französische Absicht zu einer drohenden Gefahr für den europäischen Frieden geworden... Zur Beseitigung dieser Kriegsgefahr und als Mittel zugleich zur Verhütung künftiger Differenzen ist die Neutralisation des Grossherzogtums unter Beibehaltung seiner Selbständigkeit vorgeschlagen. Die Neutralisierung Luxemburgs involviert für uns den Verzicht auf das Besatzungsrecht... Es ist daher eine bedeutende Konzession, welche von uns gefordert wird. Wir wollen die strenge Rechtsfrage über die Fortdauer unserer Verträge mit dem König-Grossherzog über das Besatzungsrecht nicht auf der Konferenz zur Erörterung bringen... Jedenfalls aber besteht die materielle und politische Grundlage dieses Rechts unbezweifelt fort und macht die Stellung Luxemburgs für uns zu einer Frage der nationalen Würde und der realen Sicherheit. Von beiden Gesichtspunkten aus können wir die erwähnte Konzession nur gewähren, wenn uns durch eine europäische Verbürgung der Neutralität des Grossherzogtums ein Aequivalent geboten wird, in welchem wir eine ähnliche Sicherung der deutschen Grenzen wie durch die Festung und eine Gewähr dafür erblicken dürfen, dass Land und Festung nicht durch Einverleibung in Frankreich zu einem Gliede in ein möglicherweise offensives fremdes militärisches System gemacht werden... Die ausdrückliche und bestimmte Feststellung dieser Garantie (der Mächte d. V.) ist aber die unerlässliche Vorbedingung für diesen Verzicht, welchen wir nur bei einem solchen Ersatz... vor der Nation rechtfertigen können».

Nachdem Bismarck sich für die Aufrechterhaltung der Verbindung Luxemburgs mit dem Zollverein eingesetzt hatte, schloss er:

«Ich resümiere den Standpunkt der Königlichen Regierung dahin: wir können einem Ergebnis der Konferenz zustimmen, welches die Selbständigkeit und Neutralität des Grossherzogtums ausspricht und dieselbe unter die Bürgschaft der europäischen Grossmächte stellt; und können infolge dieser Ga-

rantie auf unser Besatzungsrecht der Stadt, welche dann auf hören würde, eine Festung zu sein, verzichten».

Bismarck handelte in der richtigen Empfindung einer Bedrohung, wenn er darauf bestand, dass Deutschland nach der Aufgabe der Festung einer gleichwertigen Sicherung bedurfte. Seit Mitte April verstärkten sich die französischen Kriegsrüstungen; Frankreich belastete somit die schon herrschende diplomatische Spannung ausserordentlich. Goltz musste immer wieder auf die militärischen Verstärkungen hinweisen, die Frankreich zusammenzog. Seine gewiss nicht übertriebenen Berichte — lag doch niemandem mehr an guten Beziehungen Preussens zum Hofe der Tuilerien als ihm — wurden ergänzt und oft besorgniserregend verstärkt durch die Nachrichten aus der Feder von Loë. Zu gleicher Zeit unternahm Frankreich in Wien einen diplomatischen Vorstoss und bot ein Bündnis an mit dem Ziel, Oesterreich die Herstellung der Hegemonie in Deutschland und sich selbst das linke Rheinufer zu sichern [238]).

Wenn auch Bismarck von dieser Seite der Angelegenheit keine Kenntnis haben konnte, so reagierte er doch auf die steigende militärische Bedrohung im Sinne eines langsamen Nachgebens, indem er die Basis der Verzichtleistung auf das Garnisonsrecht preussischerseits und Aufgabe der Zession französischerseits im V o r a u s annahm.

So konnte die Konferenz am 7. V. in London zusammentreten, nachdem die anderen Regierungen ihre Zustimmung erteilt hatten. Durch die Unklarheiten der englischen Vorschläge entstanden noch Schwierigkeiten, deren Beseitigung aber hier keiner genaueren Untersuchung unterworfen werden soll [239]), da eigentliche Spannungen zwischen Frankreich und Preussen nicht mehr eintraten, sondern die Schwierigkeiten viel mehr aus der Form der Neutralität sich ergaben. Wir wollen hier aber eine Analyse der einzelnen Bestimmungen folgen lassen, wie sie durch den Vertrag vom 11. Mai 1867 in das Völkerrecht übergegangen sind.

Artikel 1 enthielt eine Bestätigung des Wiener Vertrages (Art. 67): der König von Holland in seiner ebenfalls vertraglich festgelegten Stellung bleibt als Oberhaupt des Hauses Oranien-Nassau, Grossherzog von Luxemburg. Servais sowohl wie Loutsch [240]) betonen, dass dieser Paragraph die Unveräusserlichkeit [241]) des Landes durch seinen (vertragsmässig bestimmten)

---

[238]) Oncken II, S. 361 ff.

[239]) Die Protokolle der Konferenz im «Staatsarchiv XIII», S. 1—15; Weiteres über die Konferenz in: Servais a. a. O., S. 142 ff.; und Hamstra a. a. O., S. 50 ff.

[240]) H. Loutsch: «Für die Heimat» Luxemburg 1919, S. 32.

[241]) Siehe auch die neueingefügte Verfassungsbestimmung (Art. 1: Le Grand-Duché de Luxembourg forme un Etat indépendant, indivisible et inaliénable et perpétuellement neutre).

Souverän bedeutete. Es wäre damit also eine wohl einzig dastehende Regelung getroffen, einen Staat international gegen Verlust seiner Staatlichkeit durch Veräusserung oder Abtretung zu schützen! Auch für den Fall, dass der obengenannte Herrscher sterben sollte ohne männliche Erben zu hinterlassen, wurde — wiederum in Bekräftigung der früheren Verträge von 1815 und 1839 — das Recht der Agnaten vertraglich gesichert. Wie bekannt, wurde Luxemburg von Holland im Jahre 1815 nicht allein durch eine eigene, auf der Bundeszugehörigkeit basierende Staatlichkeit de jure unterschieden, sondern es wurde ihm auch weiterhin durch die völkerrechtliche Fixierung des Nassauischen Erbvertrages von 1783 eine autonome Stellung gegeben. Die Aufrechterhaltung dieser erbrechtlichen Sonderstellung gegenüber Holland wurde in der späteren Zeit von ausschlaggebender Wichtigkeit. Beim Aussterben der männlichen Linie des holländischen Hauses Oranien-Nassau nämlich trat im Jahre 1890 Adolf von Nassau als Grossherzog von Luxemburg eine neue Herrschaft an. Bereits im Jahre 1867 kam er als nächster Agnat in Frage. Die Möglichkeit, dass Preussen als Rechtsnachfolger des 1866 entthronten nassauischen Fürsten möglicherweise Rechte auf einen vakanten Thron von Luxemburg geltend machen könne, wurde durch den Zusatz des Art. 1. ausgeschaltet.

Artikel 2 enthielt zunächst ebenfalls eine Erneuerung der Bestimmung von 1839. Die Grenzen des Landes wurden in dem damals festgesetzten Umfang von Neuem anerkannt zum Zwecke, die Ausdehnung des Grossherzogtums genau festzulegen, das «von nun an für immer einen neutralen Staat bilden wird».

Die Regelung der Neutralität hält sich im Wortlaut eng an die Bestimmungen der belgischen Neutralität (Art. 7 des Vertrages vom 19. IV. 1839). Eine Unterscheidung von der belgischen Neutralität ist jedoch in der Art der Garantie zu suchen. Während das neutrale Belgien in dieser Eigenschaft durch jede Grossmacht gesondert garantiert wurde, fand man bei der Regelung der Luxemburger Frage eine Kollektivgarantie als die angemessenste; eine Garantie also, die entweder alle Garantiemächte zu einem gemeinsamen Vorgehen verpflichtete (was aber insofern kaum in Betracht kam, als ein eventueller Neutralitätsbrecher gewiss unter diesen Mächten sich befand) oder das Einzelvorgehen einer Macht zum Schutze des angegriffenen neutralen Luxemburg in das freiwillige Ermessen eben dieser Macht stellte (s. Frankreich 1914). Es ist erstaunlich: über die Auslegung dieser «Kollektivgarantie» hat sich nie — schon wegen des Mangels einer faktischen Notwendigkeit — eine einheitliche Meinung ausgebildet. Besonders England hat die Garantie-Verpflichtung von vorneherein abgestritten, was sich aus seiner «splendid isolation»

gegenüber solch unwichtigen territorialen Fragen zur Genüge erklärt!

Artikel 3 bestimmte den vorangehenden Paragraphen in Hinsicht auf das Wesen der Neutralität. Während die freiwillig neutrale Schweiz und auch Belgien sogenannte «bewaffnete Neutralität» geniessen, wurde für Luxemburg eine «unbewaffnete» Neutralität — entsprechend der Kleinheit und Wehrunfähigkeit des Landes — festgesetzt! Die Erhaltung und Anlegung von festen Plätzen wurde demnach als unnötig erklärt, was das Aufhören der Festung Luxemburg bedeutete!

Artikel 4 und 5 ergaben sich logisch aus den vorangegangenen Bestimmungen. Der König von Preussen als Herr der in Luxemburg stehenden Truppen verpflichtete sich, diese zurückzuziehen — und der König von Holland als Grossherzog verpflichtete sich seinerseits, die Schleifung der Festung seinem Urteile gemäss zu betreiben. (Dieser Pflicht entledigte er sich in der vollständigsten Weise, worüber er am 22. V. 1883 auf Grund eigenen Augenscheines den Mächten amtliche Mitteilung machte.)[242])

Artikel 6 regelte die Limburgische Angelegenheit, die bekanntlich im Jahre 1839 in engen Kontakt mit der Luxemburger Angelegenheit gesetzt worden war. Die Verbindungen dieser Provinz mit Deutschland wurden als aufgelöst bezeichnet; Limburg bildete seither einen integrierenden Bestandteil des Königreichs der Niederlande.

Verhältnisse von ausserordentlicher Kompliziertheit wurden hiermit endlich — nach vielen durchlaufenen Zwischenstationen beseitigt. Der Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 gab Luxemburg im Verhältnis zu seinen mächtigsten Nachbarn eine europäisch garantierte unabhängige Stellung.

Wenn durch die Personalunion mit Holland eine gewisse Einschränkung dieser Unabhängigkeit fortzudauern schien, so lag doch bereits, wie gesagt, in dem Londoner Vertrag das Rechtsmittel eingeschlossen, um auch diese letzte Bindung zu lösen.

Der deutsch-französischen Auseinandersetzung entrückt, stand Luxemburg — in seiner Stellung völkerrechtlich und staatsrechtlich gefestigt — nach dem 11. Mai 1867 scheinbar ungebunden da, — aber nur scheinbar!

---

[242]) Loutsch a. a. O., S. 39.

SCHLUSS.

Luxemburg und das Wirtschaftsabkommen von 1872.

Die wirtschaftliche Lage — bestimmt durch die Zugehörigkeit Luxemburgs zum Deutschen Zollverein — wurde durch den Londoner Vertrag nicht geändert. Dem Grossherzogtum wurde die Freiheit gelassen, sich wirtschaftlich nach eigenem Willen zu binden; die Neutralität wurde damit nur als eine «wesentlich militärische» definiert. Eine solche freie wirtschaftliche Bindung, deren politische Bedeutung ja schliesslich auf der Hand lag, liess sich vielleicht theoretisch nicht mit dem Charakter eines neutralen Staates vereinbaren. Jedoch musste hier der besonderen Individualität Luxemburgs als Zwergsstaat Rechnung getragen werden.

Die wirtschaftliche Verbindung mit dem neuen Deutschland blieb also bestehen — und eben auf diesem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes sehen wir noch einmal die alte Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland entbrennen.

Die vertragswirtschaftliche Lage des Grossherzogtums war eine nicht weniger komplizierte als seine völkerrechtliche. Die wirtschaftliche Grundlage bildete für Luxemburg die Zugehörigkeit zum deutschen Zollverein. So stark auch einst der Zutritt aus innenpolitischen und aussenpolitischen Erwägungen umstritten war, so hatte sich doch Luxemburg im Laufe weniger Jahre in diese Stellung derart eingelebt, dass — zuerst noch zögernd zwei Mal für je fünf Jahre, dann zwei Mal für je zwölf Jahre — der Vertrag erneuert wurde. Die letzte Verlängerung datierte vom Jahr 1865 und sah wie gesagt, eine Dauer von zwölf Jahren vor.

Dieser Vertrag wurde aber durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse überholt. Durch den Krieg von 1866 wurde auch der Zollverein bedroht; doch hüteten sich alle Kriegführenden, an dieses Instrument gemeinsamer Interessen zu rühren, sodass auch Luxemburg unbehindert dessen wirtschaftliche Vorteile geniessen konnte. Der ursprüngliche Vertrag bildete also unverändert die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz Luxemburgs auch nach der Londoner Konferenz.

Wie schon angedeutet, ergab sich daraus eine Frage von politischer Bedeutung. Zu deren Verständnis müssen wir uns die Vereinbarungen vom Jahre 1842 ins Gedächtnis zurückrufen, die Luxemburg keinerlei handelspolitische Freiheit zuerkannten. Durch das teils preussische Personal der Zollverwaltung, durch die Verpflichtung den Beschlüssen des deutschen Zollvereins durch Publikation in Luxemburg Rechtskraft zu verleihen, wurde die luxemburgische Souveränität einer gewissen Ein-

schränkung unterworfen, die in Hinsicht auf die Neutralität dieses Staates bedenklich erscheinen mochte.

Die Zugehörigkeit zum Deutschen Zollverein war jedoch nicht die einzige wirtschaftliche Verbindung, welche Luxemburg mit dem Ausland in Kontakt setzte. Auch die Eisenbahnen — deren Erbauung in den 1850er Jahren uns schon unter strategischen Gesichtspunkten beschäftigte — verknüpften vertragsgemäss Luxemburg mit seinen Nachbarn, und zwar sowohl mit Frankreich wie mit Belgien. Das dritte Objekt — Bergwerke und Eisenhütten — soll hier im wirtschaftlich-politischen Zusammenhang vorerst unbesprochen bleiben. Werfen wir also einen Blick auf das Luxemburger Eisenbahnwesen — denn die weitere wirtschaftliche Zukunft Luxemburgs ist nur in Zusammenhang mit der Regelung des Eisenbahnwesens zu behandeln —, wie sie zwischen Luxemburg und dem Deutschen Reiche im Jahre 1872 getroffen wurde!

Wie auch früher in Deutschland, wurde in Luxemburg die Eisenbahn an Gesellschaften konzessioniert, wodurch eine gewisse Vielgestaltigkeit des Eisenbahnwesens entstand. Zwei Liniennetze sind zu nennen:

1. Das Netz der «Prinz Heinrich-Bahn», das den Verkehr zischen den Luxemburger Industrieorten herstellt, das aber nur von innerwirtschaftlicher, ja lokaler Bedeutung ist. Allein durch die Ueberlassung der internationalen Strecke Longwy-Luxemburg ist das Netz dieser Gesellschaft für den direkten Verkehr nach Paris von grösserer Wichtigkeit. Die Aktien dieser «Prinz Heinrich-Bahn» befinden sich noch meist in belgischer Hand.

2. Von unvergleichlich viel grösserer Bedeutung dagegen ist die «Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft»; ihr gehören die schon früher erwähnten strategisch wichtigen Linien. Der luxemburgische Staat hatte im Jahre 1855 der «Wilhelm-Luxemburg-Gesellschaft» die Konzession zum Bahnbau unter der Bedingung erteilt, dass diese Gesellschaft zwar befähigt sei, ihre Rechte an Dritte weiter zu veräussern, jedoch niemals zu Gunsten eines andern Staates. Von diesem Recht machte die Gesellschaft bereits zwei Jahre später Gebrauch und verpachtete ihre Linien für 50 Jahre an die französische Ostgesellschaft (Société de l'Est)[243]. Jedoch auch diese Vereinbarung konnte eine kritische Zuspitzung der finanziellen Lage nicht verhindern. Bismarck wurde auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, die Luxemburger Eisenbahnlinie dem System der preussischen Bahnen anzuschliessen[244]. Seine Zustimmung jedoch gab dem Unterhändler nur Gelegenheit, dieselbe der französischen Regierung zu hinterbringen, die sich dann (1868) schnell

[243]) Loutsch a. a. O., S. 63.

[244]) Autobiographie de feu M. Em. Servais, Luxemburg 1895, S. 61.

bereit fand mit einer jährlichen Garantiesumme von 3 Millionen Francs den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Linie durch die Ostgesellschaft sicherzustellen. Dieser wirtschaftliche Vorstoss ist eine Parallelerscheinung zu den in gleicher Zeit gemachten politischen Vorstössen zwecks Gewinnung neuer Territorien in Belgien oder in Luxemburg. Die Erweiterung des Ostbahnnetzes wurde die Grundlage für den Plan, sich noch weiter durch Belgien gegen Holland hin auszudehnen. Der Versuch, das belgische Eisenbahnwesen unter französischen Einfluss zu bringen, scheiterte jedoch an der Gegenwehr der öffentlichen Meinung Belgiens, das auf gesetzlichem Wege solche Möglichkeit ausgeschlossen hat [245]).

Nicht das vielleicht den ursprünglichen Festsetzungen widersprechende Verhältnis Luxemburgs zur Ostbahn, welche durch das Garantieverhältnis eine bestimmte Verbindung mit dem französischen Staat besass, konnte für Bismarck den Anlass geben hier einzugreifen. Nein, es waren Vorkommnisse während des Krieges gegen Frankreich, die hier zu einer grundlegenden Veränderung führten!

Unter Führung des französischen Konsuls in Luxemburg-Eich hatte sich die französische Ostbahngesellschaft bereits während der annexionistischen Umtriebe des Jahres 1867 aktiv betätigt. Es mochte wohl kein Zufall sein, dass der damalige Direktor der Bahngesllschaft der ehemalige französische Aussenminister Drouyn de Lhuys war, der aber auch hier eine Niederlage erlitt, die sogar durch die von der luxemburgischen Regierung verlangte Rückberufung des französischen Konsuls eine öffentliche wurde. Während der Kriegshandlungen von 1870 brachte die genannte Bahngesellschaft die Luxemburger Regierung in die peinlichste Lage. In der Nacht vom 24. zum 25. IX. 1870 wurde durch einen Proviantzug, der in Luxemburg zusammengestellt worden sein sollte, die Cernierung der von den Deutschen belagerten Festung Diedenhofen durchbrochen [246]). Dieser Vorfall gab den Anlass zu drohenden Noten Bismarcks. Am 3. XII. teilte er mit «dass die königliche Regierung auch ihrerseits bei den militärischen Operationen der deutschen Heere sich durch keine Rücksicht auf die Neutralität des Grossherzogtums mehr gebunden erachtet und dass sie die nötigen Massnahmen zur Sicherstellung gegen ähnliche Vorkommnisse sich vorbehält».

Deutlicher hinsichtlich solcher Massnahmen drückte sich eine Note vom 6. 1. 1871 aus: Der Unterzeichnete (Bismarck) wird bei S. M. dem Könige die Ermächtigung beantragen, mit der königlich-grossherzoglichen Regierung durch einen besonderen nach Luxemburg zu sendenden Bevollmächtigten eine

---

[245]) Loutsch, S. 64.

[246]) Die luxbg. Auffassung spiegelt sich in der Note der grhzgl. Regierung v. 14. XII. s. Joris «Une page d'histoire», p. 336 ff. Die folg. deutschen Noten s. Loutsch, S. 66.

Erwägung der Mittel herbeizuführen, «durch welche die Wiederkehr der vorgekommenen Irrungen in der Zukunft vorgebeugt werden kann».

Ende Januar 1871 wurden Verhandlungen deutscherseits eingeleitet mit dem Ziel, «dass die grossherzogliche Regierung die französische Ostbahn in eine Lage versetze, welche ihr eine Wiederholung ähnlicher Handlungen unmöglich macht, was in wirksamer Weise nur durch Auflösung der mit jener Gesellschaft bestehenden Kontrakt-Verhältnisse erreicht werden kann». Die luxemburgische Regierung übernahm dann die Angelegenheit. In der sicheren Erwartung, dass das Verhältnis mit der Ostbahn ein Ende finden müsse, knüpfte sie Verhandlungen mit Belgien an. Die Gesellschaft, welche die Prinz Heinrich-Bahn besass, legte auch Interesse für die Uebernahme der anderen Linie an den Tag [247]).

Diese Absichten aber wurden durchkreuzt durch die Politik der deutschen Regierung. Im Zusammenhang mit der Regelung der Eisenbahn-Angelegenheiten der von Frankreich abgetretenen Gebiete wurde auch das Verhältnis der Ostbahn in Luxemburg einer Regelung entgegengeführt. Die französische Regierung verpflichtete sich im Friedensvertrag vom Mai 1871, die Konzessionen der Société de l'Est zurückzukaufen. Diese von der französischen Regierung erworbenen Rechte sollten dann (laut Zusatz 1 § 1) der deutschen Regierung übertragen werden. Infolge besonderer Bestimmungen (Zusatz-Artikel 1 § 7) waren die Konzessionen der Wilhelm-Luxemburg-Bahn in diese Vereinbarung einbezogen. Die Luxemburger Regierung hätte sich mit dieser neuen Regelung vielleicht von vornherein einverstanden erklärt, wenn es in der Absicht Deutschlands gelegen hätte, einer Privat-Gesellschaft die neuen Konzessionen zu übertragen. Dies entsprach jedoch keineswegs den Auffassungen Bismarcks; im Gegenteil, er wollte die Wilhelm-Luxemburg-Bahnen dem Staatsbetriebe der elsass-lothringischen Bahnen angliedern. Gegen diese Uebernahme der Linie durch einen fremden S t a a t erhob sich nun in Luxemburg ein heftiger Widerstand, der sich nicht nur auf allgemeine Einwände gegen solche Gefährdung der Neutralität stützen konnte, sondern in dem Artikel 24 des Luxemburger Gesetzes vom 25. XI. 1855 sogar eine juristische Basis hatte, von der ohne Einwilligung des gesetzgebenden Körpers nicht abgewichen werden konnte. Der neue Minister Servais pflog Verhandlungen mit belgischen Interessenten, welche aber zu keinem Resultat führten. Auch die erneuten Vorschläge, den Betrieb der in Frage kommenden Linie einer rein deutschen Gesellschaft in die Hände zu geben (wobei der deutschen Regierung eine Oberaufsicht zugestanden worden wäre) wurde von dem deutschen Minister v. Delbrück abgelehnt

[247]) P. v. Scherff: Die Eisenbahnfrage, Luxemburg 1872, S. 18 ff.

mit der Begründung [248]) «eine Privatgesellschaft könne sich im Kriegsfalle allzuleicht dazu bewegen lassen, einen gegen die Neutralität des Grossherzogtums gerichteten Akt zu setzen, wie es die Ostbahn-Gesellschaft zu Gunsten Frankreichs getan habe». Vor diesem starren Widerstand der deutschen Regierung musste Luxemburg kapitulieren. Ueber Luxemburg schwebte immer das Damokles-Schwert einer wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Isolierung; denn die deutsche Regierung konnte auf Grund des Friedensvertrages jeden Tag die Zurückziehung der Ostgesellschaft fordern und dann stand Luxemburg ohne jede Verbindung da! So also nahm die Spezialkommission, die nach Berlin geschickt worden war, die Vorschläge der deutschen Regierung an [249]). Gemäss der Auffassung der Luxemburger Regierung waren aber die Eisenbahnfrage und die Frage der Industrie- und Handelsbeziehungen derart miteinander verknüpft, dass die eine nicht ohne die andere geregelt werden konnte. Dieses Verlangen begegnete sich mit dem Anspruch der deutschen Regierung, die Konzession über die Wilhelm-Luxemburg-Bahn für eben dieselbe Zeit zu erhalten wie die Ost-Gesellschaft — nämlich bis zum Jahre 1912. Das Ergebnis dieser sich lang hinziehenden Verhandlungen war in der Tat die Konzessionierung der Wilhelm-Luxemburg-Linie an die kaiserliche General-Direktion der Eisenbahnen in Strassburg bis zum Ende des Jahres 1912 [250]). § 14 dieses Vertrages stellte fest, dass eine Kündigung der Zollgemeinschaft während der Dauer dieses Eisenbahnvertrages nicht möglich sei. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wurde in Luxemburg diese Vereinbarung als sehr günstig angesehen, denn nun war auf 40 Jahre der Luxemburger Industrie eine sichere Entwickelung im Rahmen der deutschen Wirtschaft zugesichert, wodurch das Grossherzogtum an dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands teilnehmen konnte und bald unter die reichsten Länder der Erde aufrückte. Hinsichtlich der Neutralität wurden dem Vertrage entsprechende Garantieartikel eingefügt. In Artikel 2 verpflichtete sich die deutsche Regierung, die Wilhelm-Luxemburg-Bahn zu keiner Zeit zum Transport von Truppen, Waffen, Kriegsmaterial und Munition zu benutzen, und während eines Krieges, an dem Deutschland beteiligt sein sollte, sich derselben für die Proviantierung der Truppen auf keine die Neutralität des Grossherzogtums verletzende Weise zu bedienen.....» [251]).

In dieser Form wurde der Vertrag von der Luxemburger

---

[248]) Loutsch a. a. O., S. 68.

[249]) A. Calmes: Der Zollanschluss des Grossherzogtums Luxemburg an Deutschland (1842—1919), Bd. II, S. 142. Luxemburg 1919; und: H. Loutsch a. a. O., S. 68.

[250]) Vertrag v. 11. VI. 1872.

[251]) Calmes II, a. a. O., S. 143 ff.

Kammer gutgeheissen. Man erblickte entgegen den ersten Befürchtungen in ihm mit Recht eine solide Garantie des künftigen Wohlstandes. Nicht allein der Leiter der Regierungspolitik Servais, auch der Führer der Industrie Metz-Eich schloss sich dieser Ansicht an. «Le maintien du Zollverein pendant 40 ans, garantit donc au mieux notre indépendance. Pendant 40 ans le traité évitera que le Zollverein puisse devenir un moyen de pression sur nous». Um eine letzte Sicherheit zu schaffen, richtete die Luxemburger Regierung im Einverständnis mit Deutschland an die Signatarmächte des Vertrages vom 11. V. 1867 eine Anfrage, ob diese in vorliegendem Pakt einen Verstoss gegen den Vertrag von 1839 erblickten oder diesen als nicht verändert ansähen. Frankreich, Russland und Oesterreich gaben eine Erklärung in gewünschtem Sinne ab; Italien in gewisser Hinsicht auch. England und Holland betonten, dass bei der vorliegenden Kollektivgarantie eine Antwort nur bei Fühlungnahme mit den anderen Mächten erfolgen könne; Beanstandungen hat es aber dann im weiteren Verlauf nicht gegeben [252]).

Mit diesem Vertrag war die politisch- wirtschaftliche Verfassung des Landes bis auf weiteres festgelegt. Aussenpolitisch unabhängig — innenpolitisch durch die neue Verfassung befestigt — wirtschaftlich durch das Eisenbahn- und Handelsabkommen mit Deutschland auf 40 Jahre gesichert: so sehen wir Luxemburg am Ende einer langen Krisenzeit in jeder Hinsicht gesichert, einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

---

[252]) Calmes II, a. a. O., S. 145; Scherff, a. a. O., S. 54; Loutsch, a. a. O., S. 70 ff.

EXKURS.

Die Lage in Luxemburg während der Zessionsverhandlungen im Frühjahr 1867.

Wenn wir zuerst die Stellungnahme der offiziellen Persönlichkeiten der luxemburgischen politischen Kreise untersuchen, so stossen wir gleich auf eine merkwürdige Tatsache, nämlich auf den politischen Doppelcharakter der verantwortlichen Personen, wodurch die Befolgung einer eindeutigen Politik unmöglich war. Die Entscheidung lag — wie wir sahen — bei dem König von Holland in seiner Eigenschaft als Grossherzog von Luxemburg. Wie auch immer seine Haltung gewesen sein mag, eines steht fest: sie wurde ihm vorgeschrieben durch seine Stellung als König von Holland und im Hinblick auf die Verwickelungen, welche sein Königreich der Niederlande bedrohten. Somit stand er fast ausserhalb der Kreise der luxemburgischen Politik.

In einem eindeutigeren Sinne waren für das Schicksal des Grossherzogtums verantwortlich: der Statthalter Prinz Heinrich und der Minister von Tornaco. Ueber die Haltung des ersteren kann nach Allem kein Zweifel sein; Prinz Heinrich setzte sich für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes mit ganzer Kraft ein und nicht zum mindesten seinen Bemühungen verdankt es Luxemburg, wenn es glücklich der Gefahr der französischen Annexion entrann. Tornaco war der Annexion durch Frankreich geneigt — eine Stellung, die sich mit seinem Amt als verantwortlichem Minister jedenfalls nicht ganz in Uebereinstimmung setzen liess. Auch Hamstra sagt «Tornacos oprechtheid is niet buiten twijfel»[254]). Die Richtlinien der Regierung waren in dem offiziellen Blatt «Union» am 14. III. deutlich ausgesprochen worden: «Die Luxemburger können sich überzeugt halten, dass bei der Auftauchung der Frage eines staatlichen Wechsels des Grossherzogtums die Regierung bestrebt sein wird, unsere politische Selbständigkeit unter dem Szepter Oranien-Nassau aufrecht zu erhalten. Vor Allem geht unsere Autonomie! Gestalten sich jedoch in der Zukunft die politischen Verhältnisse der Nordweststaaten derart, dass im Einverständnis Höherer unsere Selbständigkeit grossen europäischen Uebereinkünften zum Opfer falle (was der gütige Himmel von uns abwehren möchte), so wird die Regierung die Kraft und den Entschluss besitzen und geltend machen, dass die Interessen des Landes, der Handel und Wandel die möglichst günstige Stellung in der Neugestaltung der Dinge davontragen. Der Patriotismus

---

[254]) Hamstra, a. a. O., S. 32.

der Regierung ist wahrhaftig und ohne die Ideen von grossen Sonderinteressen dem Wohl der biedern und edlen grossen Luxemburger Familie zugewandt!» Trotz dieser Versicherungen tat die parlamentarische Regierung nichts für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit; ihre Haupteigenschaft war die Untätigkeit, wie wir bereits bei dem Vorschlag des Prinzen-Statthalters sahen.

Aber abgesehen von dieser Regierungspolitik — wie stand es um die öffentliche Meinung? Die weitgehende politische Interessenlosigkeit — hervorgerufen durch die lang andauernde politische Unentwickeltheit des Landes — war der Heranbildung einer tragenden und politisch entscheidenden Volksmeinung nicht günstig. In diesem Zusammenhang bemerkte der «Temps»[255]: «Mais... les Luxembourgeois eux-mêmes, que pensent-ils de tout cela? car c'est en droit la question essentielle... seulement, pour vous répondre, il faudrait que la masse du peuple luxembourgeois pensât quelque chose, et *j'ai eu un peu peur qu'elle ne pense rien du tout*». Wenn diese Aeusserung des französischen Berichterstatters vielleicht ein wenig übertrieben war, so liessen doch die sich widerstrebenden politischen, wirtschaftlichen und religiösen Erwägungen kein einheitliches Bild entstehen.

Die öffentliche Meinung in Luxemburg steht jedoch — noch heute ist das so — unter einem dauernden Einfluss: unter der Furcht des kleinen Mannes vor dem mächtigsten Nachbar. In der damaligen Zeit war der mächtigste Nachbar ohne Zweifel Preussen-Deutschland, dem somit keinerlei Sympathien entgegengebracht wurden. Die Idee des neuen deutschen Staates und seines Repräsentanten Bismarck konnte in Luxemburg auf keinerlei Verständnis rechnen.

Frankreich hatte dagegen unter dem zweiten Kaiserreich vielleicht so stark wie nie vorher und nachher eine kulturelle und wohl auch politisch wirksame Anziehungskraft auf die Einwohner des luxemburgischen Grenzlandes ausgeübt. Die noch heute rege Auswanderung von Luxemburgern nach Paris (meist als Hausangestellte) war in den Jahren des zweiten Kaiserreichs ganz besonders stark. Da die meisten als Rückwanderer wieder heimkehrten, mag diese fluktuierende Bevölkerung nicht wenig zur Bestimmung der öffentlichen Meinung im Sinne französischer Sympathien beigetragen haben[256]. Trotzdem machte sich allgemein eine Tendenz zur Aufrechterhaltung des status quo bemerkbar. Vor allem gab die herrschende wirtschaftliche Ordnung Anlass, sich für ihre Erhaltung

[255]) Zitiert bei Joris: «Une page d'histoire du Grand-Duché de Luxembourg.» S. 16. Luxemburg 1888

[256]) H. Gaidoz: Le Grand-Duché de Luxembourg. «La nouvelle Revue», vol. 66, p. 537 betont besonders die Emigration nach Paris als Ursache der allgemeinen Sympathie.

mit allen Kräften einzusetzen. So sehen wir auch die Hauptsorge sich auf die Erhaltung der Mitgliedschaft im Deutschen Zollverein richten. Die Annexionsfrage wurde von Seiten der Luxemburger meist unter rein ökonomischen Gesichtspunkten behandelt. So betrachtet, wie auch im Rahmen einer grosszügigeren historischen Auffassung gesehen, erscheint die Lösung, wie sie in London gefunden wurde, die beste und die historisch folgerichtigste.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die Luxemburger Presse einmal einer Prüfung zu unterziehen. Seit 1848 besassen die massgebenden katholischen Kreise im «Luxemburger Wort für Wahrheit und Recht» ihr Organ. Inzwischen waren einige andere Zeitungen hinzugekommen: die «Union» als Blatt der Regierung, ohne ausgesprochene Farbe. Der «Courrier», ein in französischer Sprache erscheinendes deutschfreundliches Blatt — und endlich das «Land», von dem ein Zeitgenosse im April 1867 berichtete: «Das ‚Land' ist seit drei Wochen plötzlich in erweiterter Gestalt und mit abrupt französierender Tendenz aufgetreten, in einer Weise, die man auf jeder Strasse als ein einfaches Schachergeschäft bezeichnet hören kann».[257])

Der «Courrier» sprach sich deutlich gegen die Annexion durch Frankreich aus; gegen einen Verkauf «wie eine Herde Sklaven».

Dem Blatt war es vor allem um eine Erhaltung des Verhältnisses zum Deutschen Zollverein zu tun: «...indispensable à notre commerce». Wie wir aus den anderen Zeitungen ersehen werden, konnte sich das Blatt dabei auf die Meinungen weitester Kreise stützen.

Am 27. III. vereinigten sich Vertreter der verschiedensten Industrien in der Hauptstadt, um hinsichtlich der wirtschaftlichen Garantien Beschlüsse zu fassen, die man bei der Uebergabe des Landes an Frankreich verlangen müsse. Die Metallindustrie und die Gerberei sah einer eventuellen Trennung vom deutschen Wirtschaftsgebiet mit grösster Besorgnis entgegen. Wenn der «Courrier»[258]) aber dann behauptete «Le Luxembourg a quelques sympathies pour la France, mais *elles n'existent que dans l'infime minorité* de la population...; *plutôt dix fois dans le Nordbund que l'accession à la France*» — so war das wohl im wahrsten Sinne des Wortes pro domo gesprochen. Die deutschen Interessen wurden nämlich aus Opportunitätsgründen estwas stärker als sonst gezeigt, wie die Kölnische Zeitung nach dem 1. IV. schrieb[259]): «*Das Deutschthum, welches sie augenblicklich hervorkehren, ist zwar gelinde gesagt, verdächtig, und wird vermuthlich, wenn es seine Dienste gethan, wieder in die*

---

[257]) P. Wentzcke: ... Luxbg. Frage «Westmark», Köln 1922. S. 830.
[258]) bei Joris, S. 21.
[259]) bei Joris, S. 35.

Ecke gestellt werden. Aber die Luxemburger wollen jedenfalls nicht französisch werden, und dies genügt...».

Aus diesen Zeitungsäusserungen abzuleiten, dass eine deutsche Partei in Luxemburg lebte und sich eines Presseorganes bediente, wäre jedoch eine zuweitgehende Folgerung — wie aus den späteren Vorschlägen hervorgehen wird, die eine Gründung einer deutschen Partei verfolgten (die demnach also fehlte). Das Interesse richtete sich allein auf die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland — in einzelnen Fällen auch auf die Erhaltung der Besatzung, aber dies auch nur aus nicht-militärischen Ueberlegungen. Denn für die Hauptstadt war die Anwesenheit von 5000 Menschen, beziehungsweise deren plötzlicher Wegfall, eine wirtschaftliche Frage von hoher Bedeutung. Man braucht diejenigen, welche für Aufrechterhaltung des status quo eintraten, also nicht für «Deutschfreunde» zu halten, reisten doch selbst später Abgeordnete der Luxemburger Regierung nach London, um eine Entschädigung für den Abzug der Besatzung zu beantragen.

Es folgen nun Auszüge aus dem von Frankreich angekauften Blatt «Das Land». Dieses stellte von vorneherein das Schreckbild einer Annexion durch Preussen-Deutschland auf, es äussert die Befürchtung, «dass der mit seinen weitgreifenden Händen uns umfassende Nordbund uns mit den deutschen Brüdern an die geharnischte Brust drücke» (13. III.). Ganz analog der französischen Politik wird den Luxemburgern das «Entweder-Oder» entgegengehalten, durch das eine Sammlung auf das Ziel der Erhaltung luxemburgischer Unabhängigkeit verhindert werden soll. «Allemand ou Français! telle est l'alternative qui, un peu plus tôt ou un peu plus tard, doit se dresser devant nous, inévitable et inexorable». «S'il faut faire le sacrifice de notre existence nationale, il n'y a qu'un pays auquel je puisse le faire, c'est la France!» (2. IV.) Und dann, als die Idee der Neutralität aufgetaucht ist und alle Annexionshoffnungen zu zerstören beginnt, versucht das «Land» die alleinseligmachende Annexion durch Frankreich auch weiterhin zu propagieren: «Nous n'hésitons pas à dire, que si le pays devait choisir entre la neutralité et la France — il préférerait chaque fois la France»! (27. IV.) Dem Anschluss an Frankreich steht für das «Land» nur das Aufgehen im neuen Deutschland entgegen — und das bedeutet vor allem ‚Krieg': «...car la France ne reculera pas, tandis que la Prusse, couverte de lauriers récents et agrandie par ses conquêtes, peut et doit donner au monde un gage de conciliation et de paix, en renonçant à ses prétentions non fondées sur le Luxembourg» (21. IV.).

Diese Argumente sind genau dieselben, die auch von der französischen Politik im Grossen verwendet wurden: hier und dort ohne Erfolg. Kein Wunder, dass bei solcher Einstellung das «Land» die vorgeschlagene endgültige Regelung in London mit

den Worten beklagt: «Triste solution!... Le sort de notre pays nous rappelle celui de la Pologne! Quelle fatalité a donc pesé sur la patrie de Jean l'Aveugle et de Godefroid de Bouillon?» (23. IV.). Sobald aber die Möglichkeit des Anschlusses an Frankreich definitiv erledigt war, machte das «Land» Propaganda für den Anschluss an Belgien. «Nous croyons pouvoir affirmer que l'annexion à la Belgique serait aujourd'hui acceptée avec bonheur, d'abord parce qu'elle est conforme aux sentiments des Luxembourgeois et ensuite parce qu'elle compromet beaucoup moins que la neutralité isolée certains intérêts matériels» (5. IV.).

Dem Blatt blieb jedweder Erfolg versagt und es ist bald nach der Regelung der Verhältnisse eingegangen, nachdem es schon während der Campagne durch seine frankophile Richtung viele Abonnenten verloren hatte. Um das Bild der französischen Pressewerbung zu vervollständigen, ist hier die französische «Adresse» zu nennen, die zwei Mal in Pariser Zeitungen erschien, um den Franzosen luxemburgische Anschlusstendenzen vorzutäuschen. Dem Landesvater im Haag wurde folgendes Schreiben übersandt [260]:

«Nous admirons l'Allemagne, mais nos sympathies, nos moeurs, nos traditions, notre sentiment énergique d'égalité, nous attire vers la France. C'est en France que tous nous pourrons retrouver une nouvelle patrie, nous faire un nouvel avenir. Et ces sentiments, ces espérances le pays les partage... *Si comme nous, Votre Majesté craint que notre indépendance, quelque chère qu'elle nous soit, ne puisse nous être garantie, vous pouvez, Sire, sans faillir à Votre mission paternelle et sans compromettre l'intérêt des Luxembourgeois, accéder au désir de la France*». Trotzdem die Pariser Presse von zahlreichen Unterzeichnungen zu berichten wusste, stellten die Emissäre des Nationalvereins fest, dass nicht 20 Namen diese Liste zierten, nachdem sie einige Tage ausgelegen hatte [261]. M. de Boigne (der französische Beamte, der von Luxemburg Besitz nehmen sollte), wurde als Urheber festgestellt.

Dem wirklichen Gefühle der Luxemburger gab eine erneute Petition Ausdruck,[262] die dem Grossherzog von Luxemburg die einmütigen Gefühle seiner betroffenen Untertanen ins Gedächtnis rief, «welche ein mächtiger Minister in Deutschland kürzlich vor ganz Europa anzuerkennen und bekräftigen zu müssen glaubte». Man sieht, dass die deutliche Betonung der nationalen Wünsche der Luxemburger durch Bismarck — nämlich dem Nordbund gegenüber unabhängig zu bleiben —, die von Bismarck gewünschte Wirkung hatte: auch das Unabhängigkeitsgefühl gegenüber Frankreich zu steigern. Bittschriften gleicher Tendenz — mit der Bitte, die Unabhängigkeit des

[260]) bei Joris, S. 30.

[261]) Wochenblatt des Nationalvereins Frankfurt 1866/67, S. 795.

[262]) Wentzcke a. a. O., S. 826.

Landes und die Verbindung mit dem Zollverein zu wahren — liefen vor allem aus den östlichen, eng an Deutschland gebundenen Kantonen ein. Diese Richtung wurde vor allem von der wichtigsten Zeitung, dem «Luxemburger Wort», vertreten, das so viel Abnehmer hatte wie die drei anderen Zeitungen zusammen. Die katholische Zeitung datierte aus der Zeit der Revolution von 1848. Wenn sich auch seitdem die Verhältnisse sehr geändert hatten — dies Blatt blieb seiner Tendenz treu, die kulturelle Basis, das deutsche Grundelement des Luxemburger Volkes, zu schützen. Sie tat das einmal durch ihre konfessionnelle Erziehung, dann aber auch durch ihre politischen Meinungsäusserungen. Die grosse Gefahr sah man nach wie vor in Frankreich. So schrieb das Blatt nach den Aeusserungen Bismarcks und Rouhers am 18. III.:

«Wenn diese Worte Rouhers (Frankreich wolle keine gewalttätige Annexion, d. h. keine Annexion gegen den Willen des Volkes) wahr sind und den wirklichen Absichten Frankreichs entsprechen, so sind wir a u c h von Seiten Frankreichs gesichert (das Blatt hatte festgestellt, dass man von Seiten Preussens nach den Erklärungen Bismarcks nichts Schlimmes zu erwarten habe). Leider ist nur zu fürchten, dass die Taten den Worten nicht entsprechen werden... Dem sei wie ihm wolle, so bleibt uns Luxemburgern nichts übrig als immer wieder und wieder unsern Wunsch und Willen auszusprechen, zu bleiben ‚was wir sind'»[263]). Als sich aber dann die Wolken nicht zerstreuten, schlug die Zeitung, um die französische Gefahr zu bannen, ein «Militärbündnis mit Preussen» vor, ähnlich dem, das Bayern, Baden und Württemberg mit Preussen abgeschlossen hatten.... «Ein Vertrag mit Preussen könnte allein unsere Selbständigkeit retten; er wäre einer Einverleibung in Frankreich und Preussen, in jeden anderen Staat (Belgien!) und einem Eintritt in den Nordbund vorzuziehen; er würde uns unsern Handel und unsere Industrie, er würde uns Herr und Meister bei uns sein lassen. ...Wird Preussen auf den Abschluss eines Vertrages eingehen? ...das preussische Kabinett könnte sich schwerlich vor Deutschland rechtfertigen, wenn es unsern Antrag zurückwiese»[264]) (dem Blatt schien unbekannt zu sein, dass ein solches «Bündnisangebot» schon seit dem Oktober des vergangenen Jahres in den preussischen Ministerien ruhte, um gerade in diesen Tagen von Bismarck negativ beantwortet zu werden). Am 3. IV. schrieb das «Luxemburger Wort»: «.....es dürfte gegenwärtig der Moment gekommen sein, dass überall Volk und Regierung für diesen Abschluss eines Militärbündnisses mit dem neuen Deutschland sich nun laut, frei und mit Ernst und Festigkeit und nicht in der bisher beliebten rückhaltenden, zaghaften, halb verschämten Weise aussprechen.

---

[263]) «Luxemburger Wort», 21. III.

[264]) «Luxemburger Wort», 28. III.

Eben diese seit ca. 50 Jahren (d. h. seit dem Bestehen des grossherzoglichen Staates, d. V.) von Regierung und Volk in Luxemburg gegen Deutschland zur Schau getragene Gleichgültigkeit, Zurückhaltung, ja selbst teilweise Abweisung und Abneigung, haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und den übrigen Ländern die Meinung entstehen lassen, dass das Luxemburger Volk in seiner Majorität von Deutschland nichts wissen wolle und zu Frankreich gravitiere. Es kann deshalb nicht auffallen, dass Frankreich auf Grund dieser überall verbreiteten Ansicht seine Hand nach Luxemburg ausstreckt, während Deutschland aus demselben Grunde wenig hat tun können, um Luxemburg bei Deutschland zu erhalten».

Auf diese Worte erfolgte leider kein Echo aus Deutschland. So griff in dem genannten Blatt eine heftige Verstimmung gegen Preussen Platz, in dessen Händen man die Geschicke Deutschlands schlecht bewahrt meinte. Man vermutete, dass es die preussische Politik war, die Luxemburg an Frankreich ausliefere. Dieser Gedanke ist nur aus dem Ressentiment der Luxemburger zu verstehen, die sich «verraten und verkauft» fühlten, aber Frankreich als den wahren Urheber momentaner Not nicht zu erkennen vermochten; daher das «Luxemburger Wort» nicht eine «klare und bestimmte Stellung» einnehmen konnte [265]). Dies war erst möglich, nachdem in dem Gedanken der Neutralisation eine zweckentsprechende Basis für die luxemburgische Staatlichkeit gefunden worden war; «nach ihr greifen wir mit beiden Händen», schrieb das Blatt am 12. IV. — Als die Londoner Beschlüsse bekannt wurden, meinte das «Wort»: «Kann und soll das Grossherzogtum mit den Nachrichten, die von London kommen, zufrieden sein? Wir glauben für die allgemeinen Interessen des Landes mit J a antworten zu müssen. Das Land bleibt frei und unabhängig, es bleibt ‚was es ist'... seine Neutralität, die unter den Schutz Europas gestellt ist, sichert ihm den Frieden, als wenn es die Provinz eines grossen Staates wäre. Wäre nicht der Verlust der Garnison, so könnte das ganze Land sich von Herzen freuen und sich eine Zukunft versprechen, welche noch glänzender wäre als die Vergangenheit war».

«..... Was wir erhalten haben, ist mehr und ist besser, als was wir erhoffen konnten und wirklich erwartet haben, nachdem die Luxemburger Frage einmal angeschnitten war» (15. V.). An anderer Stelle geht das Blatt alle Möglichkeiten durch, die sonst dem Lande offenstanden; und immer wieder kommt es zu dem Resultat, dass die gefundene Lösung weitaus am vorteilhaftesten sei — auch einer Verbindung mit dem neutralen Belgien bei weitem vorzuziehen sei. Da wir uns der früheren starken Sympathien für Belgien erinnern, da wir eben sahen, dass die französische Propaganda für einen Anschluss an diesen

---

[265]) Aus den in der «Westmark» wiedergegebenen Berichten des Nationalvereins. Westmark 1922, Köln, S. 830.

Staat eintrat, ist es von Wichtigkeit, den Wandel der Stellung Luxemburgs zu diesem Nachbarstaat einmal an den Aeusserungen des «Wortes» zu studieren!

Am 17. IV., als in der europäischen Presse die Frage eines solchen «Anschlusses» besprochen wurde, stellte das «Wort» fest: «Eine Einverleibung Luxemburgs in Belgien wäre die schlechteste Lösung, weil

1) die Neutralität Belgiens auf keinen festeren Füssen steht als die unsere;

2) weil bei uns dieselben unerquicklichen Parteikämpfe entstehen würden wie in Belgien». — «Wir ziehen Frankreich tausendmal Belgien vor und an dem Tage, an welchem Belgien uns in Aussicht stände, würden wir unsern Mitbürgern anraten, sich blindlings in die Arme Frankreichs zu werfen» (20.IV.). «Von dem Tage an, wo Holland, Preussen und England uns an Belgien geben wollen, rufen wir die Hilfe Frankreichs an, wollen wir französisch werden.....». «.....Es wäre besser, jedem andern Staate anzugehören als einem Staate, der ein Bild gehässiger Parteikämpfe bietet.... von tripotage, der den Dolch gegen das eigne Herz wendet». —

Man sieht, von den noch 30 Jahre früher lebhaft vorhandenen belgischen Sympathien war nicht mehr viel vorhanden!

Auch von Deutschland aus wurde versucht, den Widerstand der Luxemburger gegen die Annexion zu stärken. Das heftig erregte deutsche Nationalgefühl versuchte ebenfalls «nationale» Gefühle im Grossherzogtum zu erwecken.

Wie Wentzcke zeigt, kamen in gleicher Zeit Bestrebungen des «Deutschen Nationalvereins»[266]) und Interessen rheinischer Politik zusammen und gaben die Basis zu einem gemeinsamen Vorgehen, das schliesslich im Reichstag seinen kräftigen Ausdruck erhalten sollte. Das Mitglied des ständigen Ausschusses des Nationalvereins, August Metz-Darmstadt, stand in enger Verbindung mit dem Führer des Fortschrittes Eduard Lasker. Durch dessen Parteifreund, einen Herrn Philipp André (er war Deutscher, aber Bruder eines luxemburgischen Kammerabgeordneten), hören wir zum ersten Male sozusagen «privatpolitische» Erörterungen über die Luxemburger Frage.

---

[266]) Wentzcke hat in seinem langen Beitrag: «Zur Naturgeschichte der Luxemburger Frage» (Westmark/Köln 1922), eine der wichtigsten Quellen für die luxemburgische Geschichte dieser Zeit erschlossen. Die folgende Darstellung geht stets auf Wentzcke zurück.

«Nationalverein» im Schillerjahr 1859 von Rudolf von Bennigsen gegründet. Sein Ziel war eine Reform der Bundesverfassung und eine politische Zusammenfassung Deutschlands durch eine neue Nationalversammlung. Den demokratischen Tendenzen des Deutschen Nat. Ver's. stand Preussen ablehnend gegenüber. Nach dem Siege Preussens 1866 löste sich der N. V. 1867 auf, da sein Ziel — wenn auch in anderer Art — verwirklicht war. Die Arbeit des N. V. in Luxemburg stellt den Abschluss des Werkes des N. V. dar. Die öfters zitierte «Wochenschrift des N. V.» stellte 1867 ihr Erscheinen ein.

Philipp André nahm das Wort Bismarcks: «Wir wollen uns nicht noch mehr Läuse in den Pelz setzen» zum Anlass, um seinem Freunde am 5. III. 1867 dennoch die Wichtigkeit der Angelegenheit klar zu machen. Aus direkter Quelle (der Briefschreiber wohnte in dem bis 1815 luxemburgischen Städtchen Bitburg) wusste er Einiges über die Stimmung der Luxemburger Bevölkerung mitzuteilen: «.... die Stimmung dieser ist im höchsten Grade partikularistisch und preussenfeindlich; doch hat in letzter Zeit die Vernunft etwas mehr Eingang gefunden und mir will es scheinen, dass die Drohung, Luxemburg aus dem Zollverein auszuschliessen, sofort einen Umschwung zu Gunsten des Bundes hervorrufen würde. Diesen Punkt empfehle ich Ihrer ganz besonderen Aufmerksamkeit». Im Hinblick auf die oben erwähnte rein wirtschaftliche «Neigung» zu Deutschland war die Stellung des führenden Luxemburger Industriellen — Norbert Metz [267]) — bezeichnend. Dieser Wirtschaftler und Politiker — früherer Minister und langjähriger Kammerpräsident — fühlte sich durch die offen betriebene französische Propaganda aufs Unangenehmste berührt. Er schrieb an Ph. André, dass Baron Jacquinot bei ihm gewesen sei. Jacquinot komme aus Paris und dort sei man in Regierungskreisen fest überzeugt, Preussen lege keinen Wert auf Luxemburg, weder auf die Festung noch auf den Besitz des Landes; und Preussen sei nicht abgeneigt, Frankreich die Besitznahme ohne weiteres zu gestatten. Herr Metz meinte dann, dass wenn der Luxemburger Bevölkerung bei einer eventuellen Uebernahme durch den Norddeutschen Bund, Militärlasten aufgebürdet würden, sie sich «unbedingt» für den Anschluss an Frankreich aussprechen würde; denn sie habe einen unbändigen Abscheu gegen das preussische Militärsystem. Dieser Brief von Metz-Eich wurde durch Herrn André an Bismarck eingeschickt, sodass sicher ist, dass der preussische Ministerpräsident bereits Mitte März über die Stimmung des Landes Luxemburg aus der besten Quelle unterrichtet war — woraus sich seine Stellung gegenüber den Heissspornen im Reichstag weiterhin erklären mag! Wir sehen also deutlich, dass sich die Luxemburger Industrie aktiv gegen den Versuch Frankreichs zur Wehr setzte und bei den deutschen politischen Kreisen Rückendeckung suchte. Im Verlauf dieser Aktion wird auch ein endgültig klares Bild über die Tätigkeit der französischen Propaganda gewonnen. Ein Hauptorgan dieser Tätigkeit bildeten die Beamten der Luxemburg von Norden nach Süden durchziehenden Bahn, die sich nach Thionville zu an das französische Bahnnetz anschliesst und eine ganz französische Verwaltung hat. Ferner betätigte sich der in Eich residierende französische Konsul, in dessen Haus sich jeden Nachmittag die französischen Emissäre zum Diner vereinigten und dem,

[267]) Besitzer der jetzt der «A. R. B. E. D.» angeschlossenen Eisenwerke Eich bei Luxemburg. Um Verwechselungen mit dem Deutschen Metz zu vermeiden, wird dieser Name hier als «Metz-Eich» angeführt werden.

als die Nachricht von der so gut wie fertigen Annexion eintraf, die Worte entschlüpft sein sollen: «Dafür habe ich sieben Jahre gearbeitet!» Bürgern und Beamten sind in jener Zeit alle möglichen Versprechungen gemacht worden. Es ist vorgekommen, dass nachher ein Beamter dem andern vorgeworfen hat, er habe französisches Geld empfangen. Dem Prinzen Heinrich hat eine Annexionsadresse zu nachträglicher Kenntnisnahme vorgelegen, unter der er mit Verwunderung die Namen fast aller seiner Beamten sah. Was die Versprechungen — durch die man die braven Bürger zu ködern suchte — betrifft, so müssen sie ausserordentlich gewesen sein. Trotzdem wurden sie gläubig hingenommen; ein sehr hochstehender Mann sagte, dass — wenn man den Luxemburgern damals eine Flottenstation versprochen hätte: ‚sie hätten es geglaubt'!

Wie die französische Propaganda bei der Industrie ungewollt einen energischen Widerstand mobil machte, so war ihr auch ein Erfolg gegenüber den militärischen Mächten nicht beschieden. In der Nacht des 27. III. wurden eine Anzahl Plakate teils an den Häusern angeheftet, teils auf dem Viadukt zerstreut, die grösstenteils lauteten: «Es lebe Napoleon! Es lebe Frankreich», teils «eine noch schändlichere Tendenz» hatten, indem sie zur Versammlung aufriefen [268]).

Der Wortlaut dieser Plakate gibt uns Aufschluss über die ganz primitive Weise, mit der man Manifestationen der Luxemburger Bevölkerung hervorzurufen versuchte, entgegen der strikten Weisung Bismarcks, Strassenskandale zu vermeiden.

Die Plakate lauteten: «Jeder vernünftige Luxemburger, der der verhassten Preussenherrschaft entgehen will, treffe jeden Mittag auf dem Wilhelmsplatze ein und schreie durch die ganze Stadt aus vollem Halse: Vive la France! Vive Napoléon! — Die Nassauer wollen auch mitschreien!» Unter den ‚Nassauern' waren Truppen gemeint, die man demnach zur Meuterung aufrief. Die preussische Militärverwaltung bekam durch diesen Vorfall ein Mittel in die Hand, eventuell einen Druck auszuüben, — das war das einzige Resultat —[269]). Die Luxemburger Regierung hatte nichts Schleunigeres zu tun, als sich über die Tat der «ruchlosen Buben» zu entschuldigen. General v. Brauchitsch sah sich offenbar auf seinem Posten in der unangenehmsten Lage. Irritiert durch Jacquinot, der «sich bei allen gemachten Besuchen auf eine einfältige, auffallende Weise nach der Stimmung der Bevölkerung erkundete» [270]) — durch die Presse, die sich in widersprechendsten Nachrichten gefiel, angesteckt

---

[268]) Schreiben des Gouverneurs General von Brauchitsch an Roon. Aus den unveröffentlichten Akten des Reichsarchivs Abtlg. Berlin: «Die militärisch-politische Lage Luxemburgs 1867». Nr. 20 u. Nr. 23.

[269]) Vgl. a.: Bismarcks Gesammelte Werke VI, S. 320, Vorbem. zu No 723.

[270]) Brauchitsch an Roon a. a. O., 21 u. 20.

durch die Aufregung des Publikums, welche einen hohen Grad erreicht hatte, wurde Brauchitsch entschieden auch ein Opfer der in Luxemburg herrschenden Verwirrung und fand keinen andern Ausweg, als seinem Chef Roon vorzuschlagen, seiner «Stellung und Macht... gemäss» die Dinge zu regeln. Jedoch schien irgendwelche Pression nicht in den Absichten der Berliner Militärs zu liegen, die sich — wie alle amtlichen Berliner Stellen — in dieser Zeit einer grossen Zurückhaltung befleissigten. Nicht nur, dass Voigts-Rhetz [271]) in den kritischen Tagen bemerkt «General Brauchitsch ist wohl schwerlich der rechte Mann in der difficilen Lage dort» — nein, Roon selbst schickte seinen Sohn am 25. III. als Kurier nach Luxemburg und gab ihm folgende Instruktion an Brauchitsch mit: [272]) «Der Wunsch der Bevölkerung des Grossherzogtums soll darauf gerichtet sein, unter dem Szepter des König-Grossherzogs zu bleiben und weder dem Norddeutschen Bunde noch sonst einem benachbarten Reiche anzugehören. Ist dies wirklich der vorherrschende Wunsch, so liegt auf der Hand, dass derselbe umso sicherer wird erfüllt werden, je ruhiger das Land sich verhält und je weniger es ...Besorgnissen um seine Zukunft Ausdruck gibt. Wenn Ew. pp. Gelegenheit haben, den Regierungs-Präsidenten und Minister Baron von Tornaco hierauf aufmerksam zu machen, so würde es sich empfehlen, *ihm nicht amtlich oder im Auftrage,* sondern nach Ihrer persönlichen Ansicht der Sachlage auszusprechen, dass, wenn Jenes sein und seines Landes Wunsch wäre, der sicherste Weg dazu sein würde, an dem augenblicklichen status quo gar nicht zu rütteln, keine Anträge oder Forderungen an Preussen zu stellen, den gegenwärtigen Zustand ganz ruhig fortbestehen zu lassen und die weitere Entwicklung abzuwarten». — Dieser Brief wurde ergänzt durch ein weiteres Schreiben vom 31. III. 1867: [273]) «Wenn ich es als selbstverständlich ansehe, dass jedes tumultuarische Auftreten eines Teils der dortigen Bevölkerung, sowie jedes aggressive Entgegentreten gegen die preussische Besatzung und die bisherigen Verhältnisse mit aller Energie zu reprimieren wäre, so würde uns doch auf der andern Seite die Berechtigung fehlen gegen Meinungsäusserungen Einzelner, dahingehend, dass sie lieber französisch, als luxemburgisch oder deutsch etc. wären, offiziell einzuschreiten. Die richtige Grenze in dieser Beziehung innezuhalten dürfte gerade Euer Excellenz ...wie ich hoffe, besondere Schwierigkeiten nicht bieten». So standen also erwiesenermassen einer geordneten Meinungsabgabe keine Hindernisse von preussischer Seite entgegen. Wie jedoch an anderer Stelle bereits gesagt: eine stosskräftige politische Oeffentlichkeit

---

[271]) Voigts-Rhetz war selber 1860—1863 Kommandant in Luxemburg gewesen. — Sein Schreiben: Acten a. a. O., 6.

[272]) Acten des Reichsarchivs, a. a. O., 4.

[273]) Acten des Reichsarchivs, a. a. O., 9.

existierte im Grossherzogtum damals nicht. Im entscheidenden Sinne betätigte sich allein der erwähnte Metz-Eich, «die wichtigste politische Persönlichkeit des Landes und zugleich die Stütze der deutschen Patrioten»[274] (aus einem Brief August Lammers, 2. V. 1867). Metz knüpfte jetzt «vertrauliche Verhandlungen»[275] mit Berlin an, zu denen vielleicht Metz-Darmstadt Anlass gab, trotzdem zwischen den beiden Namensvettern wohl kaum verwandtschaftliche Beziehungen bestanden. Die über Metz-Eich bezw. André an Bismarck gelangten Mitteilungen gaben nun zweifelsohne den Anlass, dass sich Bismarck mit dem Führer der Nationalliberalen — v. Bennigsen — in Verbindung setzte zwecks der uns bekannten Interpellationen am 1. April 1867.

Den Erfolg, der durch diese geschickte parlamentarische Unternehmung des Nationalvereins errungen worden war, versuchte man von gleicher Seite alsobald auszunutzen. Auf Vorschlag v. Rochaus (ebenfalls Mitglied des ständigen Ausschusses des Nationalvereins) wurde schon am 2. April Metz-Darmstadt nach Luxemburg abgesandt. Man begann, der französischen Propaganda von deutscher Seite eine bewusste und sorgsam geführte Gegenarbeit entgegenzusetzen. Metz wurde geschickt, teils «um sich über die Lage und Stimmung an Ort und Stelle zu unterrichten, teils um die Luxemburger Bevölkerung zu öffentlichen Kundgebungen gegen die Annexion von Frankreich aufzumuntern...»[276]. Die von Paris aus eröffnete Propaganda (in Hinsicht auf die kommende «Volksabstimmung») galt es unverzüglich durch eine möglichst kräftige Gegenwehr zu erschüttern. «Wir sind im Begriffe», schrieb v. Rochau an Bennigsen am 4. IV., «die Luxemburger Sache zum Gegenstand einer Volksbewegung... zu machen, die möglicherweise von tiefgreifender Wirkung sein kann... Die Agitation für Luxemburg muss in die Massen getragen werden. Sie ist der Haken, mit welchem sich möglicherweise die ganze deutsche Sache aufs Trockne bringen lässt»[277].

Der Bericht des deutschen Emissärs — Metz-Darmstadt — stellte fest[278] «dass in der Tat die gesamte Bevölkerung Luxemburgs, mit Ausnahme eines verschwindend kleinen Bruchteils, zwar nicht für den Eintritt in den Norddeutschen Bund, wohl aber ganz entschieden für Erhaltung der Selbständigkeit des Ländchens sowie seiner Verbindung mit dem Zollverein gestimmt ist. Dass diese Gesinnung bisher nicht stärkeren Ausdruck gefunden, ist hauptsächlich der durch langes kleinstaatliches Stillleben erzeugten Scheu... vor öffentlichem Hervortreten zuzuschreiben, sowie dem Umstande, dass die französischen Agenten

[274]) Wentzcke: «Westmark», a. a. O., S. 828.
[275]) Wentzcke: «Westmark», a. a. O., S. 819.
[276]) Wentzcke: «Westmark», a. a. O., S. 824.
[277]) Wentzcke: «Westmark», a. a. O., S. 827.
[278]) Westmark, S. 825.

von vornherein den Verkauf an Frankreich als eine unwiderrufliche, endgültig beschlossene Tatsache hinstellten, deren Bestreitung nichts mehr nützen, wohl aber bedeutend schaden könnte». Durch einen anderen Bericht wurde das noch ergänzt. Es finden sich dort sehr interessante Hinweise auf die Bedeutung der luxemburgischen Geistlichkeit [279]): «... die katholische Geistlichkeit, vertreten durch das klerikale Blatt «Das Wort» (ist) antifranzösisch, obgleich ihre Führer und einflussreichsten Glieder für österreichisch gesinnt und antipreussisch gelten. An Ort und Stelle will man diese feststehende Tatsache durch die Abneigung der Geistlichen gegen das französische Predigen und gegen die freien Sitten der französischen Armee erklären, während wir in anderen Dingen, etwa in der Furcht für Rom, bei einem ausbrechenden Krieg, oder in der Erwartung, dass die katholische Kirche in Preussen freier sich entwickeln könne, als in Frankreich, die Erklärung suchen. Gewiss ist, dass alle Parteien — ausser den paar Franzosen — mit der klerikalen Hand in Hand gegen die französische Annexion arbeiten». — «Die Geistlichkeit predigt beinahe ausschliesslich deutsch und arbeitet auch entschieden gegen den Anschluss an Frankreich». Neben diesen weltanschaulich-konfessionnellen Gründen wurden von Metz auch die uns bekannten wirtschaftlichen Gründe angeführt: «Der Luxemburger will **nicht** französisch werden, weil er sich deutsch fühlt und weil er weiss, dass nur der **Zollverein** ihn zu grosser Blüte gebracht hat, dass dessen Aufhebung sofort seine ganze Industrie und einen grossen Teil seines Handels vernichten würde. Die grossen Eisenwerke und Eisensteingruben, die Gerbereien und Korkfabriken, die Handschuhfabriken, die Etablissements zur Erzeugung von Flanellen und die Papierfabriken repräsentiren ein Kapital von 100 Millionen Franken und würden durch den Ausschluss vom Zollverein völlig zu Grunde gehen, ebenso wie umgekehrt der Handel von Trier und Köln durch Aufhebung des Verkehrs mit dem sehr wohlhabenden und betriebsamen luxemburger Völkchen ausserordentlich leiden würde». Gegenüber mancherlei verfehlten Aeusserungen deutscherseits geben uns die Berichte ein wahres Bild; sie schildern die Zustände so, wie sie sind, ohne sich in falschem Hochmut zu gefallen. Diese Haltung wurde von Metz-Darmstadt auch der ganzen deutschen Presse empfohlen [280]).

«Zum Schluss sei im Interesse der guten Sache noch eine Bitte an die deutsche Presse erlaubt. Die Luxemburger haben in ihrem friedlichen kleinstaatlichen Stilleben von der volksthümlichen Agitation eines grossen Staates keine Idee. Sie bieten durch den Mangel an politischer Initiative, durch die Abneigung gegen öffentliches Hervortreten mit der gewonnenen politischen Ueberzeugung und durch das Hängen an der kleinstaatlichen

---

[279]) «Wochenblatt des Nationalvereins», a. a. O., S. 795 u. 794.

[280]) «Wochenblatt des Nationalvereins», a. a. O., S. 795.

Existenz eines selbständigen Luxemburg für den scharfen und rücksichtslosen Politiker manche Blösse, welche von einzelnen Blättern unsanft berührt worden ist. Nach allseitiger Wahrnehmung schadeten diese Angriffe sehr; das kleine Völkchen fand sich hierdurch mit Unrecht verleumdet und verhöhnt. Möge daher die deutsche Presse mit warmen Worten für die Selbständigkeit der Luxemburger und mit grosser Schärfe g e g e n den ihnen angemutheten Anschluss an Frankreich arbeiten; mögen Wort und Schrift die Bürger Luxemburgs an ihre Abstammung, ihre Pflichten gegen Deutschland und an ihre mit dem Zollverein unauflöslich verbundenen Interessen erinnern. Meide man aber hierbei giftigen Tadel und einen sachlich manchmal vielleicht gerechtfertigten, aber dem deutschen Interesse unter allen Umständen schädlichen Hohn und Spott!»

Auch an anderen Stellen noch finden wir Spuren der von liberaler Seite ausgehenden politischen Arbeit. In der Elberfelder Zeitung» hat (neben einer Artikel-Serie von Bamberger) eine Reihe von Veröffentlichungen der beiden Lehrer F r a n z L e i b i n g und A u g u s t D ö r i n g Aufnahme gefunden. Ein Bericht Leibings vom 2. V. enthält folgenden Passus: Eine preussische Partei existiert hier gar nicht, wohl eine preussischgesinnte; eine deutsche Partei nur in Ansätzen und so behält denn die freche französische Partei, die aus einer Handvoll Aristokraten besteht, in geschickter Benutzung der eingedrungenen französischen Bildung stets die Oberhand in aller Agitation». Einer eventuellen Volksabstimmung sah der Autor dieses Schreibens mit Furcht entgegen; er meinte, dass Frankreich neun Zehntel der abgegebenen Stimmen erhalten würde!

August Döring unterzieht diese «freche französische Partei» in seinem Bericht in der Elberfelder Zeitung» einer Analyse. Es ist eine Tatsache, dass die Bürokratie vom gemeinsten Sekretär bis hinauf zum Richter französisch gesinnt ist. Warum? Weil die Bürokratie hier wie überall etwas Fossiles hat und — eingerostet, der alten süssen Gewohnheit ergeben — dem Volke durch französische Brocken, Formeln und Floskeln zu imponieren sucht» [281]). So hatte die Arbeit der Mitglieder des Deutschen Nationalvereins eine Reihe wertvoller Anregungen und sachlicher Mitteilungen gebracht.

Trotz der Regelung durch die Londoner Konferenz hielten es die eben genannten deutschen Männer für angebracht, ihre Arbeit fortzusetzen, nicht um die Zerstörung des eben geschlossenen Vertrages vorzubereiten, sondern um der weiterhin bestehenden Gefahr einer «pénétration pacifique» von Seiten Frankreichs mit den Mitteln einer deutschen Kulturpropaganda zu begegnen!

August Lammers — der Empfänger oben gebrachter Berichte — meinte daher nach dem «Friedensschluss» Leibings

[281]) Wentzcke: «Westmark», a. a. O., S. 829.

und Dörings Forschungen im Luxemburger Ländle würden nicht umsonst gewesen sein. «Die Germanisierung muss ihren Weg fortsetzen. Was wir nicht im Sturm eines raschen Siegeszuges erringen sollten, müssen wir auf dem langsamen, aber sicheren Weg geistiger Eroberungen an uns ziehen. Ich denke, unsere Rasse ist der gallischen in beiderlei Arbeit überlegen, und Luxemburg ist nun der Ort, es zu zeigen»[282]). In dieser optimistischen Ansicht wurde Lammers unterstützt durch die Aussage eines Luxemburgers: «Gebt uns noch zehn Jahre ungestörter Entwicklung und das reine Deutschtum des Landes wird wieder hergestellt sein»! Diese Worte — verständlich aus dem Optimismus der damaligen Tage — erwiesen sich rückschauend leider als Ausdruck einer Täuschung, ebensowohl über die geistige Anziehungskraft deutschen Wesens, für die unter obwaltenden staatlichen Umständen keine Möglichkeit gegeben war, wie auch über die Kraft Frankreichs, deren Wirkung man damals aus einem nationalen Kraftgefühl heraus allzu leichtfertig gegenüberstand. Ein Verkennen, das sich nach dem Sieg von 1870 zu einem allzu gottseligen deutschen Optimismus steigern sollte — einem überzeugten Pochen auf die ethische Ueberlegenheit Deutschlands über das unmoralische Frankreich [283]). Diesem Optimismus sind auf Luxemburgs Boden leider keinerlei wirkliche Erfolge beschieden gewesen ausser einem tiefen Aerger der Luxemburger über die «Preussen»! —

Wirklich tätige Arbeit an Ort und Stelle leisteten nur die uns bekannten liberalen Politiker. Döring war es vor allem, der mit scharfem Blick die neue Gefahr erkannte, welcher der Londoner Lösung entsprang [284]): «Ein deutsches Grenzland wird eine kosmopolitische Existenz erhalten, die jedenfalls seine definitive Loslösung von Deutschland bedeutet und sogar als ein Uebergangsstadium zur Französisierung betrachtet werden kann. Wir geben eine Position auf, die zurückzuerobern wir niemals im Stande sein werden». Aber wenn auch die staatsrechtliche Stellung Luxemburgs zu Ungunsten Deutschlands verändert worden war, so schien doch Döring und Metz die Entwicklung des deutschen Elementes aus dem Luxemburger politischen Leben selbst heraus möglich! Beide stützten sich dabei auf ihre Beziehungen zu dem luxemburgischen Klerus. Das zeigt uns, dass die liberalen Politiker begriffen hatten, dass hier einzig die Verbindung mit dem luxemburgischen Klerus zum Ziele führen könne. Und das Ziel war die Gründung einer deutschen Partei, für welche die Chancen «ungemein günstig» zu stehen schienen! Durch diese Partei sollte das bisherige Zweiparteien-System überwunden werden: Germanisierung von Schule und

---

[282]) «Westmark», S. 832.

[283]) Vgl. H. v. Treitschke: «Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert» Leipzig 1927, IV. Bd., S. 305, 316; V. Bd., S. 431; s. a.: Calmes: «Zollanschluss Luxemburgs an Deutschland». Luxemburg 1919, I. Bd., S. 257.

[284]) Wentzcke: «Westmark», S. 834.

Verwaltung sollte das Ziel der neuen Partei sein. Sehr geschickt wurden in dieser Hinsicht Strömungen ausgenutzt, welche von Politikern Luxemburgs selbst ausgingen. Der uns schon bekannte Abgeordnete André zusammen mit dem Ständemitglied P. Eyschen und andere Politiker waren für das Projekt lebhaft interessiert. Das Ziel einer «deutschen Partei» bezeichnete Döring mit folgenden vier Programmpunkten:

1. eine deutsche Majorität in der Ständeversammlung;

2. Einwirkung auf die Wahlen in diesem Sinne;

3. ist dies erreicht: fortschreitende Arbeit der Volksvertretung für die deutsche Schule und deutsche Verwaltung;

4. endlich, die Beschaffung eines tüchtigen Organes in der Presse; indem entweder eines der vorhandenen Blätter gewonnen oder ein neues gegründet würde. Zur Subventionierung dieses Blattes wie zur Herstellung eines die Vorteile der nationalen Bildung kennzeichnenden Flugblattes hätte der Nationalverein dann zu späterem Zeitpunkt mit seinen Mitteln einzugreifen.

Diese Berichte, welche aus dem Juli 1867 stammen, — als die Angst vor der französischen Annexion noch ihre Folgen zeigte — werden vervollständigt durch weitere Mitteilungen Dörings, der sich im September noch einmal nach Luxemburg begab, wo ihm aber ein Erfolg seiner Bemühungen leider versagt blieb.

Die Regelung der ausserpolitischen Verhältnisse einerseits, die noch ausstehende Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse veranlassten wohl die führenden Politiker, sich weiteren Bindungen an die deutsche Politik zu entziehen. Döring konnte nur feststellen, dass eine Annäherung der beiden Parteien noch nicht stattgefunden habe. Wirkliche Unterstützung wurde ihm nur von Seiten des Klerus zuteil. Besonders ein Kaplan Klein brachte Döring in engeren Kontakt mit andern Mitgliedern der «klerikalen Partei» (besser Gruppe). «Das verschaffte mir», so berichtete er, «die lebhafteste Ueberzeugung von der ausserordentlichen Bedeutung dieser Partei für die deutsche Sache in Luxemburg». Diesmal versuchte Döring sich als «neutraler Mittelsmann» zwischen diese Klerikalen und den Industriellen Metz-Eich einzuschieben, um auf solchem Weg die Annäherung der beiden Parteien zu fördern. Metz-Eich selbst, der durch seine früheren Sympathien Hoffnungen erweckt hatte, der als Leiter des «Courrier» und als Beherrscher der Hälfte der Stimmen der Ständekammer den grössten Einfluss besass — verleugnete sich! — Der Erfolg des ganzen Döringschen Feldzuges war nur ein halber. Allein die Geistlichkeit war interessiert — die Industrie aber konnte nicht in den Kreis deutscher Politik einbezogen werden. Diese Tatsache — losgelöst vom persönlichen Einzelfall — blieb fürderhin charakteristisch für das ganze, rein wirtschaftliche, aber nicht politisch

(oder auch nur indirekt politisch) gebundene Verhältnis Deutschlands zu Luxemburg; bis sich im Jahre 1918 herausstellte, dass diese Verbindung relativ glatt zu lösen war und eine wirtschaftliche Union tatsächlich nur einen unvollkommenen Ersatz für die frühere staatliche Verbindung Luxemburgs mit dem Reich dargestellt hatte!

Eine Möglichkeit ergab noch der Besuch Dörings bei dem früheren Vertreter Luxemburgs beim Deutschen Bund: Herrn v. Scherff, der als deutschfreundlich betrachtet wurde [285]). Dieser in deutsch-luxemburgischen Dingen so wohlerfahrene Politiker drückte sich dahin aus, dass bei den deutschen Bestrebungen die äusserste Vorsicht geboten sei; er meinte, Deutschland müsse Luxemburg für eine Weile vergessen, d. h. sich selbst und der natürlichen Wirksamkeit der vorhandenen Faktoren überlassen und sprach die Hoffnung aus, vermittels einer Verfassungsrevision — also auf einem Umwege — das jetzige «französische» Ministerium durch ein «deutsches» zu ersetzen. Scherff galt als Nachfolger des Barons Tornaco, d. h. als Führer eben des zu bildenden neuen Ministeriums. Diese Hoffnung sollte sich jedoch nicht erfüllen. E. Servais, Plénipotentiaire auf der L o n d o n e r Konferenz, wurde im Dezember 1867 mit der Führung des neuen Kabinetts beauftragt. Wenn auch in engem wirtschaftlichen Kontakt mit Deutschland, führte er eine Politik, die einem unabhängigen Luxemburg immer weiteres Terrain gewann. Zusammen mit Paul Eyschen kann er als der Prototyp des «neutralen» Luxemburger Staatsmannes angesehen werden!

Sein erstes Werk war die Inkraftsetzung der neuen Verfassung (10. V. 1868) [286]). Wie bekannt, war die Verfassung von 1848 im Jahre 1856 einer Beschränkung unterworfen worden in Verfolg eines deutschen Bundeserlasses. Die Gültigkeit dieser Konstitution konnte darum mit Recht angefochten werden. Wenn auch im Verlauf des vergangenen Jahrzehntes de facto eine immer fortschreitende demokratische Entwickelung die Härten der «revidierten Verfassung» nicht in vollem Masse hatte spürbar werden lassen, so bedurfte es doch einer staatsrechtlichen Neuregelung als Konsequenz der neuen völkerrechtlichen Stellung. Selbst v. Scherff war nun für «alle erdenklichen liberalen Institutionen».

Ob die neue Verfassung überhaupt geeignet war, eine Annäherung an Deutschland herbeizuführen, soll hier nicht untersucht werden; jedenfalls trat eine derartige Annäherung nicht ein. Das Interesse der klerikalen Gruppe für Deutschland dauerte wohl noch eine Zeit an. Sobald aber ihre Erwartung, dass

---

[285]) Wentzcke: «Westmark», S. 838.

[286]) Autobiographie de feu M. E. Servais. Luxemburg 1895, S. 58; und: Paul Eyschen, Staatsminister: «Das Staatsrecht des Grossherzogtums Luxemburg; in: «Das Staatsrecht der Gegenwart», Bd. XI. Tübingen 1910. S. 21.

Deutschland für die Zukunft des Katholizismus von Wert sei, durch den Kulturkampf enttäuscht, ja gerade ins Gegenteil verkehrt ward, wandte sich auch ihr Interesse ab [287]).

Damit war die stärkste Stütze des deutschen Kultur-Einflusses gefallen!

Der Versailler Vertrag hat eine jahrhundertlange Entwickelung zum Abschluss gebracht! Luxemburg ist nunmehr gänzlich vom Deutschen Reich getrennt. Im Augenblick der Trennung aber hat es auch alle Versuche, seine staatliche Eigenexistenz zu erschüttern und zu vernichten, abgewehrt. Die Nachkriegsjahre haben vielmehr die Unabhängigkeit des kleinen Staates noch zu sichern vermocht. Deutschland wird gut daran tuen, sich hier nicht nur einfach auf den Boden der Tatsachen zu stellen, sondern auf der historisch gewordenen Unabhängigkeit Luxemburgs ein klares und freundschaftliches Verhältnis zu dem Nachbarstaat zu begründen. Eine völlige Anerkennung der Unabhängigkeit liegt im eigenen deutschen Interesse: denn nur diese staatliche Unabhängigkeit garantiert ein lebendiges Weiterwirken der heimischen deutschen Kultur. Das im Nachkriegsdeutschland erwachsene Interesse und Verständnis für Grenzfragen sollte in der klugen Behandlung der Luxemburger Frage (die gerade in kultureller Hinsicht gewiss noch nicht in ein definitives Stadium eingetreten ist) eine ihrer vornehmsten Aufgaben sehen! Denn neben der Tatsache der wirtschaftlichen Bedeutung und des Lagenwertes Luxemburgs für die zwischenstaatlichen Beziehungen [253]) ist uns das Land vor allem wichtig als eine doch noch immer wirksame Position deutscher Kultur. Diese gilt es durch ein wachsendes Verständnis und durch eine immer erneute Kenntnis des schönen Landes gesteigerte Anteilnahme an seinem nicht leichten Geschick zu stärken und zu fördern — in beiderseitigem Interesse! Wer die besondere Eigenart des luxemburgischen Staates kennen gelernt hat, wird sich dieser Pflicht nicht entziehen!

---

[287]) Wentzcke: «Westmark», S. 846 ff.

[253]) Luxemburg ist Sitz verschiedener zwischenstaatlicher Organisationen wirtschaftlichen und politischen Charakters.

Nachwort.

Die Arbeit wurde nach der Annahme durch die Fakultät der Historischen Sektion des Grossherzoglichen Institutes in Luxemburg vorgelegt. Die dortige Prüfungskommission sprach sich im Frühjahr 1931 für eine Veröffentlichung in den «Publications de la section historique» aus. Die Veröffentlichung in Luxemburg machte einige Kürzungen und Veränderungen notwendig, zu denen die philosophische Fakultät in Marburg dem Verfasser gütige Erlaubnis erteilte. Die Drucklegung im Ausland erklärt auch einige für den deutschen Leser nicht notwendige Hinweise wie Anmerkg. 16 und 266.

Dem Grossherzoglichen Institut bin ich für die Unterstützung und Verbreitung vorliegender Schrift, sowie für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft zu besonderem Dank verpflichtet. Die Unterstützung meiner Arbeit durch die Zentralstelle der luxemburgischen Geschichtswissenschaft gibt mir besondere Hoffnung, dass der Zweck meiner Bemühungen erreicht werde: die gegenseitigen Kenntnisse der beiden Nachbarstaaten zu fördern und damit eine oft schmerzliche Gleichgültigkeit mehr und mehr zu beheben.

Lebenslauf.

Ich, Kurt August Schierenberg, wurde am 26. VIII. 1904 als Sohn des August *Schierenberg* und seiner Ehefrau Frieda, geb. *Mitscherlich* in Freudenstadt in Württemberg geboren. Ich besitze die württembergische Staatsangehörigkeit und bin evangelischen Bekenntnisses. Ich besuchte zuerst das Reformrealgymnasium an der Rethelstrasse zu Düsseldorf.

1921/1922 war ich Schüler des Deutschen Landerziehungsheimes Bieberstein i. d. Rhön. Das Zeugnis der Reife erwarb ich an der Oberrealschule zu Marburg. Vom Sommersemester 1924 an studierte ich in Tübingen, München und Genf und vom Sommersemester 1926 an in Marburg. Das Rigorosum bestand ich am 16. VII. 1930. Naeh Ablegung des Staatsexamens 1931 trat ich in den preussischen Schuldienst ein.

Meine akademischen Lehrer waren in Tübingen die Professoren Haller und Uhlig — in München die Professoren Haushofer, Joachimsen und Onken — in Marburg die Professoren Busch, Heiler, Mommsen und Schultze-Jena. Den letztgenannten Herren danke ich an dieser Stelle besonders für die Förderung meiner Studien; vor allem bin ich Herrn Prof. Mommsen für die Unterstützung bei der Herstellung vorliegender Arbeit zu aufrichtigem Dank verpflichtet.